

- **Österreichs Industrie verharrt in Rezession**
- **Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn gedämpft.** Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024
- **Einbruch im europäischen Bauwesen**
- **Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen?**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •
Redaktion: Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2024

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 295 € • Einzelheft (Printversion): 29,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



97. Jahrgang, Heft 2/2024

63-72 ■ Österreichs Industrie verharrt in Rezession

Marcus Scheiblecker

Die heimische Industrie befindet sich nach wie vor in der Rezession. Der WIFO-Konjunkturklimaindex für die Sachgütererzeugung hat sich zu Jahresbeginn zwar stabilisiert, notiert allerdings deutlich im negativen Bereich. Die beiden Teilindizes zur aktuellen Lage und zu den Erwartungen für die kommenden drei Monate legten nur minimal zu. Im Gegensatz zu den anderen Branchen wächst der Tourismus trotz der erheblichen Verteuerung von Hotel- und Restaurantdienstleistungen kräftig. Nach einer Unterbrechung im Dezember setzte sich der Rückgang der Inflationsrate im Jänner fort.

Austria's Industry Remains in Recession

73 ■ Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar

75-85 ■ Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner zeigen weiterhin mehrheitlich skeptische Konjunkturschätzungen. Besonders pessimistisch waren erneut Sachgütererzeuger. Die Kapazitätsauslastung stieg leicht an, blieb aber in der Bauwirtschaft und der Sachgütererzeugung weiter unterdurchschnittlich. In der Gesamtwirtschaft war wie bereits im Vorquartal der "Mangel an Nachfrage" das meistgenannte Hemmnis der Geschäftstätigkeit, vor dem "Mangel an Arbeitskräften". Die Verkaufspreiserwartungen legten wieder leicht zu und blieben in den Dienstleistungsbranchen und im Einzelhandel überdurchschnittlich.

Business Cycle Sentiment Subdued at Start of the Year. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2024

87-98 ■ Einbruch im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2026

Michael Klien, Michael Weingärtler

Das Wirtschaftswachstum in Europa war im Jahr 2023 gedämpft, was auch den Bausektor negativ beeinflusste. Daneben wirkten vor allem die ungünstige Entwicklung der Baupreise und die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank hemmend. Das Bauvolumen in den 19 Euroconstruct-Ländern sank 2023 real um 1,7% im Vergleich zum Vorjahr. Prognosen deuten zwar auf eine leichte Belebung der Gesamtwirtschaft im Jahr 2024 hin, jedoch wird nur ein schwaches BIP-Wachstum von durchschnittlich 1,3% erwartet. Die Lage im Bauwesen bleibt aufgrund hoher Baupreise und Finanzierungskosten sowie geringerer Kaufkraft angespannt. Der Hochbau wird folglich weiterhin unter Druck stehen. Lediglich der Tiefbau dürfte von öffentlichen Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und erneuerbare Energieträger profitieren. Insgesamt wird für 2024 ein Rückgang des realen Bauvolumens in Europa um 2,1% erwartet. Das österreichische Bauwesen kann sich diesen Entwicklungen nicht entziehen. Hinzu kommen Sonderfaktoren wie eine restriktivere Kreditvergabe, die vor allem den Wohnbau zusätzlich belasten. In Österreich wird das Bauvolumen im Jahr 2024 um voraussichtlich 4,1% schrumpfen. Eine kräftigere Belebung des heimischen Bauwesens wird erst für 2026 erwartet.

Slump in the European Construction Industry. Euroconstruct Forecast until 2026

99-113 ■ **Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen?** Eine makroökonomische Betrachtung

Gabriel Felbermayr

Die multiplen Krisen seit 2019 – COVID-19-Krise, Lieferkettenkrise, Energiepreisschock – haben die österreichische Volkswirtschaft härter getroffen als andere Länder. Der Realwert des BIP pro Kopf – ein Maß für die durchschnittliche Kaufkraft der Einkommen aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen – lag 2023 um 2,2% unter dem Niveau von 2019. Der Euro-Raum hat sich hingegen schneller erholt. Dort war der Realwert des BIP pro Kopf 2023 schon um 1,6% höher als 2019. Österreich wird den Vorkrisenwert frühestens 2025 erreichen. Trotz überdurchschnittlichen Beschäftigungswachstums sinkt in Österreich die geleistete Arbeitszeit pro Einwohner:in, was den Realwert des BIP pro Kopf unter Druck setzt. Trotz staatlicher Stützungsmaßnahmen lag der reale Konsum pro Kopf 2023 um 2% unter dem Vorkrisenniveau.

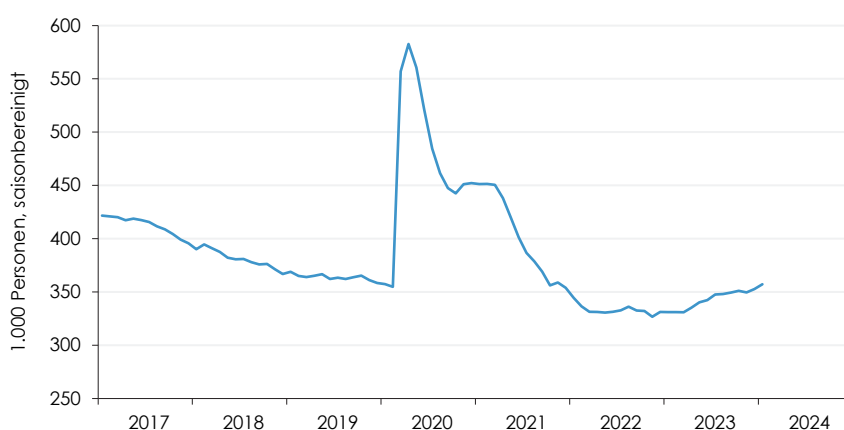
Where Does Austria Stand in the Fifth Year of Multiple Crises? A Macroeconomic Analysis

Österreichs Industrie verharrt in Rezession

Marcus Scheiblecker

- Die heimische Industrie befindet sich nach wie vor in der Rezession. Die Konjunkturmfragen des WIFO deuten bislang noch auf keine Besserung hin.
- Auch international ist die Industriekonjunktur schwach. Weiterhin zeigen weder der Einkaufsmanagerindex (PMI) für den Euro-Raum noch der Economic Sentiment Indicator (ESI) eine Verbesserung der Wirtschaftslage an.
- Nachdem der Inflationsabbau in den USA und dem Euro-Raum im Dezember unterbrochen wurde, setzte er sich im Jänner fort.
- Militärische Auseinandersetzungen im Roten Meer lassen Reedereien vermehrt die Route durch den Suez-Kanal meiden. Dies birgt die Gefahr eines erneuten Anstiegs der Frachtkosten wie zuletzt während der COVID-19-Pandemie.
- Österreichs Tourismuswirtschaft trotz der Konjunkturflaute und startete nach einer überaus erfolgreichen Sommersaison dynamisch in den Winter.
- Die bereits seit über einem Jahr anhaltende Konjunkturschwäche belastet zunehmend den Arbeitsmarkt. Dies und die Aufnahme einiger Flüchtlingsgruppen in die Arbeitslosenstatistik ließ im Jänner 2024 die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich abermals ansteigen.

Arbeitslosigkeit steigt seit Ende 2022 kontinuierlich



"Die schwache (internationale) Konjunktur belastet zunehmend den heimischen Arbeitsmarkt. Die Rezession ab Mitte 2022 führte verzögert zu einer Trendumkehr in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit."

Gegen Ende 2022 setzte in Österreich ein trendmäßiger Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit (einschließlich Personen in Schulung) ein (Q: Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond).

Österreichs Industrie verharrt in Rezession

Marcus Scheiblecker

Österreichs Industrie verharrt in Rezession

Die heimische Industrie befindet sich nach wie vor in der Rezession. Der WIFO-Konjunkturklimaindex für die Sachgütererzeugung hat sich zu Jahresbeginn zwar stabilisiert, notiert allerdings deutlich im negativen Bereich. Die beiden Teilindizes zur aktuellen Lage und zu den Erwartungen für die kommenden drei Monate legten nur minimal zu. Im Gegensatz zu den anderen Branchen wächst der Tourismus trotz der erheblichen Verteuerung von Hotel- und Restaurantdienstleistungen kräftig. Nach einer Unterbrechung im Dezember setzte sich der Rückgang der Inflationsrate im Jänner fort.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 6. 2. 2024

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at)

Austria's Industry Remains in Recession

Domestic industry is still in recession. Although the WIFO business climate index for manufacturing stabilised at the beginning of the year, it is still clearly in negative territory. The two sub-indices on the current situation and expectations for the next three months rose only marginally. In contrast to the other sectors, tourism is growing strongly despite the considerable increase in the cost of hotel and restaurant services. After an interruption in December, the decline in the inflation rate continued in January.

Die Konjunktur in Österreich zeigt bereits seit mehreren Quartalen deutliche Züge einer Rezession. Die infolge der restriktiven Geldpolitik kräftig gestiegenen Zinssätze belasten europaweit die Investitionsnachfrage. Darunter leiden insbesondere auf Investitionsgüter spezialisierte Länder wie Deutschland, Tschechien und Österreich. Die verschärften Kreditbedingungen dämpfen auch die Bau nachfrage erheblich.

Die schwache Industriekonjunktur schlägt mittlerweile auch auf die Dienstleistungsbranchen durch. In Österreich sind neben dem Transportwesen die unternehmensnahen Dienstleistungen und der Handel betroffen. Einzig die Tourismuswirtschaft entwickelt sich derzeit schwungvoll.

Nach vorläufigen Berechnungen wuchs die österreichische Wirtschaft im IV. Quartal 2023 um 0,2% gegenüber dem Vorquartal, wodurch sich für das Gesamtjahr 2023 ein BIP-Rückgang von 0,7% ergibt (real). Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests von Jänner 2024 spiegeln die rezessive Entwicklung wider, die derzeit fast alle Branchen bestimmt. In der Sachgütererzeugung dürften sich die Lageeinschätzungen auf niedrigem Niveau stabilisiert haben. Der entsprechende Index ging Ende 2023 nicht weiter zurück, und im Jänner waren die befragten

Unternehmen sowohl hinsichtlich ihrer derzeitigen Geschäftslage als auch ihrer Erwartungen für die kommenden Monate wieder etwas zuversichtlicher.

Im Dienstleistungsbereich hat sich die Stimmung dagegen weiter eingetrübt. Lediglich im Tourismus lagen die Einschätzungen zuletzt über dem langjährigen Durchschnitt, zumal die ideale Witterung für einen gelungenen Start in die Wintersaison gesorgt hatte.

Die Inflationsrate ging im Jänner wieder zurück (gemäß Schnellschätzung). Im Dezember 2023 war der preisdämpfende Effekt der ein Jahr zuvor eingeführten Strompreisbremse ausgelaufen. Dies hatte zusammen mit dem verringerten Dämpfungseffekt der Treibstoffpreise zu einem Wiederanstieg der Inflation geführt. Der Preisaufrtrieb ist in Österreich nach wie vor deutlich kräftiger als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Die Aufnahme von neu zugezogenen Bevölkerungsgruppen in die Arbeitslosenstatistik führt derzeit ebenso zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit wie die mit Fortdauer der Rezession verringerte Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Zahl der offenen Stellen nahm in den letzten Monaten spürbar ab. Der Beschäftigungszuwachs, der bislang einen schärferen Anstieg der Arbeitslosenquote

verhindert hatte, kam im Jänner im Vormonatsvergleich nahezu zum Erliegen. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Zu-

wachs von 0,7% im Dezember auf 0,4% im Jänner.

1. Wirtschaft der USA 2023 kräftig gewachsen – Industrierezession in der EU hält an, schwächt sich jedoch ab

In den USA wuchs die Wirtschaft im IV. Quartal 2023 um 0,8% gegenüber der Vorperiode. Für das Gesamtjahr 2023 ergibt sich ein BIP-Wachstum von 2,5%, nach 1,9% 2022. Damit hat sich das Wirtschaftswachstum trotz restriktiver Geldpolitik beschleunigt, wobei die expansive Fiskalpolitik hierzu beigetragen hat. Die Industrieproduktion konnte allerdings nicht von der robusten Entwicklung der Gesamtwirtschaft profitieren.

Im Euro-Raum hielt der seit Mitte 2022 beobachtete Abwärtstrend der Industrieproduktion auch im November 2023 an. Dies dämpfte in industriestarken Ländern wie Deutschland, Österreich oder Tschechien deutlich das Wirtschaftswachstum. Die deutsche Wirtschaft schrumpfte im IV. Quartal nach vorläufigen Berechnungen um 0,3% gegenüber dem Vorquartal, womit sich für 2023 ein Rückgang von 0,3% ergibt. Im Euro-Raum insgesamt stagnierte die Wirtschaft im IV. Quartal 2023.

Unternehmensbefragungen deuten jedoch auf eine Bodenbildung in der europäischen Industriekonjunktur hin. So stagnierte der Economic Sentiment Indicator (ESI) für die

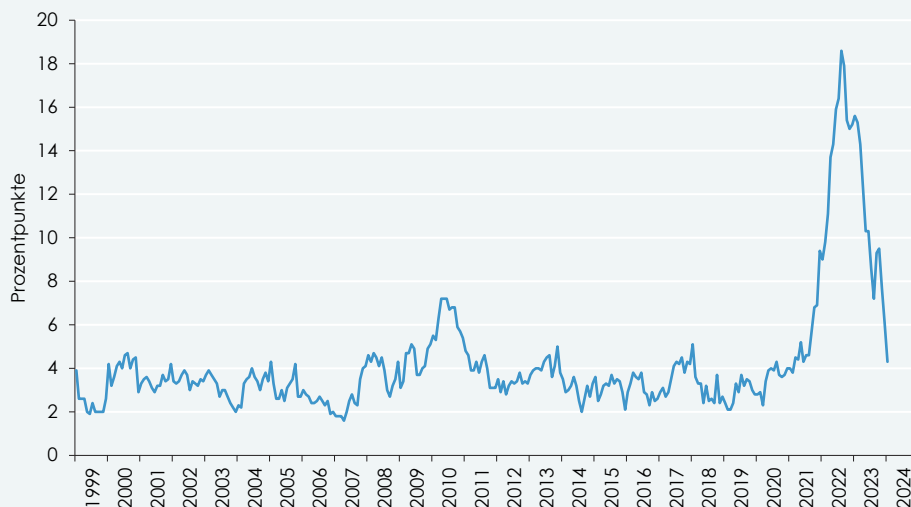
Industrie im Jänner 2024 auf niedrigem Niveau. Dies spiegelt zwar ein anhaltendes Schrumpfen der Industrieproduktion wider, allerdings dürfte sich der Abschwung deutlich verlangsamt haben.

In Deutschland sank der Produktionsindex für den produzierenden Bereich im November 2023 im Vormonatsvergleich um 0,7%. Darin schlug sich jedoch vor allem das schlechte Ergebnis im Bauwesen nieder (Industrie ohne Bauwesen -0,3%). Der ifo-Geschäftsklimaindex für die Bauwirtschaft ging auch in der Umfrage von Jänner 2024 zurück, während jener für die Industrie sogar minimal zulegte.

Die hohen Leitzinssätze dämpfen insbesondere die Nachfrage nach Investitionsgütern. Im Euro-Raum tragen die Bruttoanlageinvestitionen bereits seit dem IV. Quartal 2022 nicht mehr nennenswert zum Wirtschaftswachstum bei. Damit unterbleiben auch Investitionen in den Ersatz veralteter Anlagen, was zu einer Erosion des Kapitalstocks führt. Die Schwäche der Investitionsgüternachfrage trifft allen voran jene Volkswirtschaften, die sich auf dieses Segment spezialisiert haben.

In den USA beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2023 trotz der restriktiven Geldpolitik. In Europa verlangsamte es sich dagegen deutlich.

Abbildung 1: Inflationsdifferenzial im Euro-Raum



Q: Eurostat, Macrobond, WIFO-Berechnungen. Differenz zwischen höchster und niedrigster Inflationsrate (HVPI) der Mitgliedsländer. Schnellschätzung Jänner 2024: ohne Slowenien.

Ähnlich wie in Österreich gingen die Inflationsraten im Jänner 2024 auch im Euro-Raum weiter zurück, nachdem der Rückgang im Dezember 2023 kurzzeitig abgerissen war. Im Euro-Raum betrug der Preisauftrieb zuletzt

2,8%, nach 2,9% im Dezember. Auch die Kerninflation (Gesamtinflation ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak) verlangsamte sich weiter. Die Energiepreise tragen immer weniger zur Inflationsenkung bei,

wogegen der Preisauftrieb bei Industriegütern weiter nachgelassen hat. Wegen der militärischen Auseinandersetzungen im Roten Meer meiden Reedereien vermehrt die Route durch den Suez-Kanal. Dies könnte zu einem erneuten Anstieg der Frachtkosten führen, wie er zuletzt während der COVID-19-Pandemie beobachtet wurde. In diesem Fall könnten sowohl von Energierohstoffen als auch von Industriegütern wieder verstärkt Preissteigerungen ausgehen.

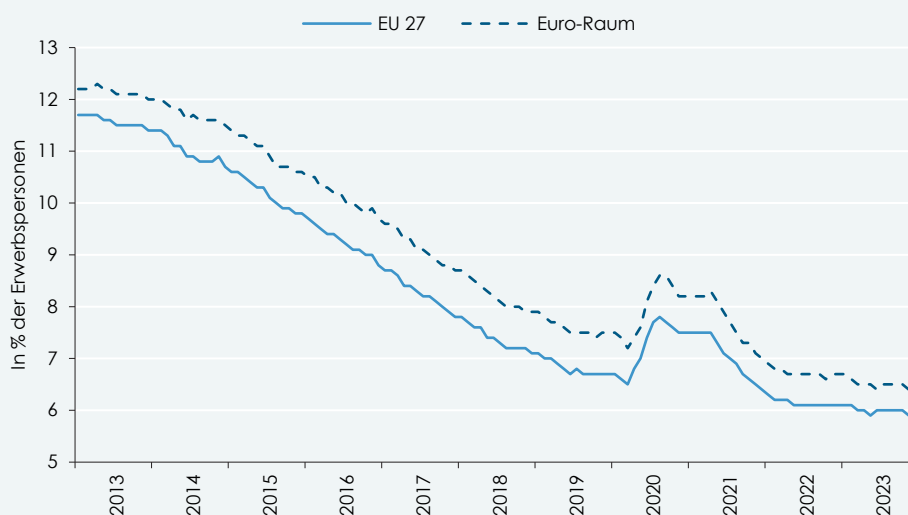
Der Rückgang der Inflationsraten riss im Dezember vielerorts ab, setzte sich aber im Jänner fort.

Der Rückgang der Inflationsrate im Euro-Raum verringerte auch den Inflationsabstand zwischen den einzelnen Mitgliedsländern. Im Ländervergleich sind die jüngsten Entwicklungen allerdings schwer zu interpre-

tieren. Dies hängt mit den Unterschieden in Ausgestaltung und Laufzeit der staatlichen Anti-Teuerungsmaßnahmen zusammen.

Die europäischen Arbeitsmärkte erweisen sich trotz der multiplen Krisen im letzten Jahr als äußerst robust. Die Arbeitslosenquote verharrt sowohl im Euro-Raum als auch in der EU bereits seit über einem Jahr auf historisch niedrigem Niveau. Im Dezember 2023 stagnierte sie im Euro-Raum bei 6,4%, in der EU bei 5,9%. Malta (2,4%), Polen (2,7%) und Tschechien (2,8%) wiesen die niedrigsten Arbeitslosenquoten innerhalb der EU auf, am höchsten waren sie in Spanien (11,7%), Griechenland (9,2%) und Schweden (8,2%).

Abbildung 2: **Entwicklung der Arbeitslosenquote in der EU und im Euro-Raum**



Q: Eurostat, Macrobond. Gemäß ILO-Definition.

2. Österreichs Wirtschaft 2023 deutlich geschrumpft

Nachdem sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik in Österreich im III. Quartal weiter abgeschwächt hatte (BIP real $-0,5\%$ gegenüber der Vorperiode), kam es im IV. Quartal 2023 gemäß WIFO-Schnellschätzung zu einem geringfügigen BIP-Zuwachs von $0,2\%$. Für das Gesamtjahr 2023 ergäbe sich demnach ein Rückgang der Wirtschaftsleistung von $0,7\%$. Dies wäre der schwächste Wert nach 2009 ($-3,8\%$, Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise) bzw. 2020 ($-6,6\%$, COVID-19-Krise).

Neben der Industrie (ÖNACE 2008, Abschnitte B bis E, Wertschöpfung real $-1,9\%$) zeigten 2023 auch der Handel ($-4,9\%$) und der Verkehr ($-5,8\%$) markante Schwächen. Auf der Nachfrageseite blieb die Dynamik zumeist gering. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte war leicht rückläufig

($-0,4\%$), jene des öffentlichen Sektors wurde um $0,4\%$ ausgeweitet.

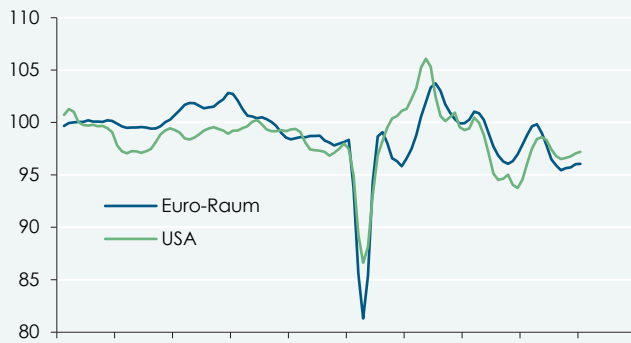
2.1 Industrie leidet unter schwacher Investitionsnachfrage aus dem In- und Ausland

Der Rückgang der österreichischen Wirtschaftsleistung beruht zu einem guten Teil auf der Rezession in der Warenproduktion. Laut der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) war die Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs (einschließlich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung) bereits seit Mitte 2022 laufend geschrumpft. Im IV. Quartal 2023 war nach vorläufiger Rechnung allerdings kein weiterer Rückgang zu beobachten ($+0,4\%$ gegenüber dem Vorquartal).

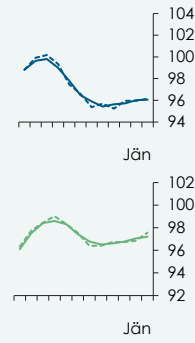
Abbildung 3: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

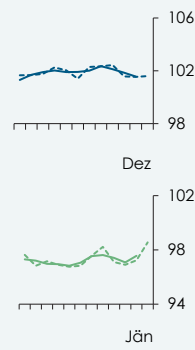
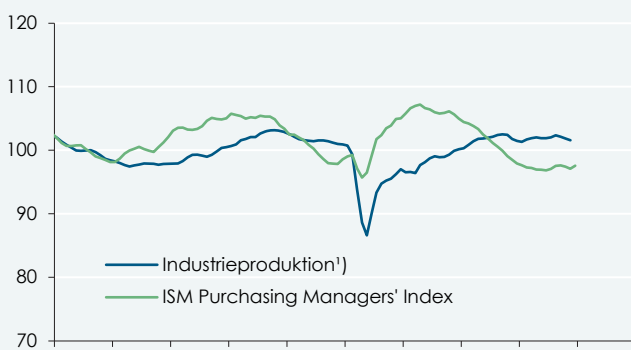
Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



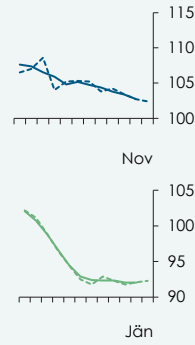
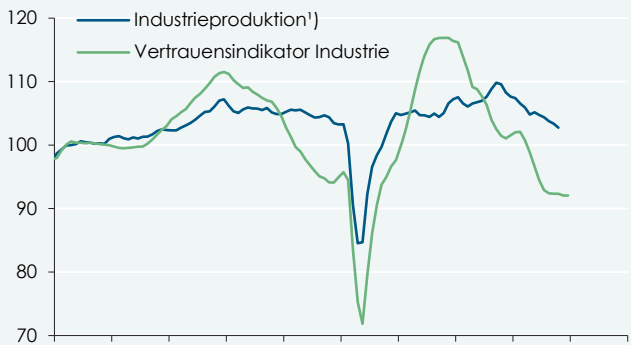
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



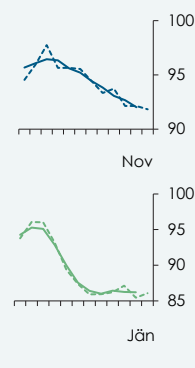
USA



Euro-Raum



Deutschland

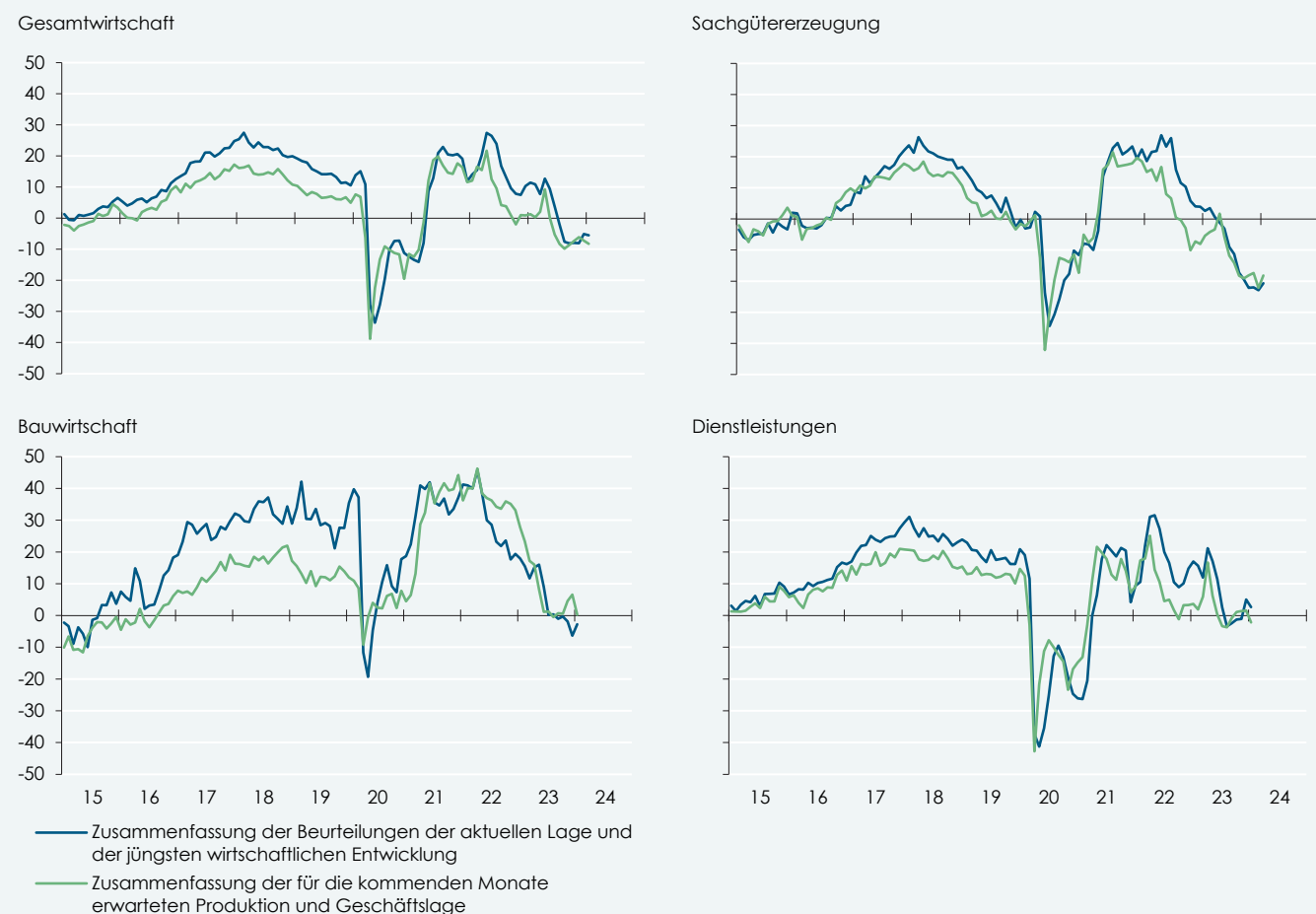


Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), S&P Global. – 1) ÖNACE 2008, Abschnitte B, C und D. – 2) Verarbeitendes Gewerbe.

Die im WIFO-Konjunkturtest vom Jänner 2024 befragten Sachgütererzeuger beurteilten die aktuelle Lage anhaltend pessimistisch. Der WIFO-Konjunkturklimaindex für die Sachgütererzeugung verharrt bereits seit Monaten deutlich im negativen Bereich. Allerdings

war zuletzt weder bei der Einschätzung der aktuellen Lage noch bei den Erwartungen eine weitere Verschlechterung festzustellen. Dies könnte auf eine Bodenbildung hinweisen, die eine Konjunkturaufhellung einleiten könnte.

Abbildung 4: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Trotz hoher Lohnsteigerungen lässt sich bislang kein verstärkter Anstieg der Erzeugerpreise industrieller Güter erkennen.

Die im europäischen Vergleich hohen Lohnabschlüsse in den unterschiedlichen Branchen der Sachgütererzeugung könnten sich mit der Zeit in höheren Erzeugerpreisen niederschlagen. Im Vergleich zu deutschen stiegen die Erzeugerpreise für österreichische Exportgüter zuletzt etwas stärker.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner belegen die Breite der derzeitigen Konjunkturschwäche. Die Bauwirtschaft leidet weiterhin unter empfindlichen Preissteigerungen und dem hohen Zinsniveau, das vor allem die Nachfrage nach privaten Bauinvestitionen dämpft. Über eine schwache Nachfrage klagen vermehrt auch Dienstleistungsunternehmen. Im Einzelhandel hat sich der Teilindex zur aktuellen wirtschaftlichen Lage zwar zuletzt wieder tendenziell verbes-

sert, liegt jedoch nach wie vor im negativen Bereich. Ebenso notiert der Index in sämtlichen anderen Dienstleistungsbranchen, die in den WIFO-Konjunkturtest eingehen, unter dem langjährigen Durchschnitt. Eine Ausnahme bildet lediglich der Tourismus, wo der Lageindex wie bereits in der Umfrage von Dezember eine expansive Entwicklung anzeigt.

2.2 Baukonjunktur stark rückläufig

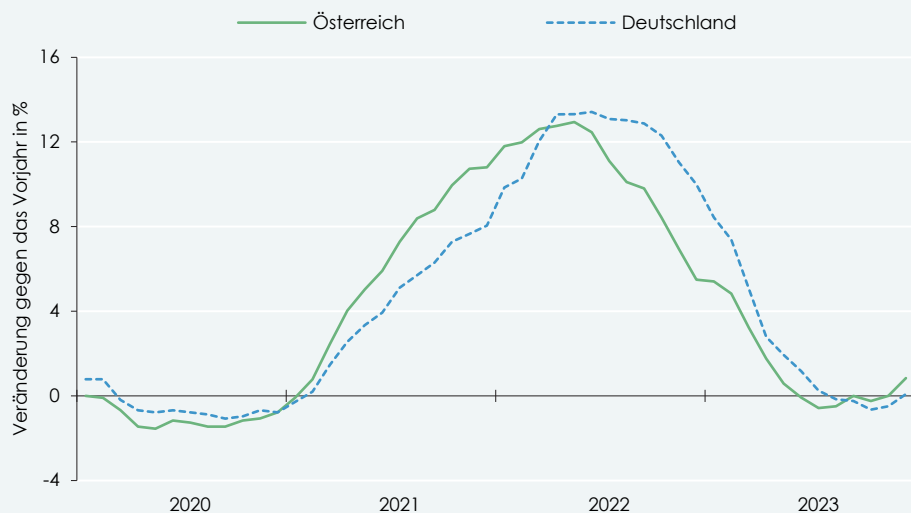
In der Bauwirtschaft ist die Konjunktur nach wie vor stark rückläufig. Die WIFO-Schnellschätzung zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) weist für das IV. Quartal 2023 abermals einen kräftigen Rückgang der realen Bauwertschöpfung aus. In den beiden Quartalen davor war die Wertschöp-

fung ebenfalls geschrumpft. Die Bauinvestitionen sinken bereits seit dem III. Quartal 2021. Neben den deutlich gestiegenen Bau-

preisen belastet seit Mitte 2022 das hohe Zinsniveau die Kredit- und mithin vor allem die Baunachfrage.

Abbildung 5: **Entwicklung der Erzeugerpreise in der Sachgütererzeugung**

Auslandsmarkt



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Im WIFO-Konjunkturtest von Jänner 2024 blieben die befragten Bauunternehmen hinsichtlich ihrer Erwartungen für die Zukunft weiter pessimistisch.

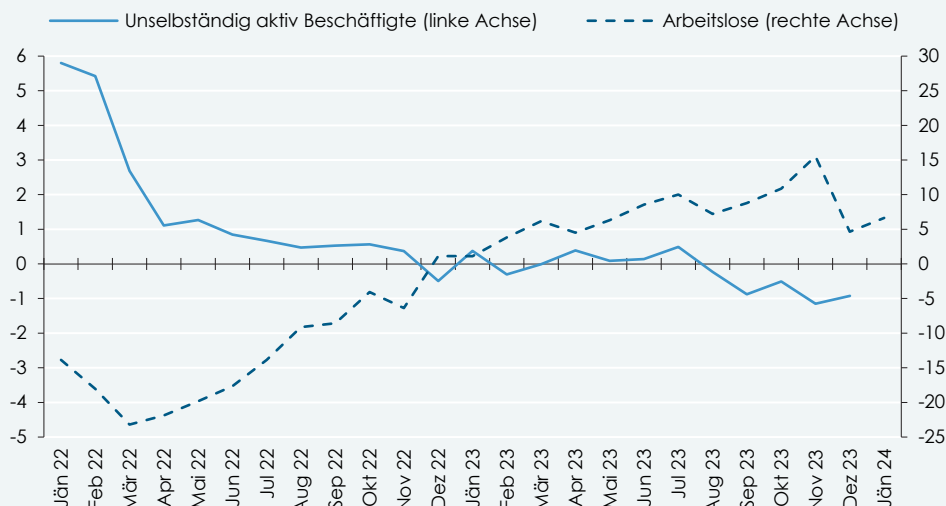
Die schlechte Baukonjunktur spiegelt sich auch im Beschäftigtenstand. Laut Dachverband der Sozialversicherungsträger sinkt die

Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten im Bauwesen bereits seit August 2023. Im November lag sie um 3.500 unter dem Vorjahresniveau, im Dezember um 2.300. Im Gegenzug stieg die Arbeitslosigkeit in dieser Branche deutlich an.

In der Bauwirtschaft ist die Rezession deutlich ausgeprägt. Neben der Produktion sinkt dort auch die Nachfrage nach Arbeitskräften.

Abbildung 6: **Arbeitskräftenachfrage in der Bauwirtschaft**

Veränderung gegen das Vorjahresmonat in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die günstige Witterung und der boomende Städtetourismus ermöglichen der österreichischen Tourismuswirtschaft trotz kräftig gestiegener Preise eine bisher erfolgreiche Wintersaison.

2.3 Tourismus startet erfolgreich in die Wintersaison

Entgegen der allgemeinen Wirtschaftslage entwickelte sich der heimische Tourismus um den Jahreswechsel überaus dynamisch. Nachdem die Nächtigungen bereits im Sommer 2023 einen neuen Höchstwert erreicht hatten, wurde im November ein Zuwachs von knapp 6% gegenüber dem Vorjahr erzielt. Die lebhafteste Tourismuskonsumnachfrage setzte sich laut einer ersten Hochrechnung auch im Dezember fort (voraussichtlich +5,5%). Der für Anfang Dezember überdurchschnittliche Schneefall und ein Boom im vorweihnachtlichen Städtetourismus begünstigten die Auslastung.

Der starke Preisauftrieb bei Restaurants und Hotels tat der erfreulichen Entwicklung bislang keinen Abbruch. Im November 2023 lagen die Preise für Bewirtungs- und Beherbergungsdienstleistungen um jeweils gut 10%

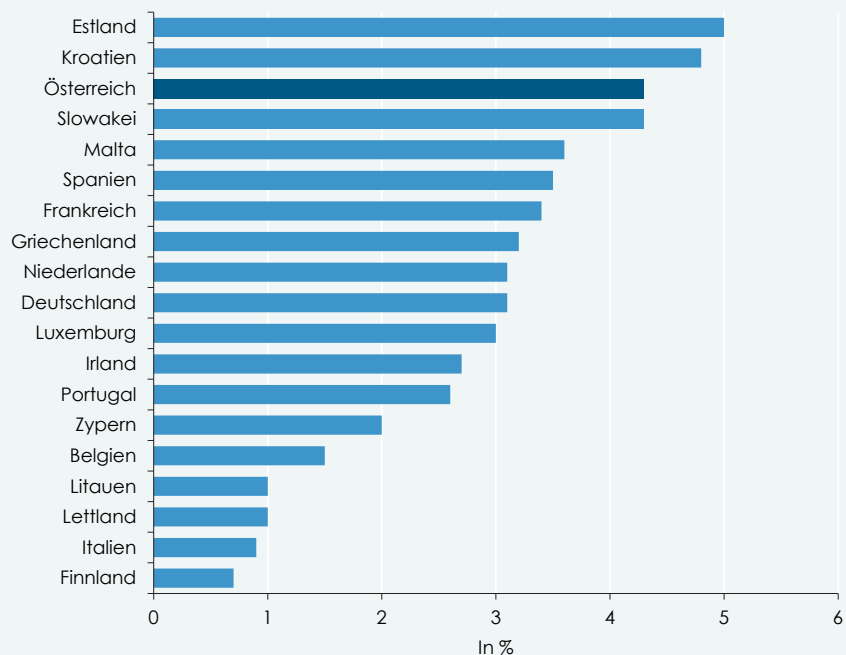
über dem Vorjahresniveau, obwohl sie sich bereits im November 2022 um über 10% verteuert hatten (im Jahresabstand). Im Dezember 2023 ließ der Preisauftrieb nur unwesentlich nach (Bewirtung +9,4%, Beherbergung +9,8%).

2.4 Inflationsrückgang setzte sich im Jänner wieder fort

Der Preisauftrieb in Österreich legte im Dezember sowohl laut VPI als auch laut dem europaweit harmonisierten Index (HVPI) wieder zu. Nach +5,3% (VPI) bzw. +4,9% (HVPI) im November 2023 war im Dezember ein Anstieg von 5,6% bzw. 5,7% zu beobachten (jeweils gegenüber dem Vorjahr). Damit übertraf die Inflation abermals deutlich den Durchschnitt des Euro-Raumes (+2,9%). Allerdings kam der Rückgang der Inflation im Dezember auch im Euro-Raum und den USA zum Erliegen.

Abbildung 7: Inflationsraten im Euro-Raum

Gemäß HVPI



Q: Eurostat, Macrobond. Schnellschätzung Jänner 2024, ohne Slowenien.

Ursächlich für den erneuten Anstieg der Inflation war in Österreich das Auslaufen zweier preisdämpfender Effekte. Zum einen gingen von der im Dezember 2022 eingeführten Strompreisbremse, die in den folgenden 11 Monaten zu einer Preisreduktion gegenüber dem Vorjahr geführt hatte, im Dezember 2023 keine weiteren inflationsdämpfenden Effekte mehr aus. Dadurch stiegen die Preise für Haushaltsenergie (+7,3%) erneut deutlich, insbesondere der Strompreis (+12,8%). Zum anderen verlangsamte sich der Rückgang der Treibstoffpreise (Novem-

ber 2023 -10,5% im Vorjahresvergleich, Dezember 2023 -3,1%).

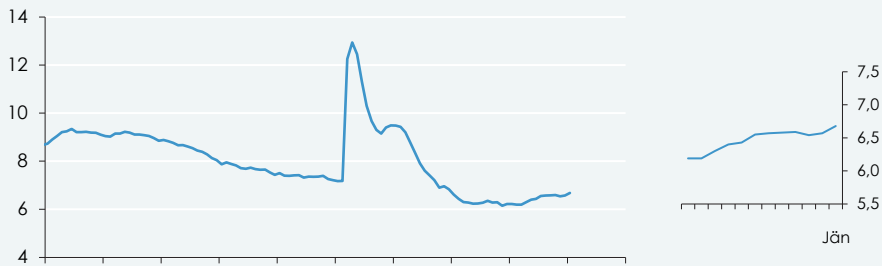
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke waren im Dezember laut Statistik Austria um durchschnittlich 6,0% teurer als im Vorjahr; damit verteuerten sie sich weniger stark als im Vormonat (+7,3%). Neben den Bewirtungs- und Beherbergungsdienstleistungen waren auch bei den Wohnungsmieten (+9,1%) noch erhebliche Preissteigerungen zu beobachten. Dies ist teils auf Indexierungen zurückzuführen.

Abbildung 8: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

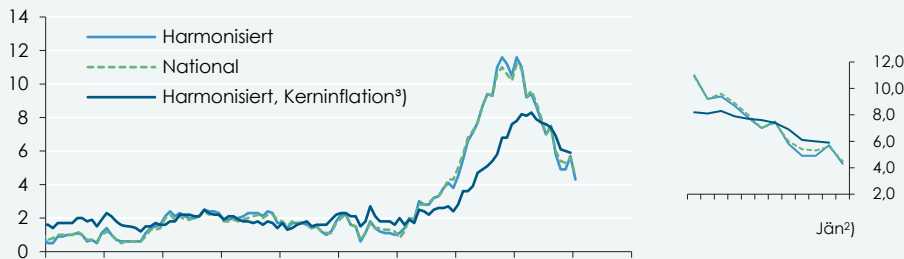
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Schnellschätzung von Statistik Austria. – 3) Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Die schwache Wirtschaftsentwicklung unterbrach den langjährigen Trend einer sinkenden Arbeitslosigkeit.

Im Jänner 2024 sank die Inflationsrate laut vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria deutlich auf 4,5%. Dies markiert den niedrigsten Wert seit Dezember 2021. Ausschlaggebend für den Rückgang war ein Basiseffekt bei den Preisen für Haushaltsenergie, die sich durch den Wegfall der Preissteigerungen für Nettowerkkosten im Vorjahresvergleich reduzierten.

2.5 Rezession lässt Arbeitslosigkeit kontinuierlich steigen

Trotz vergleichsweise mäßiger Konjunktur gelang es ab Mitte 2016, die Arbeitslosigkeit in Österreich tendenziell abzubauen. Dieser Trend setzte sich nach Überwindung der COVID-19-Pandemie ab dem Frühjahr 2021 fort und kam mit der Rezession verzögert zum Erliegen. Seit April 2023 ist ein Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit festzustellen. Gemäß Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen (einschließlich Personen in Schulungen) im Jänner 2024 um 8,0% gegenüber dem Vorjahr, nach +6,4% im Dezember 2023. Der Anstieg ist zum einen der Aufnahme neu zugezogener Bevölkerungsgruppen in die Arbeitslosenstatistik zuzurechnen; so scheinen etwa

Ukraine-Vertriebene seit April 2023 in der Statistik auf. Zum anderen ist er eine Folge der nachlassenden Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Arbeitslosenquote stieg im Jänner auf 8,1% (+0,3 Prozentpunkte), nachdem sie bereits im Dezember auf 7,8% angezogen hatte.

Trotz der Konjunkturschwäche wächst die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten nach wie vor, allerdings in einem moderateren Tempo als vor der Rezession. Im Jänner 2024 erhöhte sie sich nach vorläufiger Schätzung um 17.000 (+0,4%), nach +25.100 (+0,7%) im Dezember 2023. Saisonbereinigt stagnierte der Beschäftigtenbestand gegenüber Dezember.

Die geringere Nachfrage nach Arbeitskräften spiegelt sich auch in den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests, zumal immer weniger befragte Unternehmen über eine Behinderung ihres Produktionsprozesses infolge von Arbeitskräfteknappheit klagen. Spiegelbildlich ging auch die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen in den vergangenen Monaten deutlich zurück (Dezember 2023 –17.500, Jänner 2024 –20.400).

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer wirtschaftlichen Lage und deren Entwicklung in den nächsten Monaten. Ziel ist es, mit möglichst geringem Aufwand für die Befragten die aktuelle und bevorstehende Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zu erfassen. Die Ergebnisse werden zwölfmal pro Jahr jeweils vor dem Ende des Monats der Erhebung veröffentlicht. Sie liegen damit wesentlich früher vor als Daten der amtlichen Konjunkturstatistik. So sind die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für einen bestimmten Monat rund zwei Monate vor der Veröffentlichung des vorläufigen Wertes und rund drei Monate vor der Publikation des ersten Wertes des Produktionsindex verfügbar.

Pro Monat nehmen rund 1.600 Unternehmen mit mehr als 200.000 Beschäftigten freiwillig am WIFO-Konjunkturtest teil. An dieser Stelle sei den Unternehmen gedankt, ohne ihre Mitwirkung wäre der WIFO-Konjunkturtest nicht möglich.

2/2024 Konjunktüreinschätzungen bleiben skeptisch. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 2024

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen im Februar weiterhin zurückhaltende Konjunktüreinschätzungen. Der Konjunkturklimaindex notierte mit $-9,8$ Punkten (saisonbereinigt) um $3,2$ Punkte unter dem Wert des Vormonats ($-6,6$ Punkte) und bleibt im negativen Bereich. Die Lagebeurteilungen trübten sich gegenüber dem Vormonat leicht ein. Auch die Konjunkturerwartungen verschlechterten sich gegenüber Jänner und signalisieren pessimistische Konjunkturausblicke. Die Kreditnachfrage der Unternehmen ging im Februar geringfügig zurück. Die Unternehmen beurteilen die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe weiterhin mehrheitlich als restriktiv.

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71445>

Frühere Ausgaben

1/2024 Schwache Dynamik zu Jahresbeginn. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71386>

12/2023 Konjunktur mit uneinheitlicher Dynamik zum Jahresende. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71310>

11/2023 Konjunkturentwicklung mit schwacher Dynamik. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom November 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71219>

10/2023 Schwache Industriekonjunktur bestimmt Konjunkturbild. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71154>

9/2023 Konjunkturaussichten bleiben überwiegend pessimistisch. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom September 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71119>

8/2023 Konjunkturabschwung verstärkt sich. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom August 2023

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71058>

<https://www.wifo.ac.at/themen/wifo-konjunkturtest/wifo-konjunkturtest>

Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn gedämpft

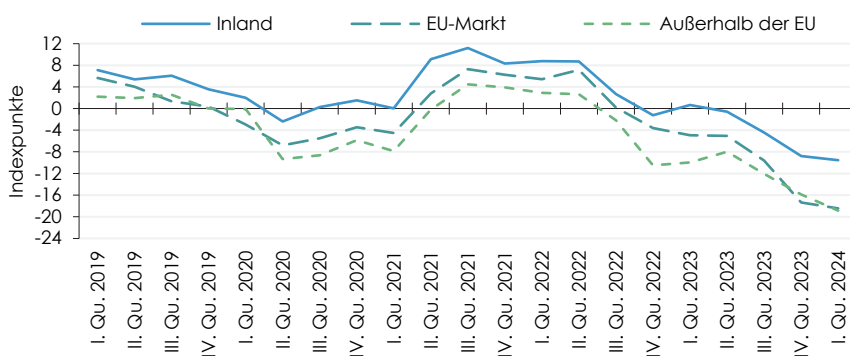
Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

- Österreichs Unternehmen beurteilten die Konjunkturlage zuletzt etwas besser als im Herbst 2023, ihre Erwartungen fielen jedoch wieder vorsichtiger aus. Die WIFO-Konjunkturampel zeigt Gelb.
- Anhaltend pessimistisch sind die Konjunktüreinschätzungen in den Sachgüterbranchen. Dementsprechend verschlechterten sich die Einschätzungen der Industrieunternehmen zu ihrer Wettbewerbsposition weiter.
- Die unternehmerische Unsicherheit ging leicht zurück, blieb aber in der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft überdurchschnittlich.
- Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung stieg im Jänner wieder an. Industrie und Bauwirtschaft sind weiterhin schwach ausgelastet.
- Wie in den Vorquartalen meldeten viele Unternehmen Beeinträchtigungen ihrer Geschäftstätigkeit. Der "Mangel an Nachfrage" ist seit Oktober 2023 das meistgenannte Hemmnis.
- Die Verkaufspreiserwartungen stiegen gegenüber Herbst wieder leicht an. Per Saldo erwarteten im Jänner rund 25% der Unternehmen, ihre Preise in den nächsten Monaten anheben zu müssen.

Veränderung der Wettbewerbsposition in der Sachgütererzeugung

Saldo in % aller Meldungen



"Die Selbsteinschätzung der Unternehmen zu ihrer Wettbewerbsposition verschlechterte sich in den letzten drei Monaten weiter, insbesondere auf den Exportmärkten."

Im WIFO-Konjunkturtest wird quartalsweise die Veränderung der Wettbewerbsposition der österreichischen Industrieunternehmen abgefragt und mittels Salden dargestellt: Vom Anteil der Unternehmen, die angaben, dass sich ihre Wettbewerbsposition in den letzten drei Monaten verbessert hat, wird der Anteil jener Unternehmen abgezogen, die von einer Verschlechterung berichteten (Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt).

Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn gedämpft

Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn gedämpft.

Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner zeigen weiterhin mehrheitlich skeptische Konjunktüreinschätzungen. Besonders pessimistisch waren erneut Sachgütererzeuger. Die Kapazitätsauslastung stieg leicht an, blieb aber in der Bauwirtschaft und der Sachgütererzeugung weiter unterdurchschnittlich. In der Gesamtwirtschaft war wie bereits im Vorquartal der "Mangel an Nachfrage" das meistgenannte Hemmnis der Geschäftstätigkeit, vor dem "Mangel an Arbeitskräften". Die Verkaufspreiserwartungen legten wieder leicht zu und blieben in den Dienstleistungsbranchen und im Einzelhandel überdurchschnittlich.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** WIFO-Konjunkturtest, Quartalsdaten, Konjunktur

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at), Tobias Bergsmann (tobias.bergsmann@wifo.ac.at), Alexandros Charos (alexandros.charos@wifo.ac.at), Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 5. 2. 2024

Kontakt: Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Michael Klien (michael.klein@wifo.ac.at), Agnes Kügler (agnes.kuegler@wifo.ac.at)

Business Cycle Sentiment Subdued at Start of the Year.

Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2024

The results of the WIFO-Konjunkturtest (business cycle survey) in January continue to show a sceptical economic picture. Economic assessments remained particularly pessimistic in manufacturing. Capacity utilisation rose slightly but remained below average in construction and manufacturing. In the total economy "insufficient demand" remained the most frequently cited obstacle to business activity, followed by "shortage of labour force". Sales price expectations rose again slightly and remained above average in services and retail.

Die Lagebeurteilungen verbesserten sich im letzten Quartal vor allem in den Dienstleistungsbranchen. In der Sachgütererzeugung blieb der Lageindex trotz Steigerungen tief im skeptischen Bereich.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests¹⁾ für Jänner 2024 (Anfang I. Quartal) zeigen gegenüber Herbst 2023 eine Seitwärtsbewegung der Konjunktüreinschätzungen der Unternehmen. Der WIFO-Konjunkturklimaindex gewann im Quartalsvergleich 0,8 Punkte hinzu, blieb mit -6,8 Punkten aber um 13,2 Punkte unter dem Vorjahreswert (Übersicht 1). Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen legte gegenüber Oktober um 2,5 Punkte zu, verharrte jedoch mit -5,5 Punkten weiter unter der Nulllinie, die negative von positiven Konjunktüreinschätzungen trennt. Die unternehmerischen Erwartungen blieben nahezu unverändert skeptisch: Der entsprechende Index lag im Jänner mit -8,3 Punkten leicht unter dem

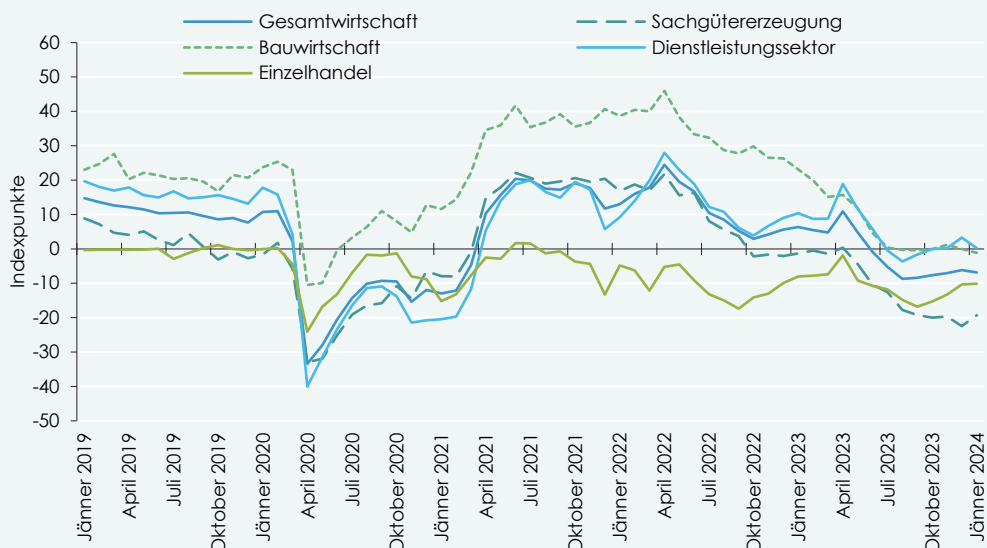
Niveau vom Herbst (-0,9 Punkte gegenüber Oktober 2023).

Nach Branchen bestehen nach wie vor deutliche Unterschiede, sowohl hinsichtlich der Niveaus der Indizes als auch ihrer Entwicklungsrichtung: In der energieintensiven Sachgütererzeugung verbesserte sich der WIFO-Konjunkturklimaindex leicht gegenüber dem Vorquartal (+0,7 Punkte), blieb jedoch mit -19,3 Punkten klar im pessimistischen Bereich. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen gewann zwar 1,5 Punkte hinzu, lag mit -20,7 Punkten aber ebenso weit im negativen Bereich wie der Index der unternehmerischen Erwartungen, der im Vergleich zu Oktober nahezu stagnierte (Jänner 2024 -18,2 Punkte).

¹⁾ Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung österreichischer Unternehmen zu ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage und der Entwicklung in den nächsten Monaten. Einmal pro Quartal wird der Fragenkatalog des WIFO-Konjunkturtests um zusätzliche Fragen erweitert ("Quartalsfragen"), die relevante Information zur Konjunktur liefern, aber nicht in die monatlichen Indizes des WIFO-Konjunkturtests eingehen. Die aktuellen Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests stehen auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-konjunkturtest>) und auf der

Themenseite Konjunkturanalysen am WIFO (<https://www.wifo.ac.at/themen/konjunktur> oder www.konjunkturtest.at) zur Verfügung. Hölzl und Schwarz (2014) bieten einen Überblick über den WIFO-Konjunkturtest. Detailliertere Ergebnisse zu den Subsektoren der Sachgütererzeugung und des Dienstleistungsreiches können als grafischer Appendix von der Projekt-Homepage heruntergeladen werden (<https://www.wifo.ac.at/themen/wifo-konjunkturtest/publikationen>).

Abbildung 1: WIFO-Konjunkturklimaindizes



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

Übersicht 1: Indizes des WIFO-Konjunkturtests

	2023							2024	
	Jänner	April	Juli	Oktober	November	Dezember	Jänner	Jänner	Veränderung gegenüber Oktober (Vorquartal)
Gesamtwirtschaft									
WIFO-Konjunkturklimaindex	6,4	10,9	- 5,2	- 7,6	- 7,0	- 6,2	- 6,8	0,8	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	11,4	12,7	- 2,1	- 8,0	- 8,0	- 5,1	- 5,5	2,5	
Index der unternehmerischen Erwartungen	1,3	9,3	- 8,3	- 7,4	- 6,1	- 7,2	- 8,3	- 0,9	
Sachgütererzeugung									
WIFO-Konjunkturklimaindex	- 1,3	0,3	- 12,6	- 20,0	- 19,7	- 22,4	- 19,3	0,7	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	2,6	- 1,1	- 11,3	- 22,2	- 22,0	- 22,9	- 20,7	1,5	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 5,4	1,7	- 14,2	- 18,1	- 17,4	- 22,2	- 18,2	0,0	
Bauwirtschaft									
WIFO-Konjunkturklimaindex	23,1	15,7	0,4	- 0,1	1,2	0,0	- 1,1	- 1,1	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	18,0	15,1	0,2	- 0,4	- 1,9	- 6,4	- 2,8	- 2,4	
Index der unternehmerischen Erwartungen	27,8	16,0	1,2	0,5	4,6	6,5	0,3	- 0,3	
Dienstleistungssektor									
WIFO-Konjunkturklimaindex	10,4	18,9	- 0,5	- 0,1	0,2	3,3	0,2	0,3	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	17,0	21,2	2,6	- 1,3	- 1,1	5,0	2,6	3,9	
Index der unternehmerischen Erwartungen	3,7	16,7	- 3,4	1,1	1,4	1,6	- 2,2	- 3,3	
Einzelhandel									
WIFO-Konjunkturklimaindex	- 8,0	- 1,9	- 11,8	- 15,3	- 13,3	- 10,3	- 10,1	5,1	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	2,2	8,4	0,5	- 5,8	- 6,0	- 0,8	- 3,3	2,5	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 18,3	- 12,3	- 24,2	- 24,8	- 20,6	- 20,0	- 17,1	7,7	

Q: WIFO-Konjunkturtest.

In der Bauwirtschaft verschlechterte sich der WIFO-Konjunkturklimaindex hingegen leicht gegenüber Oktober und unterschritt die Nulllinie um 1,1 Punkte. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen verlor 2,4 Punkte und notierte im Jänner bei -2,8 Punkten. Der

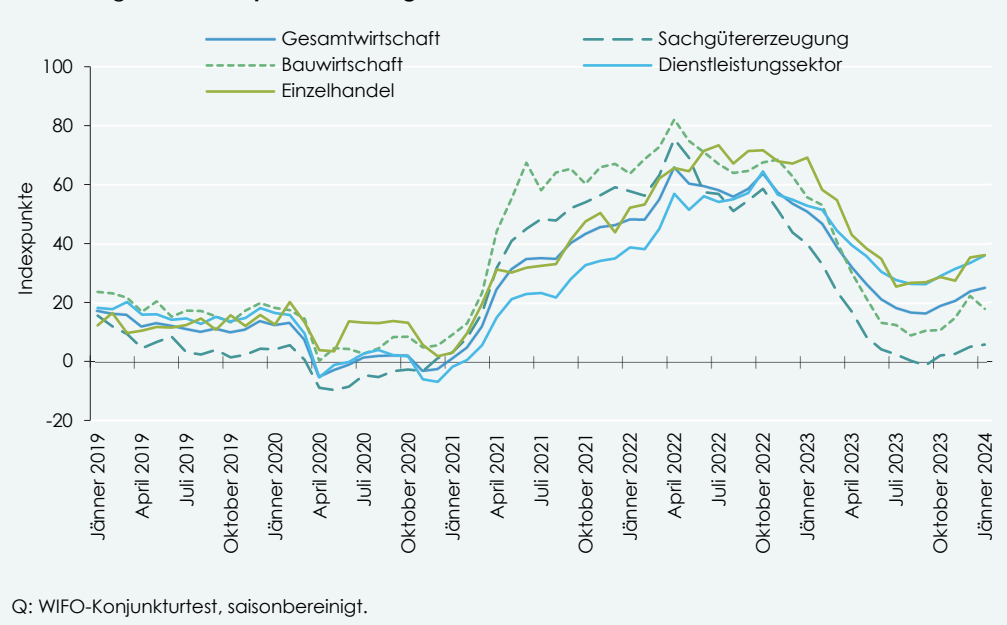
Index der unternehmerischen Erwartungen sank ebenfalls geringfügig (-0,3 Punkte auf 0,3 Punkte). Dass die Eintrübung nicht deutlicher ausfiel, ist auch den Baupreiserwartungen zuzuschreiben. Diese sind in den letzten Monaten wieder angestiegen und haben

sich per Saldo im positiven Bereich stabilisiert. Die Erwartungen der Bauunternehmen zur eigenen Geschäftslage und der Produktion in den nächsten 6 Monaten sind dagegen nach wie vor mehrheitlich gedämpft.

Im Dienstleistungssektor zeigen die Indizes ein gemischtes Bild. Der WIFO-Konjunkturklimaindex blieb gegenüber Oktober 2023

fast unverändert (+0,3 Punkte) und lag mit 0,2 Punkten nahe an der Nulllinie. Während der Index der aktuellen Lagebeurteilungen zulegen (+3,9 Punkte auf 2,6 Punkte), überwiegen bei den unternehmerischen Erwartungen wieder leicht die negativen Meldungen (-3,3 Punkte gegenüber Oktober 2023 auf zuletzt -2,2 Punkte).

Abbildung 2: Verkaufserwartungen



Die Konjunkturindizes für den Einzelhandel, die das WIFO auf Basis von Erhebungen der KMU Forschung Austria berechnet, gewannen gegenüber dem Vorquartal wieder etwas an Boden: Der entsprechende WIFO-Konjunkturklimaindex lag im Jänner um 5,1 Punkte über dem Wert von Oktober 2023, aber noch deutlich unter der Nulllinie (-10,1 Punkte). Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen legte im Quartalsvergleich um 2,5 Punkte zu, der Index der unternehmerischen Erwartungen sogar um 7,7 Punkte. Beide Teilindizes verharrten jedoch im pessimistischen Bereich (-3,3 bzw. -17,1 Punkte).

Der längerfristige Verlauf der WIFO-Konjunkturklimaindizes spiegelt den Rückgang infolge der COVID-19-Krise, die Erholung bis zum Frühjahr 2022, die Konjunkturabschwächung aufgrund des Energiepreisschocks und des Ukraine-Krieges bis in den Winter 2022/23 sowie den Abschwung im Sommer 2023. Am aktuellen Rand zeigt sich eine Stabilisierung, aber noch keine Trendwende (Abbildung 1).

Der Ukraine-Krieg löste den kräftigsten Energiepreisanstieg seit den Ölpreisschocks 1973 und 1979/80 aus. Die Folge waren deutliche Preiseffekte, die neben der Inflation auch die Verkaufserwartungen der österreichischen Unternehmen steigen ließen²⁾. Letztere hatten bereits 2021 im Zuge der Konjunkturerholung und der Lieferengpässe zugelegt. Der Ukraine-Krieg, die Verteuerung von Strom und Erdgas im Sommer 2022 und der Anstieg der Inflationsrate verschärfte die Preisdynamik weiter. Erst seit Mitte 2023 zeigen sich deutliche Rückgänge bei den Verkaufserwartungen.

Die Verkaufserwartungen werden im WIFO-Konjunkturtest als Salden, d. h. als Differenz zwischen dem Anteil der positiven und dem Anteil der negativen Antworten an allen Meldungen, dargestellt. Sie weisen einen Wertebereich von -100 bis +100 Punkten auf. Die Ergebnisse vom Jänner 2024 lassen im Vergleich zum Vorquartal wieder eine leichte Beschleunigung der Preisdynamik erkennen (Abbildung 2). Für die Gesamtwirtschaft lag der Saldo der Verkaufserwartungen zuletzt bei 25,1 Punkten, um 6,1 Punk-

²⁾ Die Ergebnisse einer Sonderbefragung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom November 2022 (Hözl et al., 2022) geben näheren Einblick in die Auswirkungen des Energiepreisschocks. 72% der österreichischen Unternehmen gaben an, in ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt zu sein; meistgenannte Ursache

war die Verteuerung von Energie und Vorleistungen. Dementsprechend berichteten die meisten Unternehmen von einem Rückgang der Gewinnmargen; 64% gaben an, infolge der gestiegenen Inputpreise die Verkaufspreise erhöht zu haben.

te über dem Vergleichswert vom Oktober 2023 und nahe am langjährigen Durchschnitt (25,9 Punkte). Nach den Rückgängen im Sommer 2023 zogen die Verkaufspreiserwartungen in sämtlichen Branchen an. In der Bauwirtschaft (Jänner 2024: 17,8 Punkte, +7,2 Punkte gegenüber Oktober 2023) und

der Sachgütererzeugung (+3,7 Punkte auf 5,7 Punkte) waren die Salden aber weiterhin deutlich niedriger als in den Dienstleistungen (+7,0 Punkte auf 36,0 Punkte) und im Einzelhandel (+7,4 Punkte auf 36,1 Punkte), wo die Verkaufspreiserwartungen überdurchschnittlich blieben.

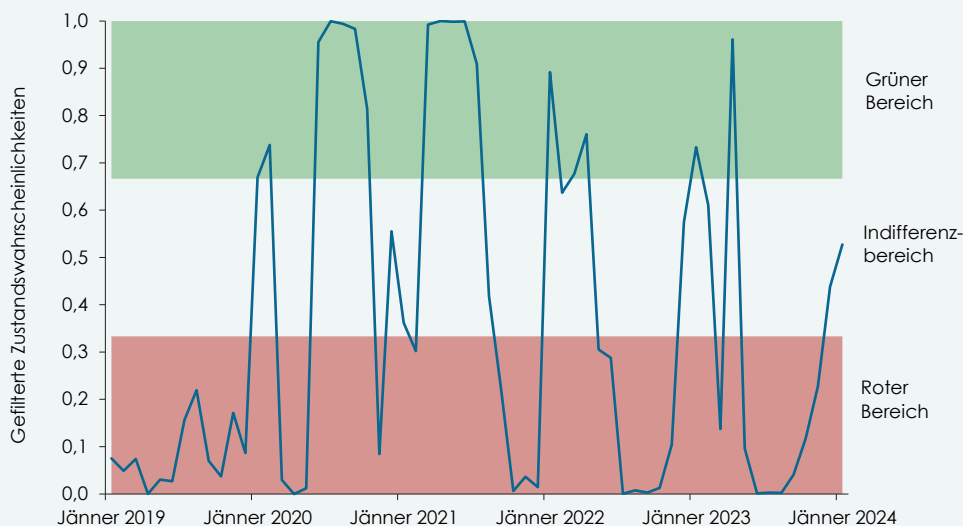
Indizes des WIFO-Konjunkturtests

Die Indizes des WIFO-Konjunkturtests werden monatlich auf Sektorebene für die Sachgütererzeugung, die Bauwirtschaft, die Dienstleistungen und den Einzelhandel ermittelt. Die Befragungen werden monatlich vom WIFO (Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft und Dienstleistungen) und der KMU Forschung Austria (Einzelhandel) durchgeführt. Anhand der Sektorindizes werden durch Gewichtung (Gewichte: Dienstleistungen 0,5, Sachgütererzeugung 0,3, Bauwirtschaft und Einzelhandel jeweils 0,1) die "gesamtwirtschaftlichen Indizes" errechnet. Der zusammenfassende WIFO-Konjunkturklimaindex aggregiert zwei Teilindizes, die getrennt ausgewiesen werden:

- Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen basiert auf den monatlichen Erhebungen zur Einschätzung der aktuellen Lage und zur Entwicklung in den letzten drei Monaten. Er ist als gleichlaufender Index konzipiert, der allein durch die frühe Verfügbarkeit (rund zwei Monate vor den aktuellen Daten der amtlichen Statistik) einen Vorlauf gegenüber der amtlichen Konjunkturstatistik aufweist.
- Der Index der unternehmerischen Erwartungen fasst jene monatlichen Fragen zusammen, die sich auf die Entwicklung in den Folgemonaten der Erhebung beziehen. Er ist als vorlaufender Indikator konzipiert.

Details zu den Indizes bieten Hölzl und Schwarz (2014).

Abbildung 3: WIFO-Konjunkturampel



Q: WIFO-Konjunkturtest. Die WIFO-Konjunkturampel für Österreich zeigt die monatliche Wahrscheinlichkeit für die Phasen "Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen" ("grüner Bereich") und "Verschlechterung der Konjunktüreinschätzungen" ("roter Bereich"). Im Indifferenzbereich kann die Entwicklung der Konjunktüreinschätzungen nicht eindeutig klassifiziert werden.

1. Konjunkturampel zeigt Gelb

Mit Hilfe eines Markov-Regime-Switching-Modells wird in der WIFO-Konjunkturampel modellbasiert die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der die aktuellen Werte der Indikatoren des WIFO-Konjunkturtests einer Verbesserung oder Verschlechterung der Konjunktüreinschätzungen gegenüber der Vorperiode

entsprechen (Glocker & Hölzl, 2015)³. Die ermittelte Wahrscheinlichkeit kann in eine von drei Kategorien fallen, die zusammengefasst als "Konjunkturampel" bezeichnet werden:

- Im "grünen Bereich" (Verbesserung) beträgt die Wahrscheinlichkeit über zwei

³ Die Verschlechterung ist als Gegenzustand des Zustandes "Verbesserung" definiert: Die Wahrscheinlichkeit, sich im Zustand "Verbesserung" (q) zu befinden, ist

1 minus die Wahrscheinlichkeit, sich im Zustand "Verschlechterung" zu befinden ($p = 1 - q$).

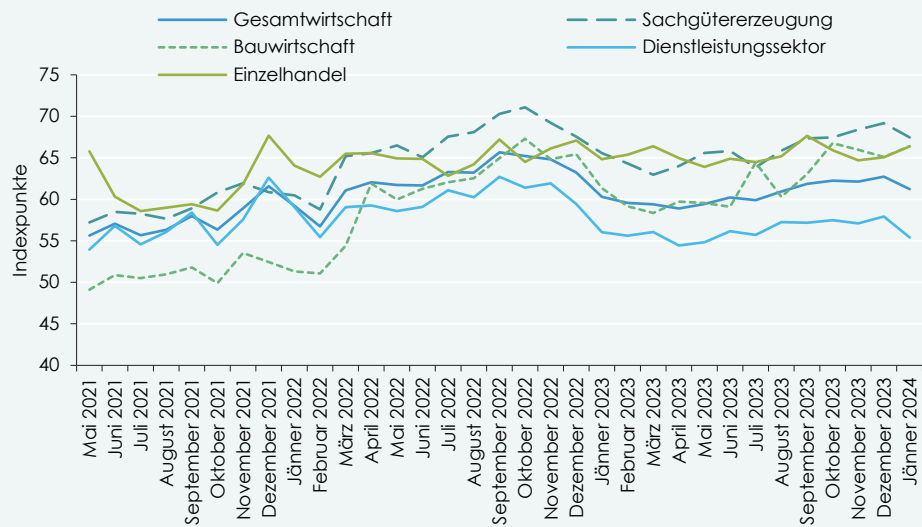
Drittel, dass die Veränderung der aktuellen Indexwerte gegenüber dem vorhergehenden Messpunkt eine Verbesserung der Konjunkturschätzungen wiedergibt.

- Im "roten Bereich" (Verschlechterung) liegt die Wahrscheinlichkeit unter einem Drittel, dass der aktuelle Indexwert eine Verbesserung gegenüber dem vorhergehenden Messpunkt bedeutet.
- Zwischen dem "grünen" und dem "roten" Bereich liegt der Indifferenzbereich. Die Entwicklung der Konjunkturschätzungen kann in diesem Fall nicht eindeutig zugeordnet werden.

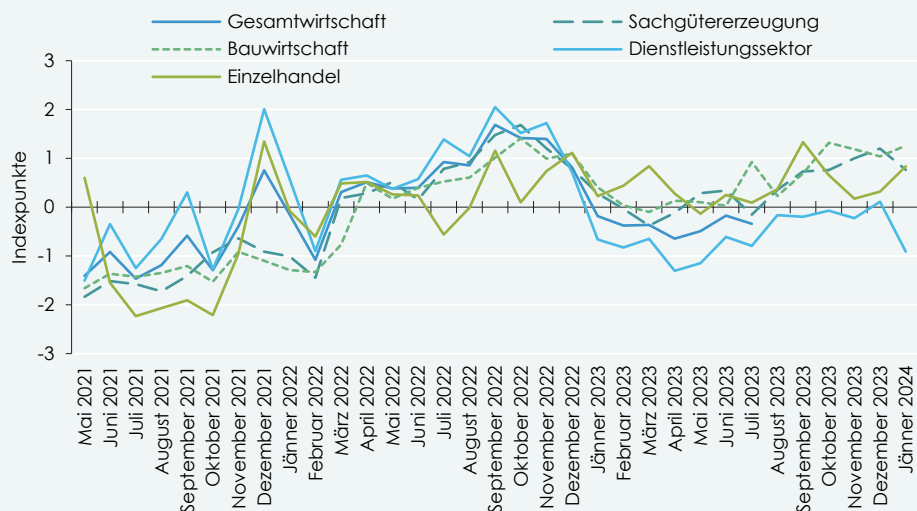
Die Wahrscheinlichkeit, sich in einem Verbesserungsregime zu befinden, wurde im Jänner 2024 vom Modell mit 0,527 eingeschätzt. Damit zeigt die WIFO-Konjunkturampel – wie bereits im Dezember – Gelb. Darin spiegelt sich die Seitwärtsbewegung der Konjunktur. Die Entwicklung der Lageeinschätzungen und der unternehmerischen Erwartungen zeigt zwar eine Stabilisierung, aber noch keine konjunkturelle Trendwende an. Trotz Rückgangs der Energiepreise und Verlangsamung der Inflation bleiben die Konjunkturrisiken hoch.

Abbildung 4: Indikator der unternehmerischen Unsicherheit für die Gesamtwirtschaft und die Sektoren

Indikatorwerte



Standardisierte Zeitreihen



Q: WIFO-Konjunkturtest, nicht saisonbereinigt. 0 . . . keine Unsicherheit, 100 . . . höchste Unsicherheit. Standardisierte Darstellung: Normierung aller Indikatoren auf einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1. Dies erleichtert die Beurteilung des Konjunkturverlaufes des Unsicherheitsindicators.

2. Unsicherheit nach Sektoren unterschiedlich ausgeprägt

Seit den 1980er-Jahren wird im WIFO-Konjunkturtest die Einschätzung der Unternehmen zur Unsicherheit der künftigen Geschäftslage erhoben, welche Einfluss auf Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen der Unternehmen hat (Glocker & Hölzl, 2022). Im Mai 2021 wurde die Formulierung der entsprechenden Frage im Zuge ihrer Einbeziehung in das gemeinsame harmonisierte Fragenprogramm der EU (Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys) verändert. Zudem wird die Frage zur Unsicherheit seither monatlich statt vierteljährlich gestellt. Aufgrund dieser Änderungen sind Vergleiche über die Zeit bis dato nur eingeschränkt möglich (Abbildung 4).

Der Indikator der Unsicherheit bezüglich der künftigen Geschäftslage weist einen Wertebereich von 0 (keine Unsicherheit) bis 100 (höchste Unsicherheit) auf. Für die Gesamtwirtschaft ergab sich im Jänner (I. Quartal 2024) ein Wert von 61,2 Punkten. Damit notierte der Indikator um 1,0 Punkte niedriger als im Oktober (62,2 Punkte), aber höher als im Jänner des Vorjahres (60,3 Punkte).

Aufgrund des Ukraine-Krieges, des Energiepreisschocks und der Ungewissheit bezüglich der Energieversorgung stieg die unternehmerische Unsicherheit ab März 2022 an, insbesondere in der exportorientierten Sachgütererzeugung. Dort hat die Unsicherheit seit Mitte 2023 neuerlich leicht zugenommen und lag zuletzt mit 67,5 Punkten (Jänner 2024) deutlich über dem langjährigen Durchschnitt (64,5 Punkte). Im Anstieg spiegelt sich die weltweite Abschwächung der Industriekonjunktur. In der Bauwirtschaft sank der Indikator gegenüber Oktober um 0,3 Punkte auf einen Wert von 66,4 Punkten (langjähriger Durchschnitt 58,9 Punkte). In den Dienstleistungsbranchen war der Rückgang deutlicher (-2,1 Punkte), dort notierte der Unsicherheitsindikator mit 55,4 Punkten unter dem langjährigen Durchschnitt (57,6 Punkte). Im Einzelhandel hingegen stieg die Unsicherheit im Vergleich zum Oktober 2023 an (+0,5 Punkte auf 66,3 Punkte) und blieb über dem langjährigen Durchschnitt von 64,3 Punkten.

Die unternehmerische Unsicherheit sank im Jänner 2024 vor allem in den Dienstleistungsbranchen, blieb aber in den anderen Sektoren merklich über dem langjährigen Durchschnitt.

3. Kapazitätsauslastung wieder etwas höher

3.1 Leichter Anstieg der Kapazitätsauslastung in fast allen Sektoren

Vor allem in Branchen mit hoher Kapitalintensität und hohen Kapazitätsanpassungskosten ist die Kapazitätsauslastung ein wichtiger Konjunkturindikator (Hölzl et al., 2019). Sie wird deshalb im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests in allen Sektoren außer dem Einzelhandel erhoben. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung lag im Jänner 2024 bei 85,7% und war damit um 0,8 Prozentpunkte höher als im Oktober (langjähriger Durchschnitt: 86,3%). Im Quartalsvergleich zeigte sich in allen Sektoren außer der Bauwirtschaft eine leichte Verbesserung: Sowohl die Sachgütererzeugung (+1,3 Prozentpunkte auf 79,8%; langjähriger Durchschnitt: 82,3%) als auch der Dienstleistungssektor (+0,8 Prozentpunkte auf 90,3%; langjähriger Durchschnitt: 89,1%) konnten ihre Kapazitätsauslastung etwas steigern. In der Bauwirtschaft ging die Auslastung hingegen um 0,6 Prozentpunkte zurück und lag mit 80,2% unter dem langjährigen Durchschnitt von 84,4% (Abbildung 5).

3.2 Gesicherte Produktionsdauer stagniert

Die gesicherte Produktionsdauer – gemessen in Monaten – wird im Rahmen der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests in der Sachgütererzeugung und in der Bauwirtschaft erhoben (Abbildung 6). In der Bau-

wirtschaft meldeten die Unternehmen im I. Quartal 2024, dass ihre Produktionstätigkeit für die nächsten 4,9 Monate gesichert ist (-0,2 Monate gegenüber Oktober 2023). In der Sachgütererzeugung lag die durchschnittliche gesicherte Produktionsdauer unverändert bei 4,1 Monaten.

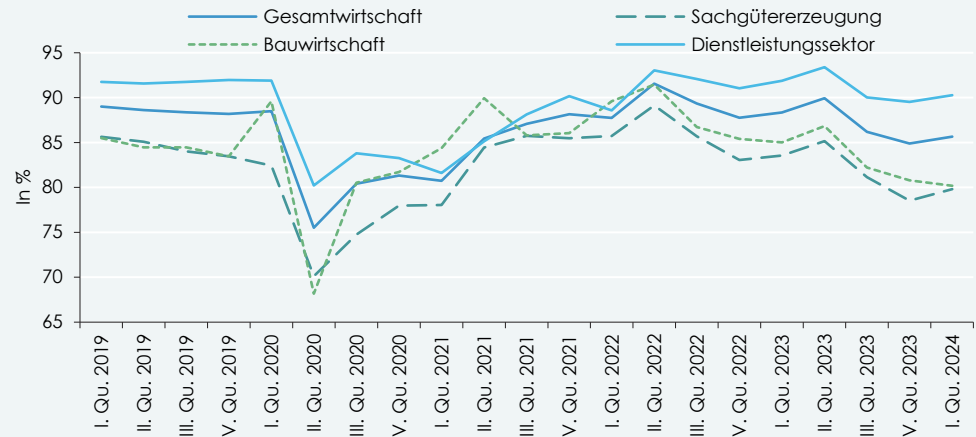
3.3 Weiter schwache Auftragslage in der Sachgütererzeugung

In der Sachgütererzeugung werden die Auftragsbestände und die Erwartungen zu den Auslandsauftragseingängen als relevante Indikatoren einmal im Quartal erfragt. Die Antworten auf diese Fragen werden zu Salden zwischen dem Anteil der positiven und dem Anteil der negativen Antworten aggregiert. Wie Abbildung 7 zeigt, entwickelten sich die Auftragsbestände zu Beginn des I. Quartals 2024 ähnlich schwach wie in den Vorquartalen. Ein Wert von zuletzt -29,1 Punkten signalisiert per Saldo einen Rückgang der Auftragsbestände in den letzten drei Monaten. Die Erwartungen zu den künftigen Auslandsauftragseingängen verschlechterten sich leicht und blieben per Saldo ebenfalls im negativen Bereich: Der Anteil der pessimistischen Stimmen, die für die kommenden 3 Monate einen Rückgang der Auslandsaufträge erwarteten, stieg im Vergleich zum Oktober wieder an und überwog die positiven Meldungen um rund 14 Prozentpunkte.

Die Kapazitätsauslastung war im Jänner 2024 in allen Sektoren außer der Bauwirtschaft höher als im Herbst 2023.

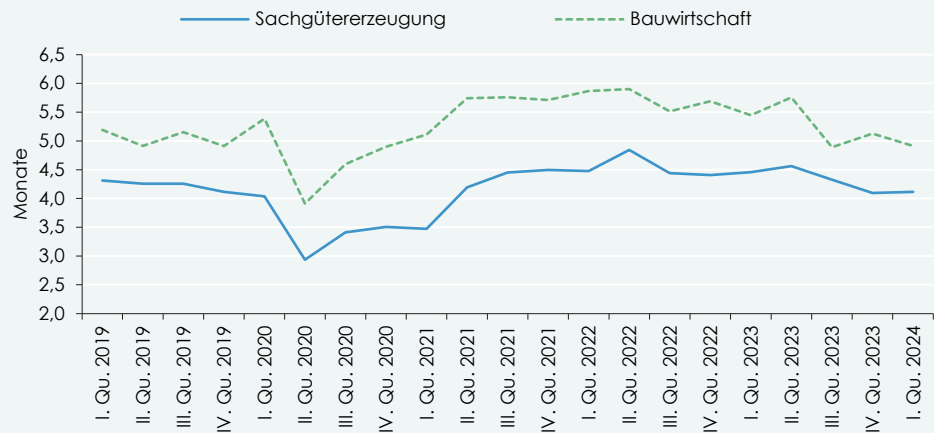
Die Sachgütererzeugung leidet nach wie vor unter einer schwachen Auftragsentwicklung, und auch die Erwartungen zu den Auslandsauftragseingängen blieben per Saldo negativ.

Abbildung 5: Kapazitätsauslastung nach Sektoren



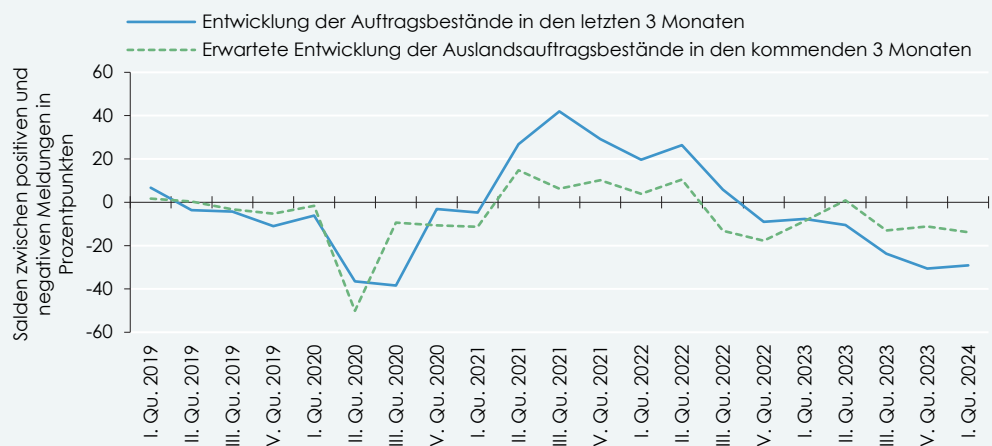
Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt.

Abbildung 6: Gesicherte durchschnittliche Produktionsdauer in der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Abbildung 7: Entwicklung der Auftragsbestände und erwartete Entwicklung der Auslandsauftragsbestände in der Sachgütererzeugung



Q: WIFO-Konjunkturtest.

4. Nachfragemangel weiter wichtigstes Hemmnis der Unternehmenstätigkeit

Im WIFO-Konjunkturtest werden quartalsweise die wichtigsten Hemmnisse für die Geschäftstätigkeit der befragten Unternehmen erhoben. Die Unternehmen haben die Möglichkeit, keine Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu melden, oder das wichtigste Hindernis aus einer vorgegebenen Liste zu wählen:

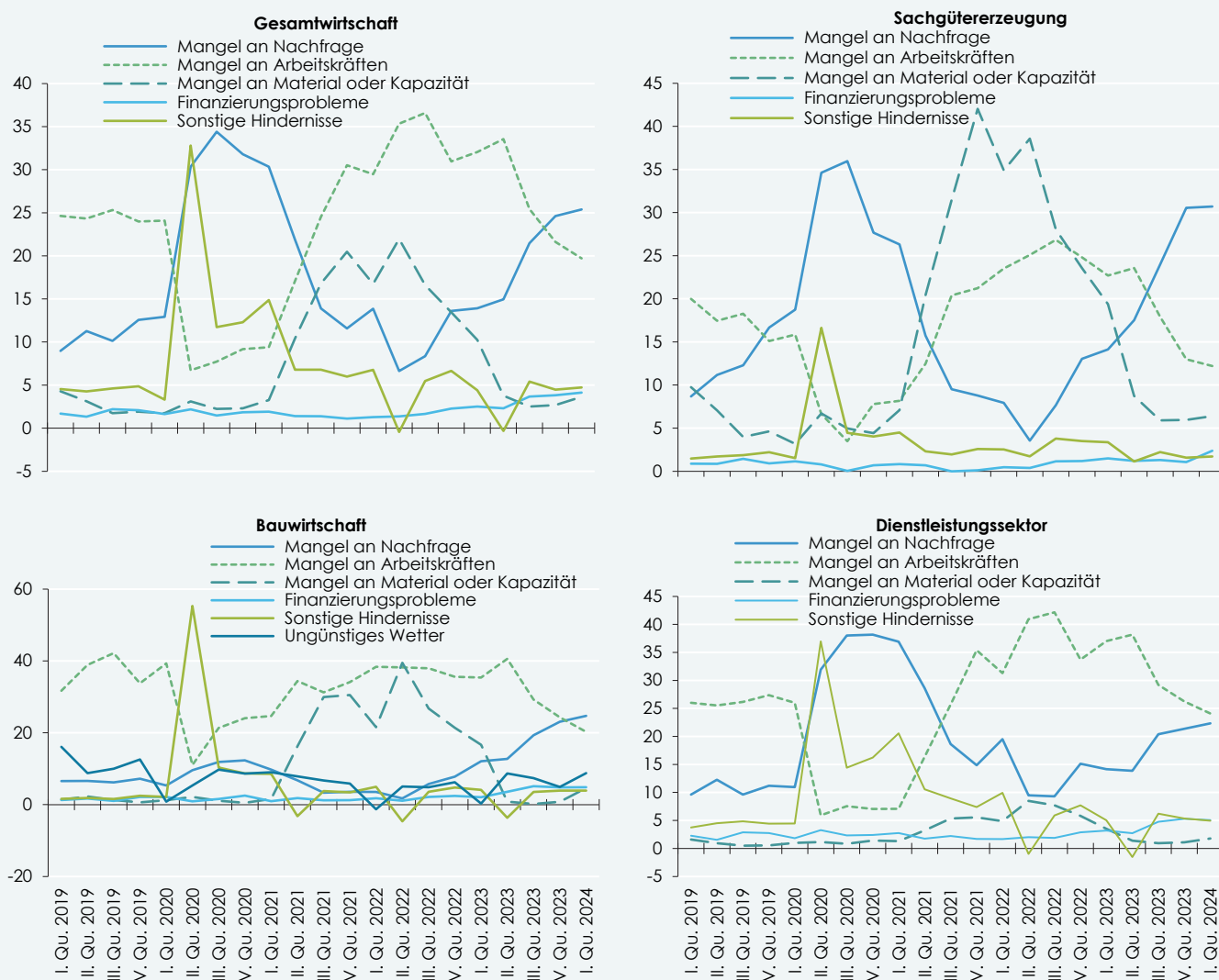
- Mangel an Nachfrage (Dienstleistungen und Sachgütererzeugung) bzw. Mangel an Aufträgen (Bauwirtschaft),
- Mangel an Arbeitskräften,

- Platzmangel oder Kapazitätsengpässe (Dienstleistungen) bzw. Mangel an Material oder Kapazität (Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft),
- Finanzierungsprobleme und
- sonstige Gründe – diese Kategorie spiegelt neben dem Wettereinfluss (Bauwirtschaft) auch andere Hemmnisse wider (z. B. die gesundheitspolitischen Maßnahmen während der COVID-19-Pandemie).

In der Bauwirtschaft wird zusätzlich das Hindernis "ungünstiges Wetter" erhoben⁴⁾.

Abbildung 8: Hemmnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit

Anteile an allen Meldungen in %



Q: WIFO-Konjunkturtest, saisonbereinigt. Um die unterjährige Vergleichbarkeit der Zeitreihen zu gewährleisten, werden saisonbereinigte Werte ausgewiesen. Negative Werte können aufgrund des Saisonbereinigungsverfahrens "Dainties" nicht ausgeschlossen werden. Es handelt sich um statistische Artefakte.

⁴⁾ Bei der Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Hemmnisse wird "ungünstiges Wetter" unter "sonstige Hindernisse" klassifiziert.

Die COVID-19-Pandemie, Lieferkettenprobleme, der Ukraine-Krieg und der kräftige Energiepreisauftrieb ließen den Anteil der Unternehmen, die Hemmnisse ihrer Geschäftstätigkeit melden, ab 2020 ansteigen. Zuletzt hat sich die Lage wieder etwas entspannt. Im Jänner 2024 war die Entwicklung allerdings uneinheitlich. So meldeten nur rund 33% der Bauunternehmen keine Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit, um 5 Prozentpunkte weniger als im Oktober 2023. In den Dienstleistungen gaben zuletzt 42% der Unternehmen an, nicht mit Hemmnissen konfrontiert zu sein (+1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorquartal). In der Sachgütererzeugung meldeten im Jänner 47% der Unternehmen keine Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit, um 1 Prozentpunkte weniger als im Oktober 2023. Im Einzelhandel stieg der entsprechende Anteil gegenüber dem Vorquartal deutlich an (+10 Prozentpunkte auf 41% der Unternehmen).

Die Meldungen zu den Hemmnissen der Geschäftstätigkeit zeigen einen weiteren Bedeutungsgewinn des "Mangels an Nachfrage". Daneben ist der "Mangel an Arbeitskräften" nach wie vor ein wesentliches Hemmnis.

In der Gesamtwirtschaft (ohne Einzelhandel) blieb der "Mangel an Nachfrage" das meistgenannte wichtigste Hemmnis der Geschäftstätigkeit (25,4% der Unternehmen), vor dem "Mangel an Arbeitskräften" (19,7%). Der "Mangel an Material oder Kapazität" (3,6%) war verglichen mit den vergangenen Jahren nur mehr von untergeordneter Bedeutung. "Finanzierungsprobleme" wurden zwar nur von 4,1% der Unternehmen genannt, dies ist jedoch der höchste Wert seit fünf Jahren (Abbildung 8).

In der Sachgütererzeugung ist der "Mangel an Nachfrage" bereits seit dem III. Quartal

2023 das meistgenannte Hemmnis der Produktionstätigkeit (Jänner 2024: 30,7% aller Unternehmen), vor dem "Mangel an Arbeitskräften" (12,2%). Rund 6,4% der Sachgüterproduzenten melden einen "Mangel an Material oder Kapazität" als wichtigstes Hemmnis, 1,7% "sonstige Gründe" und rund 2,4% "Finanzierungsprobleme".

In der Bauwirtschaft war im Jänner erstmals seit Oktober 2016 der "Mangel an Nachfrage" (24,7%) das meistgenannte Hemmnis der Bautätigkeit, gefolgt vom "Mangel an Arbeitskräften" (20,2%). Den Material- bzw. Kapazitätsmangel nannten zuletzt 4,6% der Unternehmen als wichtigstes Hemmnis, das "ungünstige Wetter" 8,8%. 4,8% der Bauunternehmen meldeten "Finanzierungsprobleme".

In den Dienstleistungsbranchen war im Jänner der "Mangel an Arbeitskräften" (24,1%) weiterhin das wichtigste Hemmnis der Unternehmenstätigkeit – trotz deutlich rückläufiger Tendenz. Dahinter folgten der "Mangel an Nachfrage" (22,3%), "Finanzierungsprobleme" (5,1%) und "sonstige Hindernisse" (4,9%).

Im Einzelhandel werden die Hemmnisse der Geschäftstätigkeit seit Juli 2021 erhoben. Im Jänner 2024 meldeten 41,1% der befragten Einzelhändler den "Mangel an Nachfrage" als wichtigstes Hemmnis, 6,9% den "Mangel an Arbeitskräften", 4,8% "sonstige Hindernisse", 3,4% "Finanzierungsprobleme" und 2,6% "Lieferengpässe".

5. Zusammenfassung

Für die Gesamtwirtschaft zeigen die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024 eine Seitwärtsbewegung. Die Lagebeurteilungen haben sich im Quartalsvergleich mit Ausnahme der Bauwirtschaft in allen Sektoren leicht verbessert. Besonders skeptisch hinsichtlich der Lageeinschätzungen und der Erwartungen sind weiterhin Sachgütererzeuger. Auf eine Fortsetzung der gedämpften Industriekonjunktur deuten auch die Auftragseingänge der letzten Monate und die Erwartungen zur künftigen Auslandsauftragsentwicklung. Die Kapazitätsauslastung stieg in allen Sektoren bis auf die Bauwirtschaft leicht an. Die unternehmerische Unsicherheit

ging nur in den Dienstleistungsbranchen merklich zurück. Dies lässt für die meisten Sektoren auf anhaltende Konjunkturrisiken schließen. Demensprechend zeigte die WIFO-Konjunkturampel im Jänner Gelb.

Der Anteil der Unternehmen, die erwarten, ihre Verkaufspreise in den nächsten Monaten anheben zu müssen, stieg im Vergleich zum Vorquartal wieder leicht an. Hinsichtlich der Hemmnisse der Unternehmenstätigkeit blieb im Jänner der "Mangel an Nachfrage" das meistgenannte Hindernis, vor dem "Mangel an Arbeitskräften".

6. Literaturhinweise

Europäische Kommission (2021). *The Joint Harmonised EU Programme of Business and Consumer Surveys: User Guide*. Europäische Kommission. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/bcs_user_guide_en_0.pdf.

Glocker, C., & Hölzl, W. (2015). Bestimmung einer Konjunkturampel für Österreich auf Basis des WIFO-Konjunkturtests. *WIFO-Monatsberichte*, 88(3), 175-183. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/57854>.

Glocker, C., & Hölzl, W. (2022). A direct measure of subjective business uncertainty. *German Economic Review*, 23(1), 121-155. <https://doi.org/10.1515/ger-2021-0025>.

Hölzl, W., & Schwarz, G. (2014). Der WIFO-Konjunkturtest: Methodik und Prognoseeigenschaften. *WIFO-Monatsberichte*, 87(12), 835-850. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/50863>.

Hözl, W., Klien, M., & Kügler, A. (2019). Konjunktur schwächt sich weiter ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2019. *WIFO-Monatsberichte*, 92(11), 807-819. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62094>.

Hözl, W., Klien, M., & Kügler, A. (2022). Auswirkungen von Energiepreisschocks auf Produktion und Preise. Ergebnisse der Sonderbefragung zur Energiepreisentwicklung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom November 2022. *WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe*, (3). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70472>.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

2/2024 EU-Grenzausgleich. Ambitionierte Klimaziele und Wettbewerbsfähigkeit in Einklang bringen?

Elisabeth Christen

In Ergänzung zum reformierten EU-Emissionshandelssystem stellt der EU-Grenzausgleich einen zentralen Baustein dar, um internationale Unterschiede in den Klimaambitionen und in der Bepreisung von CO₂-Emissionen auszugleichen und eine klimaneutrale EU bis 2050 zu erreichen. Mit dem Instrument setzt sich die EU zum Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produzenten trotz verschärfter EU-Klimaziele und steigender CO₂-Kosten zu sichern und das Risiko von Carbon Leakage, die Verlagerung von Emissionen in Länder mit weniger strengen Emissionsvorschriften, zu vermindern. Die Modellsimulationen der Studie "Trade and Welfare Effects of New Trade Policy Instruments" zeigen, dass ein klimapolitischer Alleingang der EU nur ein sehr begrenztes Potenzial zur Verringerung der globalen Emissionen aufweist und moderate Wohlstandseinbußen mit sich bringt. Im Gegensatz dazu erzielt eine klimapolitische Kooperation die größten globalen Emissionsminderungen und schafft durch Vermeidung von Klimafolgekosten Wohlfahrtsgewinne. Ein gemeinsamer Klimaklub der EU mit den USA, dem Vereinigten Königreich, Kanada und Japan senkt die globalen Emissionen um 14,8%, dies entspricht einer jährlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen um 5,46 Mrd. t.

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71449>

Frühere Ausgaben

1/2024 Eine Projektion der öffentlichen Pflegekosten und des benötigten Pflegepersonals bis 2050

Ulrike Famira Mühlberger

Februar 2024 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71450>

13/2023 Sind die Löhne die (neuen) Preistreiber?

Stefan Schiman-Vukan

November 2023 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71159>

12/2023 Tourismusanalyse: Die Gäste kommen zurück, aber Teuerung dämpft reale Umsätze

Oliver Fritz, Sabine Ehn-Fragner

September 2023 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71110>

11/2023 Frühzeitiges Monitoring der Ziele für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung in Österreich – Aktualisierung 2023. Bewertung der Entwicklung von SDG 8 auf Basis der WIFO-Konjunkturprognose und Nowcasts

Sandra Bilek-Steindl, Thomas Url

Juli 2023 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70888>

10/2023 Wende auf dem Immobilienmarkt. Anzeigedaten verdeutlichen Nachfrageeinbruch in Österreich

Michael Klien, Peter Reschenhofer

Juli 2023 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70851>

9/2023 Austria's (Over)Inflation and Its Main Sources

Stefan Schiman-Vukan

Juni 2023 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70798>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Einbruch im europäischen Bauwesen

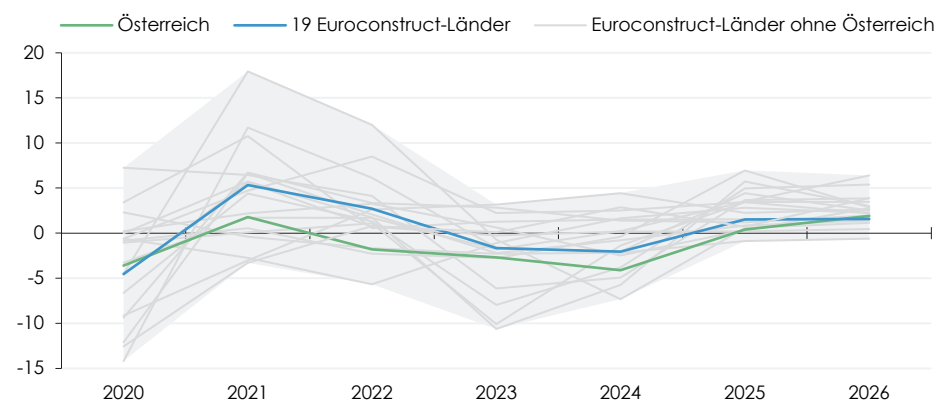
Euroconstruct-Prognose bis 2026

Michael Klien, Michael Weingärtler

- In den 19 Euroconstruct-Ländern hat sich die Baukonjunktur deutlich abgekühlt. Das Bauvolumen sank 2023 real um 1,7% gegenüber dem Vorjahr.
- Hohe Baukosten und eine dynamische Zinsentwicklung bremsten insbesondere den europäischen Hochbau. Innerhalb von 12 Monaten erhöhte die EZB den Leitzins von 0,5% auf 4,5%. Dies war die schnellste Zinsanpassung seit Einführung des Euro. Die hohen Zinsen belasten vor allem den Neubau.
- Der Tiefbau erweist sich in Europa derzeit als Konjunkturstütze und dürfte 2024 real um 2,5% wachsen. Dies ist insbesondere Investitionen in die Schieneninfrastruktur sowie in die Energiewirtschaft zuzuschreiben.
- In Österreich wird das reale Bauvolumen 2024 noch stärker schrumpfen als im Vorjahr (voraussichtlich -4,1% nach -2,7% im Jahr 2023).
- Im Wohnungsneubau sind die größten Einbußen zu erwarten. Sie hatten sich aufgrund der sinkenden Zahl an Baubewilligungen schon in den letzten Jahren angedeutet. Impulse werden vor allem vom Tiefbau sowie der Sanierung im Hochbau ausgehen, wenn auch zuletzt etwas abgeschwächt.

Entwicklung des realen Bauvolumens in Österreich im europäischen Vergleich

Veränderung gegen das Vorjahr in %



"Laut Euroconstruct-Prognose wird sich der Rückgang im europäischen Bauwesen 2024 verstärken. Eine Erholung ist erst ab 2025 in Sicht."

In Österreich sank das Bauvolumen im Jahr 2023 sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch zum Durchschnitt der europäischen Euroconstruct-Länder. Dieser ungünstige Trend ist vor allem der anhaltend rückläufigen Entwicklung im Wohnbau geschuldet. Für 2024 wird eine weitere Abnahme der Bauvolumina erwartet. Zu einer Trendwende in Österreich sowie auf europäischer Ebene dürfte es erst 2025 kommen (Q: Euroconstruct, 2023a. Ab 2023: Prognose).

Einbruch im europäischen Bauwesen

Euroconstruct-Prognose bis 2026

Michael Klien, Michael Weingärtler

Einbruch im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2026

Das Wirtschaftswachstum in Europa war im Jahr 2023 gedämpft, was auch den Bausektor negativ beeinflusste. Daneben wirkten vor allem die ungünstige Entwicklung der Baupreise und die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank hemmend. Das Bauvolumen in den 19 Euroconstruct-Ländern sank 2023 real um 1,7% im Vergleich zum Vorjahr. Prognosen deuten zwar auf eine leichte Belebung der Gesamtwirtschaft im Jahr 2024 hin, jedoch wird nur ein schwaches BIP-Wachstum von durchschnittlich 1,3% erwartet. Die Lage im Bauwesen bleibt aufgrund hoher Baupreise und Finanzierungskosten sowie geringerer Kaufkraft angespannt. Der Hochbau wird folglich weiterhin unter Druck stehen. Lediglich der Tiefbau dürfte von öffentlichen Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und erneuerbare Energieträger profitieren. Insgesamt wird für 2024 ein Rückgang des realen Bauvolumens in Europa um 2,1% erwartet. Das österreichische Bauwesen kann sich diesen Entwicklungen nicht entziehen. Hinzu kommen Sonderfaktoren wie eine restriktivere Kreditvergabe, die vor allem den Wohnbau zusätzlich belasten. In Österreich wird das Bauvolumen im Jahr 2024 um voraussichtlich 4,1% schrumpfen. Eine kräftigere Belebung des heimischen Bauwesens wird erst für 2026 erwartet.

Slump in the European Construction Industry. Euroconstruct Forecast until 2026

European economic growth was subdued in 2023, which also had a negative impact on the construction sector. In addition, the unfavourable development of construction prices and the European Central Bank's interest rate policy had a dampening effect. The construction output in the 19 countries covered by Euroconstruct fell by 1.7 percent in real terms in 2023 compared with the previous year. Forecasts point to a slight upturn in the overall economy in 2024, but GDP growth in real terms will remain low at 1.3 percent. The situation in the construction industry remains tight due to high construction prices, financing costs and lower purchasing power. Building construction will therefore remain under pressure. Only civil engineering is likely to benefit from public investment in transport infrastructure and renewable energy sources. Overall, real construction volume in Europe is expected to decline by 2.1 percent in 2024. The Austrian construction industry will not be able to escape these developments. There are also special factors such as more restrictive lending, which will have an additional negative impact on residential construction in particular. Overall, the volume of construction in Austria is forecast to fall by 4.1 percent in 2024, and a somewhat stronger recovery is not expected until 2026.

JEL-Codes: E23, L74, R21, R31 • **Keywords:** Bauwesen, Wohnbau, Infrastruktur, Prognose

Dem Euroconstruct-Netzwerk gehören Bau- und Konjunkturforschungsinstitute aus 19 europäischen Ländern an, darunter auch das WIFO. Zweimal jährlich werden im Rahmen einer Konferenz Analysen und Prognosen zur Baukonjunktur und zur Entwicklung in den einzelnen Sparten (Wohnbau, sonstiger Hochbau, Tiefbau) präsentiert. Die 19 Euroconstruct-Länder umfassen Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, Tschechien, Ungarn und das Vereinigte Königreich.

Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse der 96. Euroconstruct-Konferenz vom Dezember 2023 über die Entwicklung der europäischen Baukonjunktur zusammen. Folgende Publikationen stehen dazu auf der WIFO-Website zur Verfügung: 96th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2026 – European Construction Activity Expected to Decline: Civil Engineering Proves Resilient. Summary Report (Dezember 2023, 200 Seiten, 1.485 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71243>), Country Reports (Dezember 2023, 476 Seiten, 1.550 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71242>); Michael Klien, Michael Weingärtler, 96th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2026 – Austrian Construction Market Development. Country Report Austria (November 2023, 40 Seiten, 240 €, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71241>).

Begutachtung: Gerhard Streicher • Abgeschlossen am 5. 2. 2023

Kontakt: Michael Klien (michael.klien@wifo.ac.at), Michael Weingärtler (michael.weingaertler@wifo.ac.at)

1. Rückblick: Europäische Baukonjunktur zunehmend unter Druck

Das Wirtschaftswachstum in den 19 Euroconstruct-Ländern stagnierte 2023 nahezu.

Im Verlauf des Jahres 2022 verlangsamte sich die Konjunktur in Europa im Vergleich zum Vorjahr. 2023 kühlte sie sich nochmals deutlich ab. Die neuesten Prognosen (Euroconstruct, 2023a, 2023b), die anlässlich der 96. Euroconstruct-Konferenz am 1. Dezem-

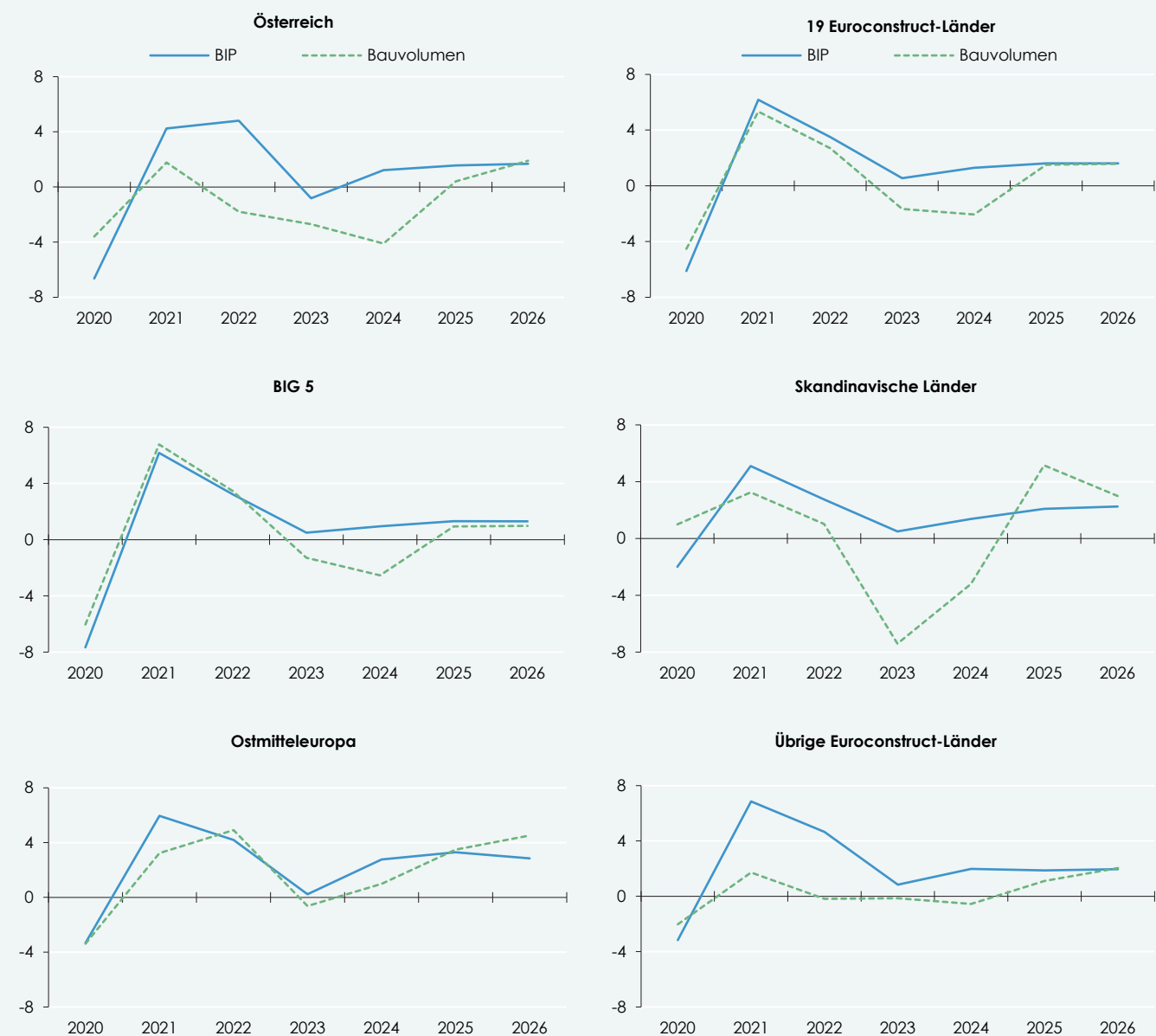
ber 2023 erstmals dem Fachpublikum präsentiert wurden, weisen für die 19 Euroconstruct-Länder im Durchschnitt reale BIP-Wachstumsraten von 3,5% (2022) bzw. 0,5% (2023) aus.

Während die Wirtschaftsleistung in Europa¹⁾ 2022 hauptsächlich unter hoher Inflation ausgehend von den Energiemärkten gelitten hatte, dämpfte im Jahr 2023 die weltweite Industrieschwäche das Wirtschaftswachstum. Die Industrieproduktion hat sich zwar bereits im Sommer 2023 stabilisiert und der Welthandel mit Gütern ist weniger stark geschrumpft als zuvor, eine Erholung zeichnet sich aber noch nicht ab. Die

Konsumstruktur der privaten Haushalte hat sich nach dem Ende der COVID-19-Pandemie in vielen Ländern normalisiert und statt Waren werden wieder vermehrt Dienstleistungen nachgefragt, was den Welthandel belastet. Zudem haben die Unternehmen nach Auflösung der Lieferkettenprobleme ihre teils hohen Lagerbestände an Vorprodukten wieder abgebaut (vgl. Ederer & Schiman-Vukan, 2023).

Abbildung 1: **Reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des Bauvolumens**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (2023a). Ab 2023: Prognose. BIG 5: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich. Skandinavische Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei. Übrige Euroconstruct-Länder: Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz.

¹⁾ Europa wird in diesem Beitrag synonym für die 19 Euroconstruct-Länder verwendet.

2023 zeigte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Europa im Vergleich zu den Vorjahren wesentlich geringere regionale bzw. nationale Unterschiede. Unterteilt man die 19 Euroconstruct-Länder in vier Ländergruppen, so ergibt sich folgendes Bild: In den vier skandinavischen Ländern (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden) und in den großen europäischen Volkswirtschaften, den sogenannten BIG 5 (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich) entsprach das durchschnittliche reale BIP-Wachstum mit +0,5% gegenüber dem Vorjahr genau dem europäischen Durchschnitt. In den skandinavischen Ländern schrumpfte die Wirtschaftsleistung in Schweden (-0,6%) und Finnland (-0,1%) leicht, in den BIG 5 nur in Deutschland (-0,5%).

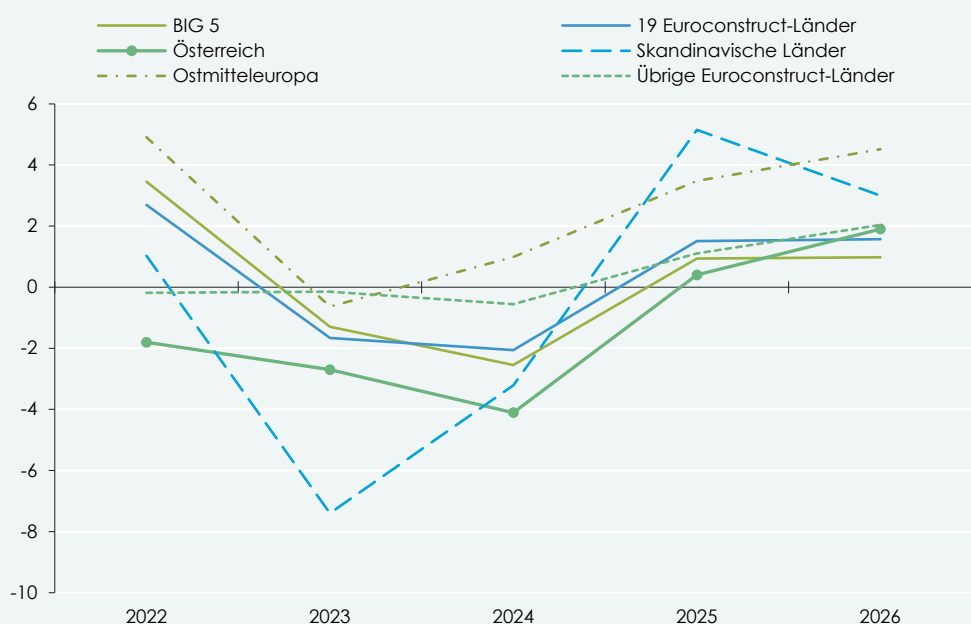
Die ostmitteleuropäischen Länder (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei), deren

Wirtschaft 2022 noch deutlich überdurchschnittlich zugelegt hatte, verzeichneten im Jahr 2023 mit +0,2% das niedrigste BIP-Wachstum der vier Ländergruppen. Hauptverantwortlich dafür waren die Rückgänge im privaten Konsum und eine Stagnation der Exportvolumina, die sich dämpfend auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ostmitteleuropas auswirkten.

Die Gruppe der "übrigen Euroconstruct-Länder" (Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz) konnte 2023 mit +0,8% gegenüber dem Vorjahr leicht expandieren und entwickelte sich somit am günstigsten, wobei insbesondere Irland und Portugal mit Wachstumsraten von rund 2% herausragten. In Österreich hingegen schrumpfte das BIP real um 0,8% gegenüber dem Vorjahr.

Abbildung 2: Regionale Entwicklung des realen Bauvolumens

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (2023a). Ab 2023: Prognose. BIG 5: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich. Skandinavische Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei. Übrige Euroconstruct-Länder: Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz.

Die europäischen Bauvolumina waren 2023 im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig.

In der europäischen Bauwirtschaft endete 2023 der Aufholprozess nach Überwindung der COVID-19-Pandemie. Die reale Bauproduktion in den 19 Euroconstruct-Ländern sank um 1,7% gegenüber dem Vorjahr, das Bauvolumen entsprach mit knapp über 2 Bio. € dem Vorkrisenniveau von 2019. Damit verlief die Entwicklung im Bauwesen deutlich ungünstiger als in der Gesamtwirtschaft (Abbildung 1).

Der Rückgang lässt sich hauptsächlich auf den Wohnbau (-4,9%) zurückführen, der stark vom drastischen Anstieg der Finanzie-

rungskosten infolge der Zinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) betroffen war. Der Leitzinssatz durchlief in den Jahren 2022 und 2023 den schnellsten Anstieg seit Einführung des Euro. Im September 2022 lag der Leitzins noch bei 0,5%, ein Jahr später bereits bei 4,5%. Seitdem verharrt er auf diesem Niveau.

Laut Euroconstruct entwickelte sich der sonstige Hochbau 2023 stabiler als der Wohnbau. Dies liegt u. a. daran, dass die Volumina im sonstigen Hochbau im Jahr 2023 noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau

von 2019 lagen, während im Wohnbau bereits 2021 Höchststände verzeichnet worden waren. Insgesamt konnte das Bauvolumen im sonstigen Hochbau 2023 auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Der europäische Tiefbau erwies sich dagegen als Konjunkturstütze und wuchs um 3,8% im Vergleich zum Vorjahr. Das Tiefbauvolumen war mit rund 450 Mrd. € (2023) jedoch zu gering, um den Rückgang des fast viermal so großen Hochbaus (1.620 Mrd. €) aufzuwiegen.

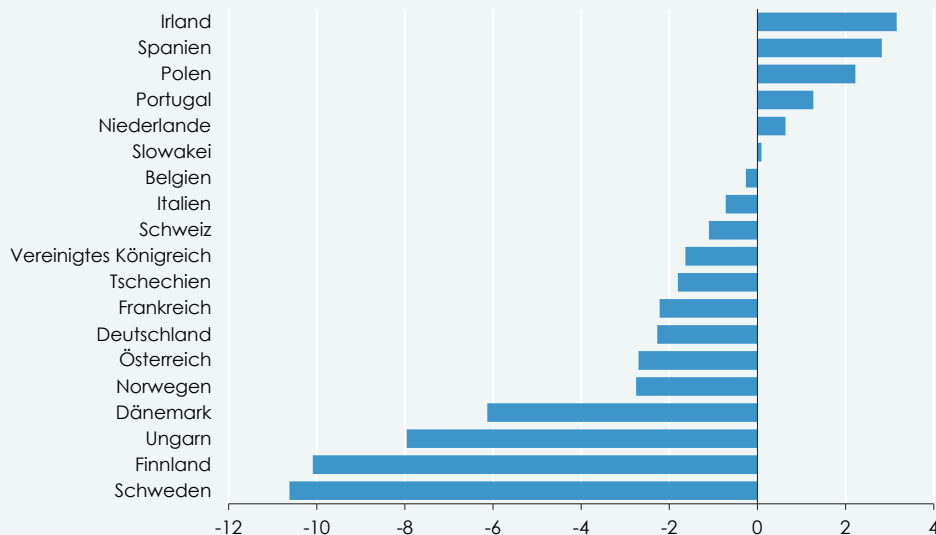
Der Einbruch in der europäischen Bauwirtschaft führte im Jahr 2023 zwar zu einer Verringerung der nationalen Wachstumsunterschiede, sie blieben jedoch mit knapp 14 Prozentpunkten zwischen dem Land mit der günstigsten und demjenigen mit der schlechtesten Entwicklung sehr ausgeprägt. Das Spektrum reicht von Schweden und Finnland, wo das Bauvolumen 2023 um über 10% schrumpfte, bis hin zu Irland und

Spanien mit Zuwächsen von jeweils rund 3% (real). Während der Rückgang in Schweden vor allem auf die negative Entwicklung im Wohnbau zurückzuführen ist, ist er in Finnland zusätzlich auch der Schwäche des Tiefbaus zuzurechnen. Dagegen konnte insbesondere Irland als eines von wenigen europäischen Ländern sein Wohnbauvolumen steigern; dort besteht vor allem in den Ballungszentren ein hoher Bedarf an zusätzlichem Wohnraum. In Spanien profitierte die Bauwirtschaft hingegen von der günstigen Entwicklung im Tiefbau, insbesondere im Bereich Energie- und Wasserwirtschaft. Unter den fünf größten europäischen Volkswirtschaften (BIG 5) war Spanien 2023 das einzige Land, dessen Bauvolumen expandierte. Dagegen sanken gemäß vorläufigen Analysen die realen Bauvolumina in den anderen großen Volkswirtschaften leicht, in Italien um rund 1%, in Deutschland und Frankreich um mehr als 2%. Dazwischen lag die Entwicklung im Vereinigten Königreich mit einem Rückgang von 1,6% im Vergleich zum Vorjahr.

In den einzelnen Ländern entwickelte sich das Bauwesen 2023 weiterhin sehr unterschiedlich.

Abbildung 3: **Prognose des realen Bauvolumens in Europa für 2023**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Euroconstruct (2023a).

Wie die Daten von Euroconstruct zeigen, entkoppelte sich die Entwicklung der Bauvolumina 2023 in beinahe jedem zweiten Land des Netzwerks etwas von jener der Gesamtwirtschaft. So sanken die Bauvolumina in Belgien, Italien, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich und Frankreich trotz einer – wenn auch teilweise geringen – gesamtwirtschaftlichen Expansion um bis zu 2% gegenüber dem Vorjahr. In Norwegen (-2,8%) und insbesondere in Finnland (-10,1%) waren die Rückgänge noch stärker.

Allen Ländern gemeinsam ist die rückläufige Entwicklung im Wohnbau. Die im Länder-

durchschnitt höchsten Einbußen gab es 2023 im Neubau, der im Vorjahresvergleich um 8,4% und somit stärker schrumpfte als zum Ausbruch der Pandemie im Jahr 2020 (-6,2%). Obwohl sich die Wohnhaussanierung weniger negativ entwickelte, was einen stärkeren Rückgang des gesamten Wohnbaus verhinderte, sank das Bauvolumen in diesem Segment um 2,4% gegenüber 2022. Thermische Sanierung und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz haben zwar in den öffentlichen Fördersystemen in Europa nach wie vor einen hohen Stellenwert. Dennoch kam es in einigen Ländern wie z. B. in Italien zur notwendigen

Der Rückgang im Wohnbau belastet das gesamte europäische Bauwesen.

Redimensionierung dieser Fördermittel. Sinkende Energiepreise in Verbindung mit hohen Bau- und Finanzierungskosten haben die Attraktivität effizienzsteigernder Maßnahmen zusätzlich reduziert, insbesondere für private Haushalte.

Der sonstige Hochbau entwickelte sich wie erwähnt stabiler als der Wohnbau und stagnierte 2023. Im Neubausegment sank das reale Bauvolumen leicht (-1%), getrieben vor allem vom Geschäfts- (-3,7%), Büro- (-2,6%) und Gesundheitsbau (-2,3%). Der Rückgang im Gesundheitsbau kann als Kurskorrektur nach deutlichen Zuwächsen in den Pandemie-jahren 2021 (+4,7%) und 2022 (+4,5%) betrachtet werden. Der Büroneubau litt unter den steigenden Finanzierungskosten in Kombination mit einer gedämpften Geschäftsstimmung und folglich geringerer Nachfrage. Im Geschäftsbau wirkte zusätzlich die Stagnation des privaten Konsums belastend.

Neben der Zinswende und dem damit einhergehenden Einbruch des Kreditaufkommens, insbesondere im Neugeschäft, wirkten sich auch die hohen Baukosten negativ auf die Entwicklung im Hochbau aus. Der Baupreisauftrieb verlangsamte sich zwar auf 5,8% (2023) und lag nach den kräftigen Steigerungen in den Jahren 2021 und vor allem 2022 erstmals wieder nahe an der allgemeinen Teuerungsrate. Die hohen Baupreise, die in den Jahren 2021 bis 2023 kumuliert um

rund 25% zugenommen hatten, belasteten jedoch weiterhin die europäische Bauwirtschaft. Besonders lebhaft war die Preisdynamik in Ostmitteleuropa. In Tschechien, Polen und der Slowakei waren die Baukosten 2023 um rund 30% höher als 2020, in Ungarn sogar um mehr als 50%. Damit lag der Anstieg in Ungarn deutlich über der Gesamtinflation (+38%), während er sich in den anderen drei ostmitteleuropäischen Ländern im Rahmen der Inflation bewegte. In den Jahren 2021 bis 2023 verzeichneten jedoch auch andere europäische Länder wie z. B. in Deutschland und Irland empfindliche Baukostensteigerungen von über bzw. knapp unter 30%. In Italien, Portugal und Belgien stiegen die Baukosten um rund 25% gegenüber 2020. Dies wirkte sich entsprechend negativ auf die Bauproduktion aus, insbesondere im Neubau.

Während der Hochbau im Jahr 2023 beträchtlich unter Druck geriet, verhinderte die günstige Entwicklung im Tiefbau (+3,8%, real) einen stärkeren Rückgang im gesamten Bauwesen. Wachstumstreiber waren der Neu- und der Ausbau der Transportinfrastruktur, insbesondere im Schienenverkehr, die gegenüber dem Vorjahr um 6,7% gesteigert wurden. Im Energiebereich legten die Bauinvestitionen ebenfalls kräftig zu (+6,0%). Insgesamt kam es im Tiefbau in allen untersuchten Bereichen²⁾ zu Zuwächsen.

2. Ausblick: Abschwung im europäischen Bauwesen setzt sich 2024 fort

Laut Euroconstruct-Prognose dürfte das Bauvolumen in Europa 2024 etwas stärker schrumpfen als im Vorjahr.

Obwohl Euroconstruct für 2024 von einer leichten Erholung und einem realen Wirtschaftswachstum von 1,3% im Durchschnitt der 19 Länder des Netzwerks ausgeht, wird für das Bauwesen ein Rückgang von 2,1% erwartet. Nach -1,7% im Jahr 2023 dürfte das Bauvolumen somit zum zweiten Mal in Folge sinken. Gemäß den Länderberichten von Euroconstruct wird die Bauentwicklung in nahezu allen Ländern weiterhin unter den deutlich gestiegenen Zinsen, den hohen Baupreisen sowie der anhaltend lebhaften Inflation und dem damit verbundenen Kaufkraftverlust der privaten Haushalte leiden. Die teilweise sinkenden Immobilienpreise beeinflussen insbesondere den Hochbau negativ.

Die Wachstumsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern dürften weiter leicht abnehmen. Anhaltend schwach wird sich das Bauvolumen in den skandinavischen Ländern entwickeln (-3,2% im Vergleich zum Vorjahr, real; 2023 -7,4%). In Schweden (-5,7%) und Dänemark (-4,9%) dürfte das Bauvolumen auch 2024 kräftig zurückgehen.

Deutlich negativ bleibt die Bauentwicklung auch in den BIG 5 mit einem prognostizierten

Rückgang von 2,5%. Diese Entwicklung wird wesentlich von den negativen Aussichten für Italien (-7,3%) beeinflusst. Aber auch der Ausblick für das deutsche Bauwesen ist mit einem erwarteten Rückgang von 2,2% trüb. Lediglich in Spanien dürfte das Bauvolumen leicht wachsen (+1,4%), allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau.

Die geringsten Einbußen werden für die "übrigen Euroconstruct-Länder" erwartet (voraussichtlich -0,6%). Während Österreich (-4,1%) und die Niederlande (-2,5%) den Durchschnitt dämpfen, wird das Bauwesen in Irland (+4,4%) und der Schweiz (+1,6%) expandieren.

Ostmitteleuropa ist hingegen die einzige Region, in der das Bauvolumen im Jahr 2024 zulegen dürfte (+1,0%; Übersicht 1). Dies ist u. a. den günstigeren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zuzuschreiben. So wird in den ostmitteleuropäischen Ländern ein BIP-Wachstum von durchschnittlich 2,8% erwartet, während die Prognose für die BIG 5 bei nur +0,9% liegt. Vor allem in Polen (+2,5%) und der Slowakei (+2,9%) dürfte das

In Skandinavien und den BIG 5-Ländern dürfte das Bauvolumen 2024 deutlich abnehmen.

²⁾ Euroconstruct erfasst die Bereiche Transportinfrastruktur (Straße, Schiene, sonstige Transportwege),

Telekommunikation, Energie, Wasser sowie den sonstigen Tiefbau.

Bauvolumen 2024 kräftig wachsen, während es in Ungarn (-3,8%) weiter sinken wird.

Für 2025 erwartet Euroconstruct mit durchschnittlich +1,6% eine etwas stärkere Expansion der Gesamtwirtschaft der 19 Länder als im Vorjahr. Sie wird vor allem vom Außenhandel, einer Ausweitung der Unternehmensinvestitionen und des privaten Konsums sowie von der erwarteten Zinssenkung getrieben sein. Das Bauwesen in den 19 Euroconstruct-Ländern dürfte mit einem Zuwachs von durchschnittlich 1,5% an diesem Aufschwung partizipieren, vor allem im sonstigen Hochbau. Aber auch der Wohnbau

wird u. a. aufgrund der zunehmenden Stabilisierung der Baupreise sowie der antizipierten Hypothekarzinsenkung wieder expandieren.

Für 2026 wird eine weitere Erholung erwartet; das Wachstum dürfte mit 1,6% ähnlich hoch ausfallen wie 2025. Regional betrachtet wird die Erholung im Bauwesen sowohl 2025 als auch 2026 vor allem vom skandinavischen Raum und Ostmitteleuropa ausgehen. Für diese Länder prognostiziert Euroconstruct teils jährliche Wachstumsraten von deutlich über 5%.

Mit einer Erholung der Baukonjunktur ist in Europa erst ab 2025 zu rechnen.

Übersicht 1: Entwicklung der Bauproduktion

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Österreich	+ 1,8	- 1,8	- 2,7	- 4,1	+ 0,4	+ 1,9
19 Euroconstruct-Länder	+ 5,3	+ 2,7	- 1,7	- 2,1	+ 1,5	+ 1,6
BIG 5	+ 6,8	+ 3,5	- 1,3	- 2,5	+ 0,9	+ 1,0
Skandinavische Länder	+ 3,2	+ 1,0	- 7,4	- 3,2	+ 5,2	+ 3,0
Ostmitteleuropa	+ 3,2	+ 4,9	- 0,6	+ 1,0	+ 3,5	+ 4,5
Übrige Euroconstruct-Länder	+ 1,7	- 0,2	- 0,1	- 0,6	+ 1,1	+ 2,0

Q: Euroconstruct (2023a). Ab 2023: Prognose. BIG 5: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich. Skandinavische Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden. Ostmitteleuropa: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei. Übrige Euroconstruct-Länder: Belgien, Irland, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz.

2.1 Kräftige Rückgänge im europäischen Wohnbau

In den vergangenen Jahren durchlief die Entwicklung des europäischen Wohnbaus verschiedene Zyklen. Nach Jahren des Aufschwungs zeichneten sich bereits 2019 erste Sättigungstendenzen ab. Die COVID-19-Pandemie hatte kurzfristig einen Anstieg des Wohnungsbedarfs (u. a. aufgrund der neuen Anforderungen durch Home-Office) zur Folge, was die Nachfrage belebte. Jedoch wurde dieser Trend durch den wirtschaftlichen Abschwung, hohe Inflation und Zinsen sowie ein schwaches Verbrauchervertrauen deutlich gebremst.

Die sich zu Jahresanfang 2024 abzeichnende Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird nicht ausreichen, um eine Trendwende im Wohnbau hervorzurufen. Die Rückgänge im Wohnungsneubau könnten 2024 zwar etwas geringer ausfallen als im Vorjahr (2023 -8,4%), bleiben mit -7,4% im Durchschnitt der 19 Euroconstruct-Ländern aber kräftig. Erst mit einer deutlicheren Wirtschaftsbelebung in den Jahren 2025 und 2026 wird sich das Neubausegment stabilisieren bzw. geringfügig expandieren.

Betrachtet man die gesamte Euroconstruct-19-Region, so fehlen 2024 auch Impulse aus der Wohnhaussanierung. Thermische Sanierung und energieeffiziente Gebäude haben zwar nach wie vor einen hohen Stellenwert und werden in allen Ländern des Netzwerks

gefördert. Dennoch kam es in diesen Bereichen in drei Ländern zu Rückgängen, was sich negativ auf den Trend in Europa auswirkte. Vor allem in Italien wird ein deutlicher Einbruch des Sanierungsvolumens um rund ein Fünftel, aufgrund der Kürzung von bisher teils sehr hohen Fördermitteln, erwartet. Auch Dänemark erwartet niedrigere Sanierungsvolumina aufgrund von Mittelkürzungen. Die Sanierungsleistung im Vereinigten Königreich wird ebenfalls zurückgehen, da die anhaltenden Haushaltsbeschränkungen der lokalen Behörden insbesondere die Sanierung von Sozialwohnungen behindern. In Summe dürfte dies zu einem Rückgang des Sanierungsvolumens in Europa um 4,0% führen, obwohl 2024 die Wohnhaussanierung in allen anderen Ländern des Netzwerks ausgeweitet werden dürfte. Der Ausblick für 2025 und 2026 ist hingegen verhalten positiv, mit Wachstumsraten von rund 1,5% pro Jahr im Durchschnitt der 19 Länder (Abbildung 4).

Regional entwickelt sich der Wohnbau im Prognosezeitraum 2024 bis 2026 sehr heterogen. Die besten Wachstumsaussichten haben Tschechien, Norwegen und Irland mit knapp über 4% p. a., wogegen in Italien, aber auch in Deutschland und Schweden Einbußen erwartet werden. In Europa insgesamt dürfte der Wohnbau über den Prognosezeitraum um rund 1% p. a. schrumpfen.

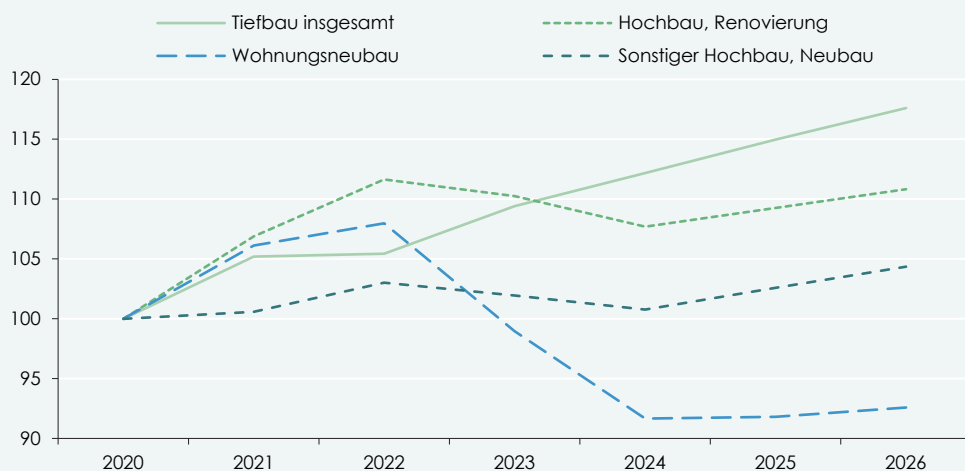
Der Rückgang im Wohnbau spiegelt sich auch in den Baubewilligungen. Die Wohnbaurate sank in Europa im Jahr 2023 deutlich auf 3,5 bewilligte Wohneinheiten je

Der Zinsanstieg, die hohen Baukosten und eine verringerte Kaufkraft hemmen die Bauproduktion.

1.000 Einwohner:innen – mit teils großen nationalen Unterschieden. So wurden 2023 in Italien weniger als zwei Wohnbaubewilligungen je 1.000 Einwohner:innen erteilt. Dies

impliziert für die Folgejahre eine sehr schwache Neubautätigkeit in Relation zur Bevölkerung. Am höchsten waren die Wohnbaubewilligungen 2023 in Polen und Irland (Übersicht 2).

Abbildung 4: **Entwicklung des realen Bauvolumens in Europa nach Sparten des Bauwesens**
2020 = 100



Q: Euroconstruct (2023a). Ab 2023: Prognose. Europa: 19 Euroconstruct-Länder.

Übersicht 2: **Prognose der Baubewilligungen 2023 in Relation zur Bevölkerung**

	Bewilligungen je 1.000 Personen
Italien	Unter 2
Ungarn, Spanien, Vereinigtes Königreich, Slowakei, Schweden	2 bis unter 3
Portugal, Deutschland, Tschechien, Niederlande, Finnland	3 bis unter 4
Belgien, Dänemark, Norwegen, Österreich	4 bis unter 5
Frankreich, Schweiz	5 bis unter 6
Polen, Irland	6 bis unter 7

Q: Euroconstruct (2023a). Spanien und Vereinigtes Königreich: Baubeginne.

Der Neubau bleibt trotz Nachholbedarfs angespannt.

2.2 Stagnation im sonstigen Hochbau

Der sonstige Hochbau kann sich der gegenwärtigen ungünstigen Konstellation aus hohen Finanzierungs- und Baukosten bei angespannter Wirtschaftslage ebenfalls nicht entziehen. Obschon in einzelnen Teilbereichen Rückgänge erwartet werden, dürfte sich 2024 insgesamt ein Nullwachstum ergeben. Über den gesamten Prognosezeitraum 2024 bis 2026 erwartet Euroconstruct weiterhin ein reales Wachstum von 1% pro Jahr. Es muss als (sehr) langsamer Aufholprozess nach den pandemiebedingten Einschnitten interpretiert werden. Ende 2026 werden in mehr als der Hälfte der Euroconstruct-Länder die Bauvolumina im sonstigen Hochbau noch immer unter dem Niveau von 2019 liegen.

Der sonstige Hochbau ist unter den drei von Euroconstruct untersuchten Hauptsparten des Bauwesens am stärksten konjunkturtauglich. Entsprechend wird aufgrund der mäßigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2024 ein Rückgang im Industriebau von

beinahe 3% im Vergleich zum Vorjahr erwartet. Der Büro- und der Geschäftsbau dürften sich mit Rückgängen von rund 2,5% bzw. 1,5% im Jahr 2024 etwas ungünstiger entwickeln als zuletzt prognostiziert. Lediglich die öffentlichen Bauinvestitionen, insbesondere in Gesundheitsbauten, stabilisieren 2024 den Neubau. Erst ab 2025 wird ein Aufschwung auf breiterer Basis erwartet.

Auf regionaler Ebene weisen im Prognosezeitraum innerhalb der BIG 5 Italien (+3,3% p. a.) und unter den skandinavischen Ländern Norwegen (+1,5% p. a.) die günstigsten Wachstumsaussichten auf. In Ostmitteleuropa sind die Prognosen für Polen am besten (+2,8% p. a.), in den übrigen Euroconstruct-Ländern für Irland (+2,2% p. a.). Irland ist jedoch unter den genannten Wachstumsmärkten das einzige Land, in dem das Bauvolumen im sonstigen Hochbau 2025 unter dem Niveau von 2019 verharren wird.

Der Bereich der Sanierung bleibt im sonstigen Hochbau trotz hohem Sanierungsbedarf und öffentlichen Fördermitteln unter den Erwartungen. Im Bereich der Bürobauten wurden in den letzten Jahren vor allem neue Gebäude von hoher Qualität und Ausstattung in zentralen Lagen nachgefragt, während insbesondere im Altbestand Leerstände zu beobachten sind. Die Zuwächse in der Sanierung bleiben somit verhalten, mit Wachstumsraten von knapp über 1% p. a. in den Jahren 2024 bis 2026.

2.3 Tiefbau verhindert stärkeren Rückgang im europäischen Bauwesen

Nach einem kräftigen Anstieg der Tiefbauproduktion im Jahr 2023 (19 Länder +3,8%) prognostiziert Euroconstruct für die Jahre 2024 bis 2026 ein weiteres reales Wachstum von etwa 2,5% p. a.

Die wichtigsten Wachstumsimpulse gehen von zwei Bereichen aus. Einerseits von Investitionen in bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und andererseits aus dem Energiebereich. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sticht vor allem der Ausbau der Schieneninfrastruktur hervor, der bis 2026 real um 3% bis 4% p. a. ausgeweitet werden dürfte. Der Hintergrund ist die angestrebte Reduktion des Individualverkehrs und des damit verbundenen hohen CO₂-Ausstoßes, der zur Erreichung der Klimaziele deutlich reduziert werden muss. Die Investitionen erfolgen auf zwei unterschiedlichen Ebenen. Einerseits wird in den Ausbau des Nahverkehrs zur besseren Erschließung der Ballungszentren bei höherer Taktfrequenz investiert. Andererseits sollen auch Fernverkehrs-

verbindungen ausgebaut und Lücken im internationalen Bahnverkehrsnetz geschlossen werden. Dies wird auch von der EU als entscheidend für die Gewährleistung einer nachhaltigen Konnektivität eingestuft und entsprechend gefördert. Neben den Investitionen in die Schieneninfrastruktur dürften auch jene in die Straßeninfrastruktur ausgeweitet werden, wenngleich mit rund 1% p. a. (2024/2026) vergleichsweise schwach.

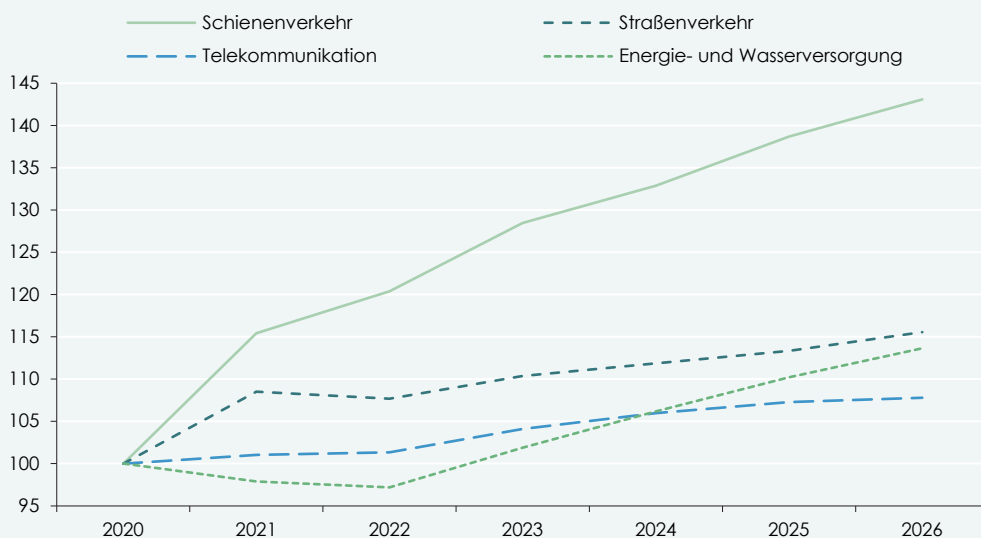
Deutlich stärker dürfte europaweit in den Bereich Energie investiert werden. Die Elektrizitätsunternehmen konnten dank der hohen Preise ihre Gewinne kräftig steigern. Dieser erhöhte finanzielle Spielraum dürfte in den Jahren 2024 und 2025 zu verstärkten baulichen Reinvestitionen im Energiebereich von rund 4% p. a. führen. Die derzeitige Energiekrise löst auch kräftige Impulse im Bereich der Energieversorgung aus. Einerseits werden Investitionen in nachhaltige Energieträger verstärkt, andererseits werden größere Kraftwerksbauten neu geplant bzw. hohe Investitionen zum Neubau (Vereinigtes Königreich) oder zur Sanierung von Kernkraftwerken getätigt (z. B. in Frankreich, Ungarn). Regional betrachtet weisen in der Energieversorgung die Märkte in Ungarn, Polen, Italien und Dänemark die besten Wachstumsaussichten auf.

In einer Gesamtbetrachtung sind die Prognosen für den Tiefbau deutlich positiver als für den Hochbau. Anhaltend hohe Baukosten bei gleichzeitig geringerem budgetärem Spielraum der öffentlichen Hand könnten aber die Tiefbauinvestitionen dämpfen, insbesondere jene in die Verkehrsinfrastruktur.

Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur ist im Tiefbau der mit Abstand wichtigste Wachstumsmotor.

Abbildung 5: **Reale Entwicklung des Tiefbaus in Europa nach Sparten**

2020 = 100



Q: Euroconstruct (2023a). Ab 2023: Prognose. Europa: 19 Euroconstruct-Länder.

3. Österreich: Zinsanstieg beschleunigt Abschwung der Bauwirtschaft

Die Abwärtsbewegung der österreichischen Bauwirtschaft hat sich im Jahr 2023 beschleunigt. Dieser Trend dürfte laut WIFO-Prognose auch 2024 anhalten.

Der Einbruch im Wohnbau belastet die österreichische Bauwirtschaft.

Das Jahr 2023 war für die österreichische Bauwirtschaft erwartbar schwierig und geprägt von einer kontinuierlichen Eintrübung der Geschäftslage³⁾. Die Stimmungsindikatoren im WIFO-Konjunkturtest drehten bereits zu Jahresbeginn in den pessimistischen Bereich und erreichten spätestens zur Jahresmitte 2023 Werte, wie sie zuletzt in den konjunkturell schwachen Jahren 2014 und 2015 verzeichnet worden waren. Auch die von Statistik Austria gemeldeten Produktionszahlen verloren im Jahresverlauf weiter an Dynamik und wuchsen nur mehr im niedrigen einstelligen Bereich. Die hohen Baukostensteigerungen und die damit verbundenen Baupreise ließen zwar die nominellen Produktionswerte und Umsätze zunächst noch weiter steigen, preisbereinigt waren jedoch bereits vielfach Rückgänge zu verzeichnen. Für die ersten beiden Quartale 2023 weist Statistik Austria ein Schrumpfen der realen Bauinvestitionen um 3,6% bzw. 7,1% im Vorjahresvergleich aus.

Damit hielt die bereits 2022 beobachtete Abschwächung der Baukonjunktur auch 2023 an. Das Jahr 2022 muss insgesamt als Schlüsseljahr für die derzeitige Konjunkturabschwächung gesehen werden, da 2022 neben dem Baukostenschock (im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine) auch die Zinswende einsetzte. Wie ein Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt, verlor mit Beginn der Zinswende die Baukonjunktur in praktisch allen europäischen Ländern an Fahrt. Euroconstruct hat seine Prognosen für die 19 Länder des Netzwerks seit Juni 2022 schrittweise nach unten revidiert. Besonders die hohe Geschwindigkeit der Leitzinssteigerungen kam unerwartet und ist ein Hauptgrund für die Abwärtsrevisionen. Euroconstruct erwartet mittlerweile sowohl für 2023 als auch für 2024 eine Schrumpfung des Bauvolumens in Europa.

Zum allgemeinen Abwärtstrend der europäischen Baukonjunktur kam in Österreich die Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien (KIM-VO)⁴⁾ hinzu, die ab August 2022 weitere Entzugseffekte auslöste. In Kombination mit den Zinserhöhungen ist die Kreditneuvergabe an private Haushalte regelrecht eingebrochen und hat sich seither nicht mehr erholt. Das Kreditneugeschäft lag nicht nur im 1. Halbjahr 2023 (-62%), sondern auch noch im August und September 2023 (-35%) deutlich unter dem Vorjahresniveau, obwohl die Verordnung im August 2022 bereits wirksam gewesen war. Weniger breit in der Öffentlichkeit diskutiert, aber vermutlich nicht minder bedeutsam ist der Rückgang der

Kreditnachfrage von Unternehmen. Wenngleich hierzu keine separaten Daten für Immobilienkredite vorliegen, ist auch von Seiten der Unternehmen von einer schwächeren Nachfrage nach Bauleistungen auszugehen als in den Vorjahren. In den ersten neun Monaten 2023 sank das Volumen der Unternehmenskredite mit einer Laufzeit von über sechs Monaten im Vorjahresvergleich um 23%. Da die schwierige Finanzierungssituation auch im Jahr 2023 weiter anhält, war eine fortgesetzte Abwärtsbewegung praktisch unausweichlich.

Im Zentrum des derzeitigen Abschwungs steht der Hochbau und darin vor allem der Wohnbau. Aufgrund der bereits seit mehreren Jahren rückläufigen Zahl an Baubewilligungen war der Abschwung im Wohnbau absehbar. Die COVID-19-Pandemie hatte ihn durch einen kurzzeitigen Anstieg der Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern zwar verzögert, aber nicht verhindert. Die Baubewilligungen sinken bereits seit 2019, waren also bereits zwei Jahre vor Beginn des Ukraine-Kriegs und der Zinswende rückläufig. Die genannten makroökonomischen Schocks haben den Abschwung im Wohnbau empfindlich beschleunigt. Dies führte zu einem beispiellosen Einbruch im Jahr 2023: Gegenüber dem 1. Halbjahr 2022 war ein Rückgang von 32% zu verzeichnen, für das Gesamtjahr rechnet das WIFO mit 41.100 Wohneinheiten, was einem Rückgang von 12,4% entspräche. Besonders betroffen scheint das Segment der Ein- und Zweifamilienhäuser, das mit 13.800 Einheiten eines der schwächsten Bauaufkommen seit den 1970er-Jahren verzeichnen dürfte. Die Probleme im Wohnbau, die wesentlich von der Finanzierungsseite getrieben sind, zeigen sich neben der erwarteten schwachen Neubauproduktion mittlerweile auch deutlich auf dem Wohnimmobilienmarkt. Die Zahl der Transaktionen ist eingebrochen; gemessen an der Grunderwerbssteuer ging das Transaktionsvolumen in den ersten neun Monaten 2023 gegenüber dem Vorjahr um rund 30% zurück. Der augenscheinliche Nachfrageeinbruch nach Kaufimmobilien hat auch Folgen für den Mietwohnungsmarkt, besonders da sich die Nachfrage nun in Richtung Miete verschoben hat: Nachdem das Angebot an Mietwohnungen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen war, sinkt es auf den einschlägigen Immobilienplattformen nunmehr seit Mitte 2022.

Die aktuelle Euroconstruct-Prognose für Österreich geht sowohl für 2023 als auch für 2024 von einer Rezession in der Bauwirtschaft

³⁾ Dieses Kapitel basiert auf dem Beitrag von Klien (2023) in der Österreichischen Bauzeitung.

⁴⁾ Zu den wichtigsten Eckpunkten zählt die Beschränkung der Laufzeit, die in der Regel höchstens 35 Jahre betragen darf. Zusätzlich dürfen die jährlichen Rückzahlungen aller Kredite eines: einer Kunden:in nicht

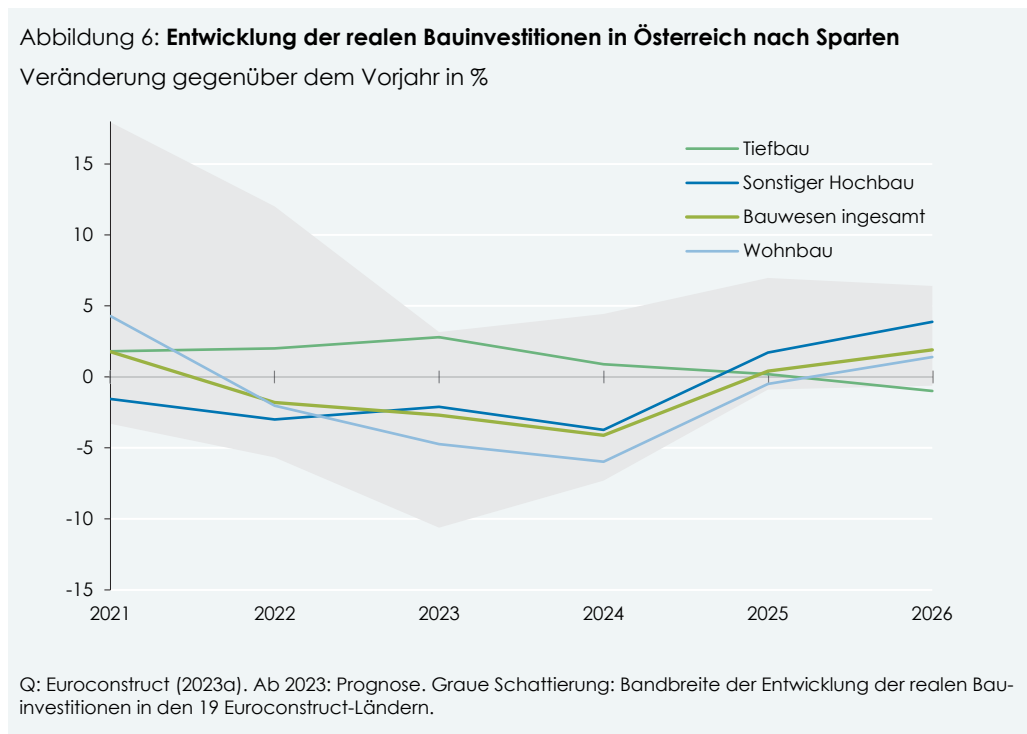
mehr als 40% des verfügbaren Jahresnettoeinkommens betragen. Um Sanierungen zu erleichtern, vor allem den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger, sind Finanzierungen bis zu einer Geringfügigkeitsgrenze von 50.000 € von diesen Vorgaben ausgenommen.

aus. Aufgrund der anhaltend schwachen Vorlaufindikatoren, insbesondere der weiter schrumpfenden Auftragsbestände, wird für 2024 ein noch kräftigerer Rückgang der Bauinvestitionen als für 2023 vorhergesagt. Eine Stabilisierung der Bautätigkeit wird erst ab 2025 erwartet, wobei der Wohnbau sogar erst ab 2026 wieder ein reales Wachstum verzeichnen dürfte.

Trotz der insgesamt sehr deutlichen Abwärtsbewegung wird es einigen Segmenten durchaus gelingen, sich vom allgemeinen Abschwung zu entkoppeln. Dies gilt zum einen für die "sanierungsnahen" Bereiche, die bereits jetzt von den hohen Energiepreisen und den dadurch ausgelösten Ersatzinvestitionen profitieren. Während die Beschäftigung im Hochbau bereits seit Mitte 2022 schrumpft, sind in einigen Bereichen des Ausbaugewerbes, etwa in der Heizungs- oder Elektroinstallation, weiterhin stabile, teils sogar deutlich steigende Produktions- und Beschäftigungszahlen zu beobachten. Auch im kürzlich beschlossenen Paktum zum Finanzausgleich ab 2024 werden die Mittel

aus dem "Zukunftsfonds" an Sanierungsziele geknüpft. Auch wenn hinsichtlich der Wohnbaufördermittel die Gefahr einer Konkurrenz zwischen Neubau und Sanierung besteht, schafft der aktuelle Finanzausgleich zweifelsohne neue Anreize für die Bundesländer, die Sanierung zu forcieren.

Der Tiefbau zeigt sich weiterhin relativ stabil. Trotz eines verstärkten Investitionsbedarfs im Bereich Energie werden seine Wachstumsbeiträge in den kommenden Jahren zwar positiv bleiben, aber abnehmen. Insbesondere die den mehrjährigen Rahmenplänen unterliegenden Investitionen in die Straßen- und Bahninfrastruktur liefern zusehends geringere Impulse. Eine hohe Prognoseunsicherheit besteht hinsichtlich der Entwicklung der Baupreise, da mit zunehmendem Nachfragemangel auch der Druck auf die Baupreise steigen könnte. Die WIFO-Prognose erwartet zwar auf Sicht stabile Baupreise, wegen der anhaltenden Eintrübung der Baukonjunktur steigt jedoch die Wahrscheinlichkeit für Preisrückgänge.



4. Zusammenfassung

Das Wirtschaftswachstum in Europa war im Jahr 2023 gedämpft. Dies hatte auch negative Folgen für das Bauwesen. Neben der Konjunktur wirkten vor allem die Entwicklung der Baupreise und die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank hemmend. Insgesamt sank das Bauvolumen in den 19 Euroconstruct-Ländern im Vergleich zum Vorjahr um 1,7%.

Die Prognosen gehen davon aus, dass sich die europäische Gesamtwirtschaft im Jahr

2024 weiter belebt. Mit erwarteten 1,3% gegenüber dem Vorjahr in den 19 Ländern des Netzwerks bleibt das BIP-Wachstum jedoch gedämpft. Angesichts der anhaltend hohen Baupreise, den hohen Finanzierungskosten und der geringeren Kaufkraft wird die Lage im Bauwesen weiterhin angespannt bleiben. Der Hochbau dürfte weiterhin unter Druck stehen. Insbesondere im Wohnungsneubau werden kräftige Rückgänge erwartet. Konjunkturstützend wirkt hingegen der Tiefbau, der von den öffentlichen Investitionen in die

Verkehrsinfrastruktur profitiert, vor allem vom Ausbau des Schienenverkehrsnetzes und von Investitionen in erneuerbare Energieträger. Die Tiefbauvolumina werden aber nicht ausreichen, um die Verluste im Hochbau zu kompensieren. In den 19 Euroconstruct-Ländern dürfte das reale Bauvolumen 2024 um 2,1% und damit noch etwas kräftiger schrumpfen als im Vorjahr. Mit einem Wachstum ist erst 2025 im Zuge einer breiteren wirtschaftlichen Erholung zu rechnen (+1,5%). 2026 wird es sich voraussichtlich in ähnlicher Größenordnung fortsetzen.

Auch das österreichische Bauwesen war von der Konjunkturertrübung betroffen. Die Geschäftslage im Bauwesen war im Jahr 2023 ähnlich ungünstig wie zuletzt in den konjunkturell schwachen Jahren 2014 und 2015. Die reale Bauproduktion dürfte im Gesamtjahr 2023 um 2,7% gesunken sein. Die negativen

Folgen von Baukostensteigerungen und Zinserhöhungen zeigten sich auch hierzulande. Hinzu kam die Verschärfung der Kreditvergabe an private Haushalte (KIM-VO), die insbesondere im Wohnungsbau weitere negative Effekte auslöste. Darüber hinaus fehlten Impulse aus dem Hochbau. Für 2024 wird ein noch stärkerer Rückgang des Bauvolumens um 4,1% im Vergleich zum Vorjahr erwartet.

Der Ausblick für das Jahr 2025 bleibt aufgrund des fortgesetzten Rückgangs der Wohnbaubewilligungen trüb. Wachstumsimpulse dürften in Österreich vor allem vom Tiefbau und der thermischen Sanierung ausgehen. Für 2025 ist jedoch kaum mehr als eine Stagnation zu erwarten. Erst 2026 könnten auch im Hochbau die Rahmenbedingungen für ein deutlicheres Wachstum gegeben sein.

5. Literaturhinweise

Ederer, S., & Schiman-Vukan, S. (2023). Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025. WIFO-Konjunkturprognose, (4). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71307>.

Euroconstruct (2023a). 96th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2026 – Nearly all factors negative as European construction looks set to stagnate European Construction Activity Expected to Decline: Civil Engineering Proves Resilient. Country Reports. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71243>.

Euroconstruct (2023b). 96th Euroconstruct Conference: European Construction Market Outlook until 2026 – European Construction Activity Expected to Decline: Civil Engineering Proves Resilient. Summary Report. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71242>.

Klien, M. (2023). Das Ende des Baubooms. Österreichische Bauzeitung, (02).

Statistik Austria (2024). Baukostenindizes: Wohnhaus- u. Siedlungsbau, Straßen- und Brückenbau. <https://www.statistik.at/statistiken/industrie-bau-handel-und-dienstleistungen/konjunktur/baukostenindex>.

Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen?

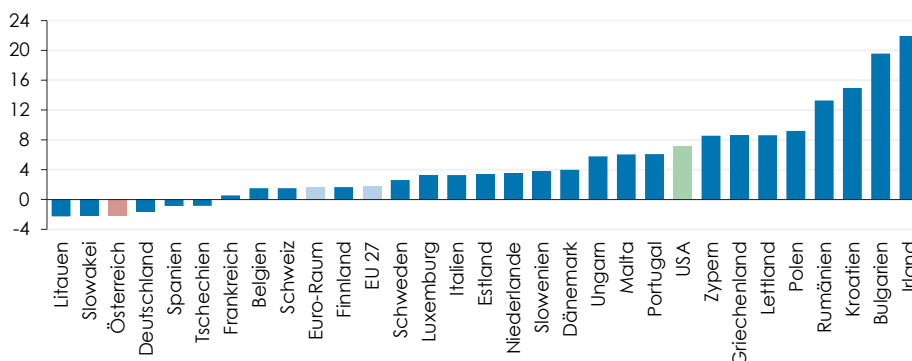
Eine makroökonomische Betrachtung

Gabriel Felbermayr

- Eine wichtige Kennzahl zur Wohlstandsmessung auf makroökonomischer Ebene ist der Realwert des BIP pro Kopf. Er misst die Kaufkraft von Einkommen aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft.
- Die multiplen Krisen der letzten Jahre – COVID-19-Krise, Lieferkettenkrise, Energiepreisschock – haben die in Österreich lebenden Menschen im Durchschnitt ärmer gemacht. Der Realwert des BIP pro Kopf lag 2023 um 2,2% unter dem Niveau des Vorkrisenjahres 2019.
- Im Durchschnitt des Euro-Raumes hat sich der Realwert pro Kopf deutlich schneller erholt und war 2023 schon um 1,6% höher als 2019. Österreich wird den Vorkrisenwert dagegen erst 2025 wieder erreichen.
- Dies resultiert aus dem Umstand, dass die Krisen Österreich härter getroffen haben als andere Länder. Außerdem ist in Österreich trotz überdurchschnittlichen Beschäftigungswachstums die geleistete Arbeitszeit pro Einwohner:in 2019/2023 um 4,3% gesunken.
- Die Verbraucherpreise sind in Österreich wesentlich stärker gestiegen als in den meisten anderen Euro-Ländern. Das bringt neben ungünstigen Verteilungseffekten auch negative Wachstumseffekte mit sich, die durch eine deutliche Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit verstärkt werden.
- Staatliche Maßnahmen stützten trotz der bis 2023 rückläufigen Reallöhne den privaten Konsum. Wegen des lebhaften Bevölkerungswachstums lag der reale Konsum pro Kopf 2023 allerdings um 2% unter dem Vorkrisenniveau von 2019.

Wohlfahrtentwicklung im internationalen Vergleich

Realwert des BIP pro Kopf, Veränderung 2019/2023 in %



"Gemessen am Realwert des BIP pro Kopf hat Österreich die multiplen Krisen der letzten Jahre schlechter bewältigt als andere Volkswirtschaften."

Zur Berechnung des Realwerts wird das nominelle BIP pro Kopf mit dem Deflator der inländischen Verwendung preisbereinigt (anstelle des BIP-Deflators). Dieser Indikator ist für die Wohlstandsmessung besser geeignet als das reale BIP pro Kopf, weil er die Kaufkraft im Inland berücksichtigt (Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), 2023: Prognose).

Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen?

Eine makroökonomische Betrachtung

Gabriel Felbermayr

Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen? Eine makroökonomische Betrachtung

Die multiplen Krisen seit 2019 – COVID-19-Krise, Lieferkettenkrise, Energiepreisschock – haben die österreichische Volkswirtschaft härter getroffen als andere Länder. Der Realwert des BIP pro Kopf – ein Maß für die durchschnittliche Kaufkraft der Einkommen aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen – lag 2023 um 2,2% unter dem Niveau von 2019. Der Euro-Raum hat sich hingegen schneller erholt. Dort war der Realwert des BIP pro Kopf 2023 schon um 1,6% höher als 2019. Österreich wird den Vorkrisenwert frühestens 2025 erreichen. Trotz überdurchschnittlichen Beschäftigungswachstums sinkt in Österreich die geleistete Arbeitszeit pro Einwohner:in, was den Realwert des BIP pro Kopf unter Druck setzt. Trotz staatlicher Stützungsmaßnahmen lag der reale Konsum pro Kopf 2023 um 2% unter dem Vorkrisenniveau.

JEL-Codes: E20, E23, E24 • **Keywords:** Makroökonomie, Wirtschaftsentwicklung

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 17. 2. 2024

Kontakt: Gabriel Felbermayr (gabriel.felbermayr@wifo.ac.at)

Where Does Austria Stand in the Fifth Year of Multiple Crises? A Macroeconomic Analysis

The multiple crises since 2019 – the COVID-19 crisis, the supply chain crisis, the energy price shock – hit the Austrian economy harder than other countries. The real value of GDP per capita – a measure of the average purchasing power of income from the production of goods and services – was 2.2 percent lower in 2023 than in 2019. In contrast, the euro area recovered more quickly. The real value of GDP per capita there is already 1.6 percent higher in 2023 than in 2019. Austria will not reach its pre-crisis level until 2025 at the earliest. Despite above-average employment growth, the number of hours worked per capita is falling in Austria, which is putting pressure on the real value of GDP per capita. Despite government support measures, the volume of consumption per capita will be 2 percent below the pre-crisis level in 2023.

1. Einleitung

Österreichs Wirtschaft wird nun schon das fünfte Jahr in Folge von sich überlagernden Krisen gebeutelt.

Im Februar 2020 traten in Österreich die ersten COVID-19-Infektionen auf. Im März kam es zu einem ersten bundesweiten Lockdown, im Spätherbst bzw. Winter 2020/21 zu zwei weiteren Schließungsmaßnahmen; im Spätherbst 2022 folgten neuerliche Lockdowns. Bis in den Juni 2023 gab es Einschränkungen abnehmender Intensität. Die Lockdowns führten zu drastischen Wertschöpfungseinbußen, vor allem im Bereich kontaktintensiver Dienstleistungen. Außerdem bewirkten die Schließungen von Produktionsstätten im Ausland (etwa in Norditalien oder China) Versorgungsengpässe in der heimischen Industrie. Im Zuge der unerwartet raschen Konjunkturerholung nach der akuten Phase der Pandemie zogen die Rohstoffpreise weltweit stark an. Weiter geltende COVID-19-Restriktionen und eine lebhaftere Nachfrage nach Industriegütern verursachten schwere Verwerfungen in den Liefernetzwerken. Die Frachtraten im internationalen Gü-

terhandel erhöhten sich bis zum Jahreswechsel 2021/22 kräftig. In Österreich überschritt die Inflation, getrieben von Entwicklungen auf dem Weltmarkt, im November 2021 erstmals seit 2019 die 4%-Marke. Rohstoffe, insbesondere Erdgas, verteuerten sich nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 weiter massiv. Im August 2022 erreichte der Gaspreis auf dem preissetzenden niederländischen Markt 340 € je MWh, nachdem er in der COVID-19-Krise zeitweise noch bei rund 10 € je MWh gelegen war. Diese "importierte Teuerung" trieb in Österreich die Preise für Energie, später auch für andere Güter und Dienstleistungen in Höhen wie zuletzt in den 1970er-Jahren. Die Teuerungskrise erreichte um den Jahreswechsel 2022/23 mit einer Inflationsrate von etwa 11% einen Höhepunkt. Seitdem ist die Preissteigerungsrate wieder abgeebbt; im Jänner 2024 lag die Inflation bei 4,5%.

Die "Stapelkrisen"¹⁾ der letzten Jahre haben wirtschaftlich ihre Spuren hinterlassen. Sie haben die österreichische Volkswirtschaft ärmer gemacht, auch wenn die Politik mit vielen verschiedenen Maßnahmen versucht hat, Härten zu vermeiden und permanente Schäden zu minimieren. Alle drei Krisen – COVID-19-Krise, Lieferkettenkrise und Energiepreisschock – kamen im Wesentlichen von außen und haben Österreich besonders hart getroffen. Doch bei der Anpassung an

diese Schocks haben die Regierungen unterschiedlicher Länder unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Dieser Beitrag geht der Frage nach, wie Österreich im internationalen Vergleich durch die rezenten Krisen gekommen ist. Dabei wird vor allem auf die makroökonomische Leistung abgestellt. Verteilungsfragen, die in allen drei Krisenphänomenen von enormer Bedeutung waren, bleiben dagegen außen vor.

2. Wohlstandsmessung in der Makroökonomie

Zur Frage, wie das allgemeine Wohlfahrtsniveau eines Landes über die Zeit und im Vergleich mit anderen Ländern gemessen werden kann, gibt es eine langandauernde und umfangreiche Debatte. Die Schwierigkeiten beginnen bereits mit der Nomenklatur, zumal der in der Volkswirtschaftslehre gängige Begriff der "Wohlfahrt" ("Welfare") in der deutschsprachigen Literatur eng mit dem Sozialsystem und seinen Leistungen verbunden ist. In der Wissenschaft ist Wohlfahrt breit definiert und umfasst alle materiellen und immateriellen Elemente, die Wirtschaftssubjekten Nutzen verschaffen. Neben dem Konsum von Gütern und Dienstleistungen gehen somit auch Freizeit, Gesundheit, ökonomische und physische Sicherheit oder eine intakte Natur in die Wohlfahrt ein (siehe etwa Jones & Klenow, 2016). In der Folge werden Wohlstand und Wohlfahrt als Synonyme verwendet. Dabei handelt es sich stets um Flussgrößen – im Unterschied zu Vermögen oder Umweltqualität, die Bestandsgrößen darstellen.

Im Jahr 2008 setzte der französische Präsident Nicolas Sarkozy eine Kommission von Expert:innen ein, die Vorschläge zu einer sinnvollen Messung des Wohlstands machen sollte. Die von Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi geleitete Gruppe formulierte zwölf Empfehlungen. Diese umfassen Vorschläge zu einer umfassenderen Messung der sozialen Wohlfahrt und die Forderung, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als bisher geläufigsten Indikator in der wirtschaftspolitischen Debatte durch die Betrachtung einer Reihe zusätzlicher Messgrößen zu ergänzen. So sollten insbesondere Verteilungsmaße, die Nachhaltigkeit und die Umweltqualität stärker berücksichtigt werden. Dieses Anliegen wird von einer breiten Mehrheit der Ökonom:innen geteilt; die starke Fokussierung auf das BIP als Wohlstandsmaß wird nicht erst seit der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission kritisiert.

In der öffentlichen wirtschaftspolitischen Debatte ist das BIP allerdings immer noch die bestimmende Größe. Im Zuge der vierteljährlichen Konjunkturprognose des WIFO und anderer Wirtschaftsforschungsinstitute wird

das BIP-Wachstum medial bei weitem am stärksten rezipiert, obwohl das veröffentlichte Zahlenwerk eine Reihe weiterer wichtiger Kennzahlen beinhaltet. Das Kennzahlen-set ist bisher vor allem durch die praktischen Vorgaben definiert, so etwa im deutschen Stabilitätsgesetz von 1967. Darin wird das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht determiniert durch, erstens, ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, zweitens, ein stabiles Preisniveau, drittens, einen hohen Beschäftigungsstand und, viertens, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Verteilungspolitische Kennzahlen oder Maße der ökologischen Nachhaltigkeit fehlen dagegen in kurzfristigen Prognosen weitgehend. Das WIFO hat sich zum Ziel gesetzt, über das "magische Viereck" hinaus volkswirtschaftliche Größen in die Prognosearbeit aufzunehmen, die mit den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission vereinbar sind. So enthält die vierteljährliche WIFO-Konjunkturprognose seit Juni 2022 die Entwicklung der Treibhausgasemissionen für das laufende und das Folgejahr. Zukünftig soll im Rahmen der Prognose auch die kurzfristige Entwicklung des real verfügbaren Haushaltseinkommens abgeschätzt werden.

Damit wird das WIFO die erste Empfehlung der Kommission umsetzen, indem es bei der Wohlfahrtsmessung zusätzlich zur Produktion das Einkommen und den Konsum erfasst. Aber auch das BIP kann durch eine einfache Anpassung zu einem besseren Maß der Wohlfahrt werden. Üblicherweise wird die nominelle Bruttowertschöpfung mit dem Preisindex der inländischen Produktion, dem BIP-Deflator, preisbereinigt, sodass das reale BIP das im Inland erwirtschaftete Einkommen in Einheiten der produzierten Güter und Dienstleistungen misst. Man kann das nominelle BIP aber auch mit einem anderen Preisindex bereinigen, etwa mit jenem der letzten inländischen Verwendung. Damit erhält man ein Maß für das Einkommen in Einheiten der im Inland endverbrauchten Güter und Dienstleistungen. Das so gewonnene Maß wird als Realwert des BIP bezeichnet (Nierhaus, 2014), auf Englisch als "Com-

Der Realwert des BIP ist ein besseres Wohlstandsmaß als das gängige reale BIP.

¹⁾ Stapelkrisen entstehen, wenn nach und nach neue Krisenphänomene zu bestehenden hinzukommen,

diese aber nicht ablösen, sondern sich mehrere Krisen überlagern.

mand-basis GDP²⁾). Es berücksichtigt nicht nur den privaten Konsum, wie dies bei Deflationierung des BIP mit dem Verbraucherpreisindex der Fall wäre, sondern auch den öffentlichen Konsum und private ebenso wie öffentliche Investitionen. Der Realwert des BIP misst also das Bruttoinlandsprodukt in Einheiten nachgefragter (absorbierter) Güter und Dienstleistungen, während das gängige reale BIP auf die produzierten Güter und Dienstleistungen abstellt. Der Realwert des BIP gibt ebenso wie das reale BIP keine Auskunft über die Verteilung des Wohlstands.

Hinter seiner Veränderung kann sich also eine erwünschte oder eine unerwünschte Veränderung der Ungleichheit verbergen. Während Maße des realen verfügbaren Einkommens durch schuldenfinanzierte öffentliche Transfers oder Umverteilung mechanisch in die Höhe getrieben werden können, ist das beim Realwert des BIP allerdings nicht der Fall, es sei denn die zusätzliche Verschuldung führt zu einer Ausdehnung der wirtschaftlichen Aktivitäten durch Verminderung von Unterbeschäftigung.

3. Entwicklung des Realwerts des BIP pro Kopf in Österreich seit 2019

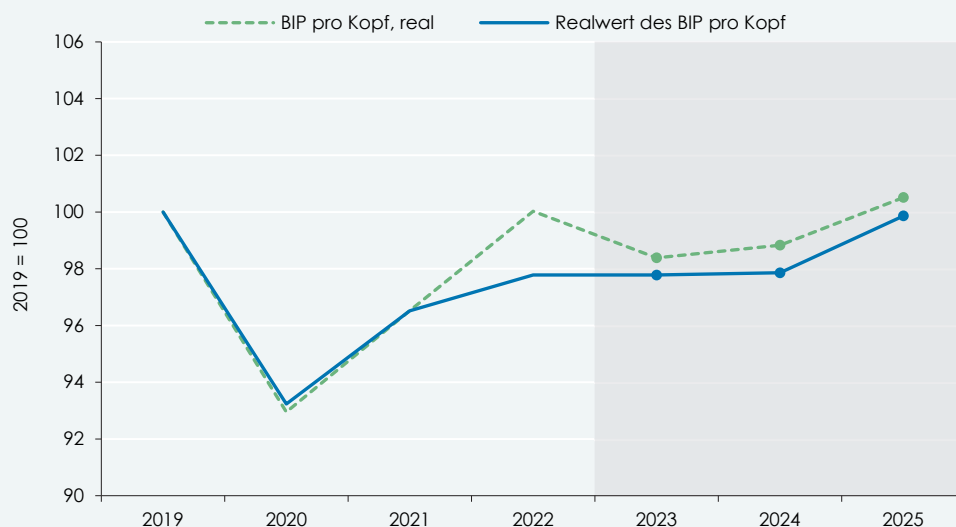
Der Realwert des BIP pro Kopf dürfte in Österreich erst 2025 wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Im Durchschnitt des Euro-Raumes hat er sich deutlich schneller erholt und war bereits 2023 um 1,6% höher als 2019.

Die beiden BIP-Maße können sich in offenen Volkswirtschaften gravierend unterscheiden. Dort decken sich die im Inland produzierten Güter kaum mit jenen Gütern, die im Konsum und durch Investitionen verbraucht werden. Dies kann zu sehr unterschiedlichen Preisentwicklungen führen, wie sich auch in der jüngsten Teuerungskrise deutlich zeigte, als die Preise für Importe zunächst stark anstiegen, jene für Exporte aber dahinter zurückblieben. Die daraus resultierende Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse (Terms-of-Trade) in Österreich und den meisten anderen OECD-Ländern ist wohlfahrtsökonomisch hoch relevant, weil die durch die heimische Produktion erzielten Einkommen an Kaufkraft verloren haben. Die Terms-of-Trade haben sich inzwischen zwar

wieder etwas verbessert, für wichtige Importgüter, z. B. für Gas oder elektrischen Strom, muss Österreich aber weiterhin mehr ausgeben als vor der Teuerungskrise.

Die Berichterstattung zur Wirtschaftsentwicklung stellt meist nicht auf Pro-Kopf-Größen ab. Auch diese Praxis steht in starkem Widerspruch zu konzeptuellen Überlegungen, beispielsweise in der Wachstumstheorie³⁾. Für die Wohlfahrtsmessung sind die pro Einwohner:in im Durchschnitt real verfügbaren Ressourcen relevant. Das Ziel der Wirtschaftspolitik besteht in der Steigerung der Wohlfahrt in Form des Realwerts des BIP pro Kopf, nicht des gesamtwirtschaftlichen BIP. Das ist vor allem in Ländern höchst relevant, deren Bevölkerung schrumpft.

Abbildung 1: Reales BIP pro Kopf im Vergleich zum Realwert des BIP pro Kopf



Q: Statistik Austria, WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2023. 2023 bis 2025: Prognose. Realwert des BIP . . . nominelles BIP deflationiert mit dem Preisindex der inländischen Verwendung.

Abbildung 1 zeigt, wie sich das reale BIP pro Kopf in Österreich seit 2019, dem letzten Jahr

vor Beginn der Stapelkrisen, entwickelt hat und wie es sich gemäß der WIFO-Prognose

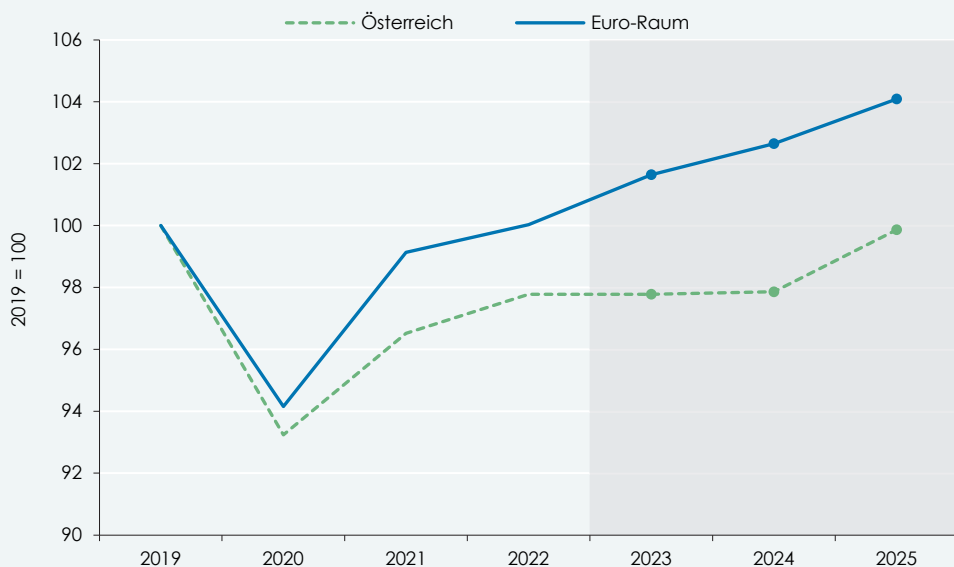
²⁾ Siehe z. B. die Definition des U.S. Bureau of Economic Analysis unter <https://www.bea.gov/help/glossary/command-basis-gross-domestic-product>.

³⁾ Zur Diskussion um die Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums in der Wohlfahrtsmessung siehe Adhami et al. (2023).

von Dezember 2023 bis 2025 entwickeln dürfte. In der Akutphase der COVID-19-Krise brach das BIP pro Kopf um rund 7% ein; dabei macht es keinen wesentlichen Unterschied, ob man die reale Produktion berechnet oder den Realwert (also in diesem Fall die Kaufkraft) der daraus resultierenden Einkommen. Im Jahr 2021 kam es zu einer Erholung. Für 2022 divergieren die beiden Indikatoren aber deutlich: Während sich das reale BIP pro Kopf, also das Volumen der im Inland erzeugten Güter und Dienstleistungen je Einwohner:in, wieder erholt und das Vorkrisenniveau von 2019 erreichte, lag die Kaufkraft des BIP noch um mehr als 2% darunter. Der Grund dafür ist die drastische Verteuerung importierter Energieträger, die die Preise für im Inland konsumierte und inves-

tierte Güter und Dienstleistungen nach oben trieb und den Realwert des BIP pro Kopf entsprechend verminderte. Im Jahr 2023 stagnierte der Indikator, weil sich das Wachstum der Bevölkerung und der Anstieg des Realwerts des BIP ungefähr die Waage hielten. Das reale BIP pro Kopf brach hingegen um 1,6% ein, da das reale BIP bei gleichzeitigem Anwachsen der Wohnbevölkerung (+0,8%) um 0,8% schrumpfte. Gemäß der WIFO-Prognose dürften sich 2024 und 2025 die Terms-of-Trade langsam verbessern, sodass sich der Verbraucherpreisindex und der Preisindex der letzten inländischen Verwendung sehr ähnlich entwickeln sollten. 2025 dürfte der Realwert des BIP pro Kopf das Vorkrisenniveau erreichen.

Abbildung 2: **Realwert des BIP pro Kopf – Österreich und Euro-Raum im Vergleich**



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. 2023 bis 2025: Prognose. Realwert des BIP . . . nominales BIP deflationiert mit dem Preisindex der inländischen Verwendung.

In Österreich hat sich also aufgrund der multiplen Krisen die Wohlfahrt, gemessen am Realwert des BIP pro Kopf, gegenüber 2019 nicht erhöht. Ohne Krisen wäre er entlang des 2019 prognostizierten Wachstums von BIP und Wohnbevölkerung gestiegen; nach einer groben Abschätzung um etwa 5% bis 2025⁴⁾.

Wie haben sich andere Länder entwickelt? Abbildung 2 vergleicht Österreich mit dem Euro-Raum. Dabei zeigt sich, dass der Realwert des BIP pro Kopf in Österreich in der COVID-19-Krise um etwa 1 Prozentpunkt stärker einbrach als im Euro-Raum insgesamt. Zwar erholte sich das reale BIP in Österreich

danach kräftiger, das stärkere Bevölkerungswachstum und die im Zuge der Teuerungskrise höhere Inflation ließen den Rückstand zum Euro-Raum im Jahr 2022 jedoch auf etwas mehr als 2 Prozentpunkte anwachsen. 2023 wirkten sich die leichte Rezession in Österreich bei gleichzeitigem Wachstum im Euro-Raum sowie das weiter lebhaftere Bevölkerungswachstum negativ aus, wodurch der Abstand im Realwert des BIP pro Kopf bezogen auf das Basisjahr 2019 rund 4 Prozentpunkte erreichte. Nach einer weiteren Ausweitung des Differenzials im laufenden Jahr dürfte der Rückstand am Ende des Prog-

⁴⁾ Hierbei ist ein Trendwachstum des Realwerts des BIP in der Höhe des realen BIP von 1,3% pro Jahr und der Wohnbevölkerung von 0,5% pro Jahr unterstellt. In grober Näherung haben die multiplen Krisen in Preisen von 2025 einen Schaden von rund 2.800 € pro Kopf

verursacht; in den Jahren vorher deutlich weniger, aber die insgesamt seit 2019 entfallenen Einkommen könnten die Summe von 10.000 € pro Kopf bereits übersteigen.

Gemessen am Realwert des BIP pro Kopf hat Österreich die multiplen Krisen der letzten Jahre schlechter bewältigt als andere Volkswirtschaften.

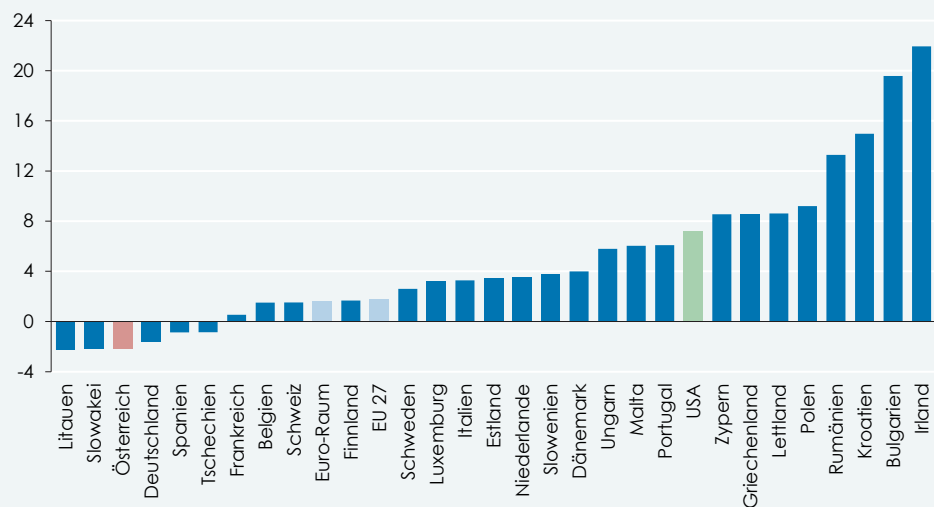
nosezeitraumes immer noch gut 4 Prozentpunkte betragen.

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung des Realwerts des BIP pro Kopf von 2019 bis 2023 für die EU-Mitgliedsländer, den Euro-Raum, die EU 27 insgesamt sowie die USA. Österreich zählt demnach zu den Ländern, die am schlechtesten abschnitten. Nur in Litauen und der Slowakei schrumpfte der Realwert ähnlich stark. Auch in Deutschland, Spanien, Tschechien und dem Vereinigten Königreich lag der Realwert 2023 noch unter dem Niveau von 2019. Im Durchschnitt des Euro-Raumes und der EU 27 zeigt sich hingegen ein leichtes Wachstum von 1,6% bzw. 1,8%. Eine Reihe von kleineren osteuropäischen Ländern schneiden scheinbar sehr gut ab; dies hat aber mit einem Verlust an Bevölkerung zu tun, der rechnerisch die Pro-Kopf-

Werte in die Höhe treibt. Irland eignet sich aufgrund seines von der Digitalwirtschaft der USA bestimmten Geschäftsmodells kaum für Vergleiche; Norwegen, nicht in Abbildung 3, ist wegen seiner zentralen Rolle als Lieferant sehr teuer gewordener fossiler Brennstoffe ebenfalls kein brauchbares Vergleichsland. Ähnliches gilt für die Niederlande, wenn auch in geringerem Ausmaß. Für Österreich ist eher das relativ gute Abschneiden der skandinavischen Länder interessant; auch Belgien oder Frankreich zeigen ein etwas besseres Bild. Gemessen am Realwert des BIP pro Kopf hat Österreich die multiplen Krisen der letzten Jahre demnach nicht besonders gut bewältigt. Das liegt an der Stärke der Schocks, die hierzulande besonders ausgeprägt waren, aber auch an den getroffenen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen.

Abbildung 3: Wohlfahrtsentwicklung im internationalen Vergleich

Realwert des BIP pro Kopf, Veränderung 2019/2023 in %



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. 2023: Prognose. Realwert des BIP . . . nominelles BIP deflationiert mit dem Preisindex der inländischen Verwendung.

Österreich verzeichnete in den letzten Jahren ein kräftiges Beschäftigungswachstum. Wichtiger als die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse ist in makroökonomischer Hinsicht allerdings die geleistete Arbeitszeit pro Kopf.

4. Triebkräfte der Entwicklung: Bevölkerung, Arbeitszeit und Produktivität

Verglichen mit dem Euro-Raum insgesamt wuchs die unselbständige Beschäftigung in Österreich kräftiger. Schon 2021 war sie hierzulande fast wieder an das Vorkrisenniveau von 2019 herangekommen, im Euro-Raum, der 2020 einen weniger starken Einbruch verzeichnet hatte als Österreich, lag die Beschäftigung 2021 schon deutlich über 2019. Der Aufbau der Beschäftigung setzte sich in Österreich allerdings fort; 2023 lag der Beschäftigtenbestand bereits um 4% über dem Vorkrisenniveau, im Euro-Raum insgesamt um 3,6%. In den nächsten Jahren dürfte sich der Vorsprung Österreichs weiter vergrößern,

sodass gemäß WIFO-Prognose im Jahresdurchschnitt 2025 um 6% mehr Beschäftigungsverhältnisse aufrecht sein werden als 2019. Der Zuwachs dürfte somit um 1,3 Prozentpunkte höher ausfallen als im Euro-Raum. Diese Entwicklung ist erfreulich, da der nach wie vor einigermaßen stabile Arbeitsmarkt auch eine wichtige psychologische Stütze für die Bevölkerung darstellt⁵⁾.

Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse ist aber in makroökonomischer Hinsicht weniger bedeutend, als man meinen könnte. Unterstellt man nämlich eine einfache makro-

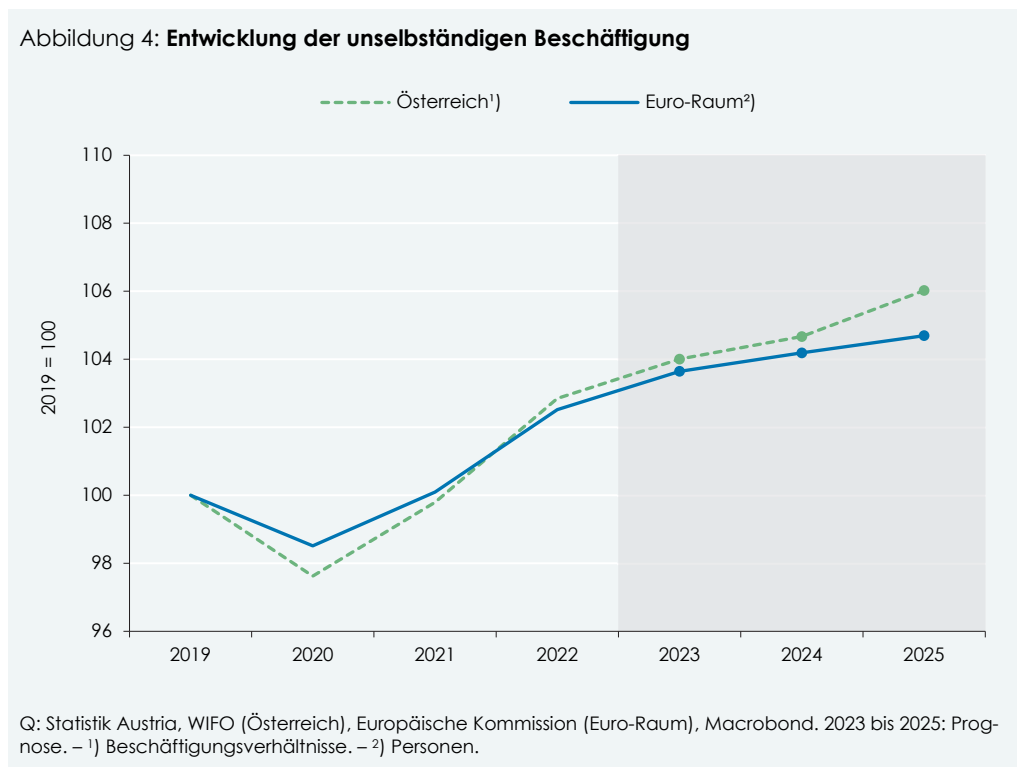
⁵⁾ Derzeit steigt die Arbeitslosigkeit in Österreich deutlich. Ein unerwartet starker Beschäftigungsabbau in

Industrie und Bauwirtschaft stellt in der Prognose des WIFO ein bedeutendes Abwärtsrisiko dar.

ökonomische Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen, so kann das Wachstum des realen BIP pro Kopf als Summe des Produktivitätswachstums, der Veränderung der Arbeitszeit je Einwohner:in und der Veränderung der Kapitalintensität der Produktion gewichtet mit der Outputelastizität des Produktionsfaktors Arbeit interpretiert werden (siehe Kasten "Zerlegung der Veränderung der Wachstumsrate des BIP"). Mit ande-

ren Worten, die Veränderung der Arbeitszeit pro Kopf hat dieselbe makroökonomische Bedeutung wie die Veränderung der aggregierten Produktivität, während die Kapitalintensität (der Kapitalstock je geleistete Arbeitsstunde) typischerweise mit einem Gewicht von rund einem Drittel in die Rechnung eingeht. Die bloße Zahl der Beschäftigungsverhältnisse ist makroökonomisch nicht maßgeblich.

Abbildung 4: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung



Zerlegung der Veränderung der Wachstumsrate des BIP

Unterstellt man eine makroökonomische Produktionsfunktion von der Form $Y = AF(L, K)$, wobei Y der Realwert der Produktion ist, A die gesamtwirtschaftliche Produktivität und $F(L, K)$ eine linear-homogene Produktionsfunktion mit dem Arbeitseinsatz L (in Stunden) und dem Kapitalstock K , dann ergibt sich durch totales Differenzieren und Erweitern die näherungsweise Beziehung $\hat{y} = \hat{A} + \hat{l} + \alpha \hat{k}$, wobei " $\hat{\cdot}$ " eine prozentuale Veränderung anzeigt, y der Output je Einwohner:in, l die Arbeitszeit je Einwohner:in, k die Kapitalintensität, K/L und $\alpha \in (0, 1)$ die Outputelastizität des Kapitalstocks ist. In der Folge wird \hat{Y} mit der Wachstumsrate des Realwerts des BIP pro Kopf identifiziert.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität kann in diesem sehr vereinfachten Ansatz als Residuum verstanden werden, das alle nicht direkt adressierten Bestimmungsfaktoren des realen BIP pro Kopf zusammenfasst. Insbesondere gehen darin auch relative Veränderungen der Preise (etwa der oben diskutierten Terms-of-Trade) ein. Auch Verwerfungen in den Lieferketten können als ein negativer Einflussfaktor der gesamtwirtschaftlichen Produktivität verstanden werden. Die Lockdown-Maßnahmen während der COVID-19-Krise werden in der Literatur hingegen häufig als negativer Schock auf das

zur Verfügung stehende Arbeitszeitvolumen begriffen (Eppinger et al., 2023). In weiterer Folge soll daher das Hauptaugenmerk auf der Entwicklung der Arbeitszeit pro Einwohner:in liegen.

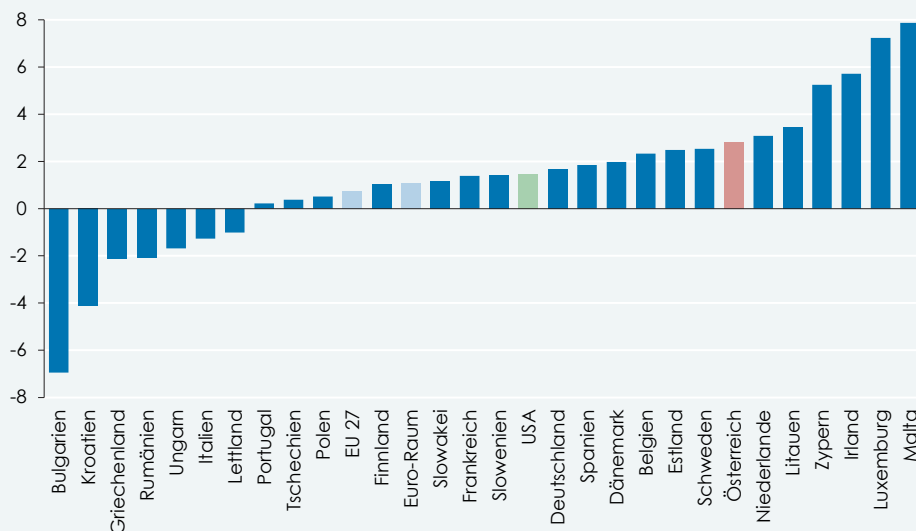
Die Pro-Kopf-Betrachtung ist schon deshalb relevant, weil seit 2019 in vielen Ländern die Bevölkerung dynamisch gewachsen ist. In Österreich ist die Bevölkerungszahl um 2,8% gestiegen, etwa vier Mal so stark wie im Durchschnitt der EU 27. Dieses Wachstum ist nicht nur, aber auch durch den Zustrom von Kriegsflüchtlings aus der Ukraine zu erklä-

ren⁶). Abgesehen von kleinen EU-Ländern wie Malta, Zypern, Irland oder Luxemburg war der Bevölkerungszuwachs innerhalb der

EU nur in Litauen und den Niederlanden stärker als in Österreich (Abbildung 5).

Abbildung 5: **Entwicklung der Wohnbevölkerung**

Veränderung 2019/2023 in %



Q: Statistik Austria (Österreich), Europäische Kommission (AMECO, November 2023), Macrobond. 2023: Prognose.

In Österreich ist die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Einwohner:in 2019/2023 sehr viel stärker zurückgegangen als in anderen Volkswirtschaften.

Ceteris paribus erzeugt ein kräftiges Anwachsen der Bevölkerung Druck auf Pro-Kopf-Größen; Bevölkerungsschrumpfung wie in einer Reihe von ost- und südeuropäischen Ländern hat den gegenteiligen Effekt. Weil aber ein Bevölkerungswachstum auch zu höherem Arbeitsangebot und mithin zu einer Ausweitung von Produktion und Wertschöpfung führen sollte, ist der Nettoeffekt auf das BIP pro Kopf oder dessen Realwert a priori nicht eindeutig. Er hängt davon ab, ob dem Zuwachs an Bevölkerung ein Zuwachs an Beschäftigten entspricht und wie die durchschnittliche Arbeitszeit und die Qualifikation neu zugewanderter Personen im Vergleich zur bisherigen Wohnbevölkerung ausfallen. Wenn die Bevölkerung schneller wächst als die insgesamt in einer Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen), dann ist es sehr wahrscheinlich, dass das BIP pro Kopf sinkt, es sei denn, die durchschnittliche Produktivität der Arbeitskräfte steigt entsprechend an. Weil andere Produktionsfaktoren, etwa der Maschinenpark, bei einem unerwarteten Anstieg der Wohnbevölkerung nicht kurzfristig angepasst werden können, sinkt die Kapitalintensität der Produktion, was die Produktivität des Faktors Arbeit weiter reduziert und das BIP pro Kopf schmälert⁷).

Umgekehrt steigert Auswanderung die Kapitalintensität, was das BIP pro Kopf erhöht; eine Auswanderung besonders gut ausgebildeter Personen bewirkt allerdings das Gegenteil.

Die korrekte empirische Messung der Qualifikation und Produktivität von Arbeitskräften ist eine Herausforderung, die hier nicht weiter besprochen werden soll. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist allerdings gut messbar. In Österreich ist die geleistete Arbeitszeit je Einwohner:in zwischen 2019 und 2023 um etwa 4,3% gesunken (Abbildung 6). Das Arbeitsvolumen ist in diesem Zeitraum um 1,5% geschrumpft, die Wohnbevölkerung ist hingegen um 2,8% gewachsen. Weil das reale BIP bei konstanter Produktivität und Vollausslastung ungefähr proportional zur geleisteten Arbeitszeit ist, bedeuten diese Zahlen, dass das BIP je Einwohner:in seit 2019 gesunken ist. Der Rückgang der durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitszeit ist in Österreich besonders ausgeprägt; von den in Abbildung 6 gezeigten Ländern war er nur in der Slowakei noch kräftiger. Im Euro-Raum insgesamt und der EU 27 ist die Pro-Kopf-Arbeitszeit 2019/2023 hingegen gestiegen (+1,2% bzw. +1,5%). Unter den

⁶) Allein im Jahr 2022 wanderten um rund 67.000 mehr Ukrainer:innen nach Österreich zu, als wieder fortzogen; dies entsprach fast 50% der gesamten Nettozuwanderung (<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/05/20230601Demographie2022.pdf>).

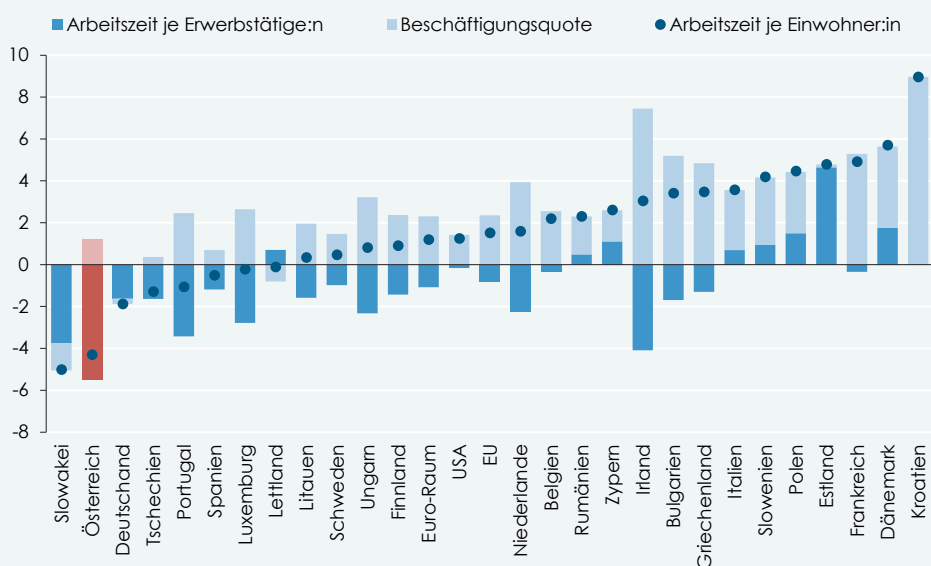
⁷) Das bedeutet nicht, dass der Wohlstand der vor einem Einwanderungsschub bereits im Land lebenden Menschen durch den Bevölkerungsanstieg sinkt. Diese können auch dann einen Gewinn lukrieren, wenn das BIP pro Kopf, das auch die Zugewanderten umfasst, schrumpft; siehe dazu Felbermayr und Kohler (2009).

großen EU-Mitgliedsländern konnte vor allem Frankreich reüssieren (fast +5%).

Die in Abbildung 6 gezeigten Veränderungen der Arbeitszeit je Einwohner:in lassen sich zerlegen in die Veränderung der Arbeitszeit je Erwerbstätige:n und in die Veränderung der Beschäftigungsquote, definiert als Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung. Letztere stieg in Österreich von 2019 bis 2023 um 1,2%. Dass somit ein wachsender Anteil der in Österreich ansässigen Personen einer Erwerbsarbeit nachgeht, ist erfreulich. Da aber zugleich die Arbeitszeit je

Erwerbstätige:n um 5,5% sank, ergibt sich der in Abbildung 6 gezeigte Rückgang. Das deutliche Wachstum der Arbeitszeit je Einwohner:in in Frankreich ist hingegen ausschließlich auf einen Anstieg der Beschäftigungsquote zurückzuführen, während die geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätige:n um 0,3% zurückging. Im Euro-Raum insgesamt nahm die Beschäftigungsquote 2019/2023 um 2,3% zu und die Arbeitszeit je Erwerbstätige:n um 1,1% ab, sodass sich ein Anstieg der Arbeitszeit je Einwohner:in von 1,2% ergibt.

Abbildung 6: **Entwicklung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Einwohner:in**
Veränderung 2019/2023 in %



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission, Macrobond. 2023: Prognose. Beschäftigungsquote: Erwerbstätige laut vierteljährlicher Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung in % der Wohnbevölkerung.

Der Rückgang der Arbeitszeit je Einwohner:in ist also ein überaus wichtiger Erklärungsfaktor, warum in Österreich der Realwert des BIP pro Kopf gesunken ist. Die Zerlegung legt nahe, dass er der wichtigste Treiber gewesen sein muss, zumal er allein den Realwert des BIP je Einwohner:in um 4,3 Prozentpunkte dämpfte. Da in Österreich das Arbeitsvolumen 2019/2023 um 1,5% sank und die Nettoinvestitionen positiv waren, hat sich die Kapitalintensität pro Arbeitseinheit erhöht und damit einen positiven Wachstumseinfluss entfaltet. Die allgemeine Produktivitätsentwicklung war von den COVID-19-Verwerfungen und den massiven Veränderungen der relativen Preise betroffen und ist nur schwer einschätzbar. Unter der Annahme eines konstanten Kapitalstocks müsste das residuale Produktivitätsmaß per Saldo leicht gestiegen sein, um die Ergebnisse erklären zu können⁸⁾.

Warum ist die Arbeitszeit je Einwohner:in hierzulande so deutlich gesunken? Dafür sind verschiedene Gründe ausschlaggebend. Erstens ist der Trend zur Teilzeitarbeit in Österreich ausgeprägt. Zweitens ist das Bevölkerungswachstum in Österreich seit 2019 vollständig durch Zuwanderung entstanden. Viele Migrant:innen sind allerdings Flüchtlinge, die aus rechtlichen oder anderen Gründen in Österreich keiner Erwerbsarbeit nachgehen (dürfen). Drittens führt die demografische Entwicklung dazu, dass die Wohnbevölkerung deutlich altert, weshalb der Anteil der Pensionist:innen kontinuierlich zunimmt. In der Folge sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit je Einwohner:in. Diesem Trend könnte die öffentliche Hand durch verschiedene Maßnahmen entgegenwirken: Sie könnte die Anreize für Vollzeitarbeit erhöhen, sehr viel mehr tun, um Migrant:innen schneller in Arbeit zu bringen, und noch entschei-

Der Rückgang der Arbeitszeit je Einwohner:in ist der wichtigste Grund für den Rückgang des Realwerts des BIP pro Kopf.

Es gilt, die Anreize für Vollzeitarbeit zu erhöhen, Migrant:innen rascher in Arbeit zu bringen und das faktische Pensionsantrittsalter zu heben.

⁸⁾ Wird die Outputelastizität des Kapitalstocks mit 0,3 angenommen, dann wäre ein Produktivitätswach-

tum von 0,5% erforderlich, um den Rückgang des Realwerts des BIP pro Kopf erklären zu können.

dener daran arbeiten, das faktische Pensionsantrittsalter anzuheben.

Wenn die Arbeitszeit je Einwohner:in zurückgeht, so hat dies nicht nur direkte negative Effekte auf das BIP pro Kopf, sondern auch Konsequenzen für die Preise nicht international handelbarer Güter: Alle Einwohner:innen benötigen Wohnraum, ärztliche Versorgung,

Schulen und fragen Dienstleistungen von Restaurants bis zum Handwerk nach. Steigt die zur Verfügung stehende Arbeitszeit nicht proportional zur Bevölkerung, so ist es wahrscheinlich, dass das Angebot an solchen nicht international handelbaren Gütern hinter der Nachfrage zurückbleibt. Dies erhöht den Inflationsdruck, der in weiterer Folge die Realeinkommen schmälert.

5. Inflationsentwicklung

Österreich war in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen mit einer deutlich höheren Inflation konfrontiert als die meisten anderen Euro-Länder.

In der Tat unterscheidet sich Österreich insbesondere hinsichtlich der Inflation wesentlich von anderen reichen Industrieländern. Zur Errechnung des Realwerts des BIP dienen die Deflatoren der Nachfragekomponenten, also die Verbraucherpreise, der Preisindex für den öffentlichen Konsum sowie jener für öffentliche und private Investitionen^{?)}. Der Verbraucherpreisindex (VPI) – weitgehend identisch mit dem Deflator des heimischen Konsums – ist aber quantitativ ausschlaggebend. Wie Abbildung 7 zeigt, stieg der VPI in Österreich von 2019 bis 2023 kumuliert um 22,0%, im Euro-Raum insgesamt dagegen "nur" um 17,8%. 2025 dürfte er in Österreich um 30,5% über dem Wert von 2019 liegen, im Euro-Raum um 24,1%. Die Größenordnung des Inflationsabstands ist neu, aber schon in der Zeit von Anfang 2010 bis Ende 2019 war die Inflation in Österreich kumuliert um etwa 7 Prozentpunkte höher gewesen als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Die "Anstoßeffekte" der Inflationsentwicklung waren in Österreich aus verschiedenen Gründen besonders ausgeprägt. Zum einen führten die COVID-19-Pandemie und das Krisenmanagement in Österreich verglichen mit anderen Ländern zu stärkeren Einbußen in der Produktion, vor allem im kontaktintensiven und hierzulande vergleichsweise bedeutenden Tourismussektor. Gleichzeitig wurden in Österreich höhere finanzielle Transfers an private Haushalte und Unternehmen ausbezahlt (OECD, 2021), was tendenziell inflationstreibend wirkte. Weiters trafen die Verwerfungen in den internationalen Lieferketten eine kleine offene Volkswirtschaft mit überdurchschnittlichem Industrieanteil härter als andere Länder. Und schließlich war Österreich auch durch die drastische Verteuerung von fossilen Brennstoffen, vor allem von Erdgas, aber auch von Diesel und Heizöl, stärker betroffen als andere Volkswirtschaften, weil die Abhängigkeit von Russland höher war (Europäische Kommission, 2022).

Aber auch die "Ansteckungseffekte", bei denen sich der ursprüngliche Schock auf an-

dere Sektoren überträgt, fortpflanzt und verfestigt, sind in Österreich ausgeprägter als in vielen anderen Ländern. Dies hängt mit der Inflationsindexierung vieler Preise zusammen, von den Mieten bis zu den öffentlichen Gebühren, sowie mit einer nachlaufenden Quasi-Indexierung der Löhne durch die Benya-Formel (siehe unten).

Die höhere Inflation muss nicht zwangsläufig den Realwert des BIP gedämpft haben, auch wenn der Verbraucherpreisindex stark mit dem Preisindex der inländischen Verwendung korreliert, denn ein hoher Preisauftrieb erhöht auch die nominelle Bruttowertschöpfung. In Ländern, die während der Teuerungskrise eine besonders deutliche Verschlechterung ihrer Terms-of-Trade hinnehmen mussten, stiegen typischerweise auch die Preise für Konsumgüter kräftiger, weil die Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse nicht etwa aus einer Reduktion der nominellen Exportpreise folgte, sondern aus dem starken Anstieg der Importpreise.

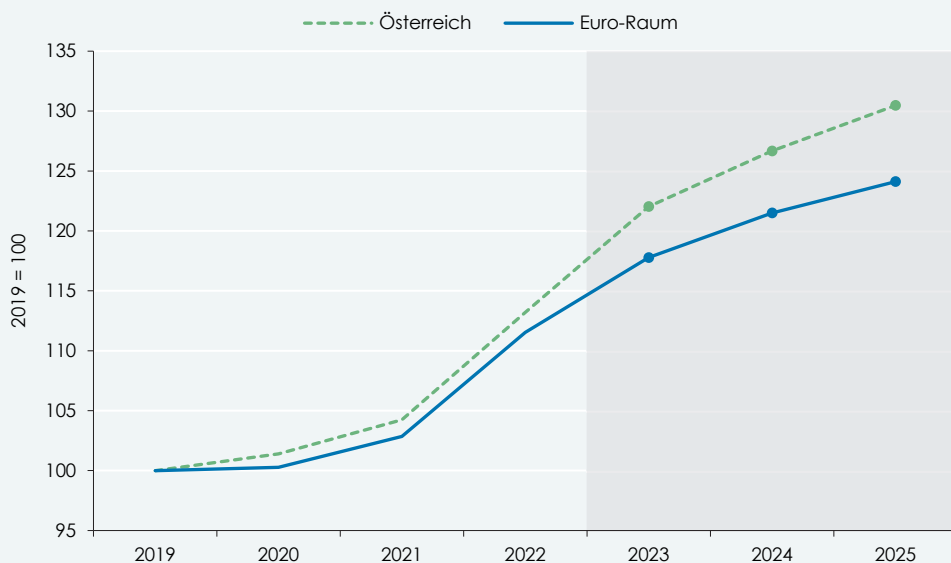
Die hohe Inflation hat außerdem einen direkten negativen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die makroökonomische Literatur betont, dass mit hohen durchschnittlichen Preissteigerungsraten auch eine höhere Varianz der Preisentwicklung einhergeht, was die in einer Marktwirtschaft so wichtigen Preissignale verzerrt und die Effizienz von Marktergebnissen reduziert. Das, und nicht die verteilungspolitisch problematischen Effekte hoher Inflation, ist der Grund, warum die einschlägigen Studien eine Inflationsrate von über 2% als wenig wünschenswert ansehen (Adam et al., 2022). Sie sollte aber auch nicht wesentlich unter 2% liegen, weil die empirisch und verhaltensökonomisch gut dokumentierte Starrheit der nominalen Preise sonst sehr rigide relative Preise implizieren würde. Die verhältnismäßig hohe Inflation ist also aus makroökonomischer Sicht selbst ein Problem. Dazu kommen verteilungspolitische Verwerfungen.

Die hohe Inflation bringt neben ungünstigen Verteilungseffekten auch negative Wachstumseffekte mit sich, die durch eine deutliche Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit verstärkt werden.

^{?)} Genauer gesagt handelt es sich jeweils um Deflatoren aus der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnung. Der Deflator des privaten Konsums ist mit dem VPI eng verwandt, aber nicht identisch.

Abbildung 7: **Entwicklung der Verbraucherpreise**



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. 2023 bis 2025: Prognose. Verbraucherpreise laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVP).

Und schließlich bedeutet eine im Vergleich zu anderen Ländern erhöhte Inflation einen Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Dabei sind nicht direkt die Verbraucherpreise relevant, sondern die Preise von Vorprodukten wie Energie sowie die Höhe der Nominallohne, die in allen Ländern von der Verbraucherpreis-inflation abhängen. In manchen Ländern ist der Zusammenhang zwischen den Verbraucherpreisen und den Löhnen explizit gesetzlich geregelt, etwa in Belgien. In anderen ist er implizit durch lang bewährte institutionelle Strukturen vorgegeben, wie etwa in Österreich durch die Benya-Formel (Felbermayr et al., 2023).

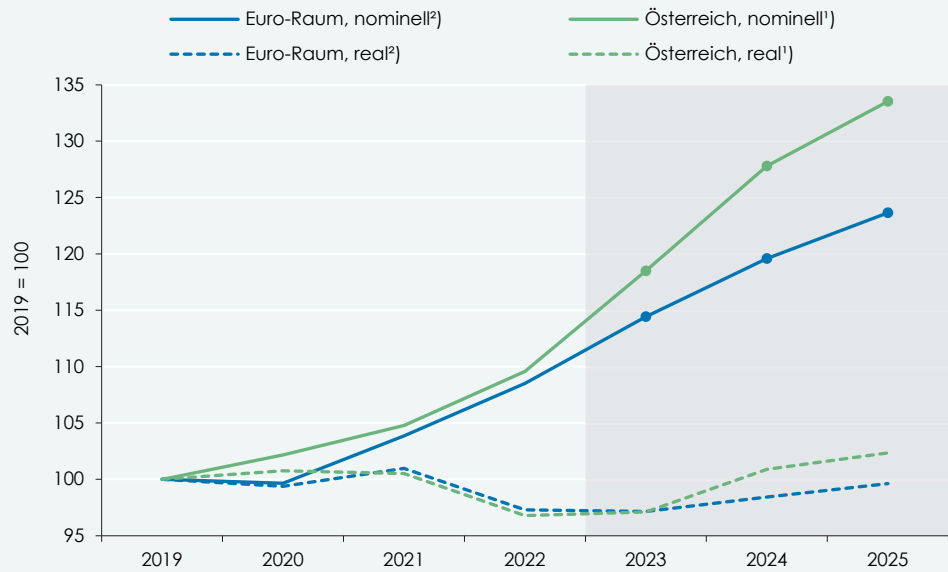
Wie Abbildung 8 zeigt, haben sich die Nominallohne in Österreich zwischen 2019 und 2023 deutlich dynamischer entwickelt als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Diese Entwicklung dürfte auch in den nächsten Jahren anhalten. Schon 2020, im ersten Jahr der COVID-19-Krise, stiegen die Nominallohne in Österreich um mehr als 2%, während sie im Euro-Raum insgesamt leicht zurückgingen. Weil die Benya-Formel die Preisdynamik der jeweils vorhergehenden zwölf Monate ("rollierende Inflation") als Ausgangspunkt nimmt, kam es 2023 und 2024 in Österreich zu deutlichen Nominallohnsteigerungen, die die ebenfalls dynamischen Lohnzuwächse in den anderen Euro-Ländern merklich übertrafen. Gemäß der WIFO-Prognose werden die heimischen Nominallohne 2025 um 33,5% höher sein als 2019 – damit dürfte der Zuwachs um ganze 10 Prozentpunkte stärker ausfallen als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Aus dieser Entwicklung folgt zwar nicht zwingend ein Verfall der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, allerdings lassen sich etwaige Positionsverluste in einer Währungsunion nicht mittels Abwertung des Wechselkurses ausgleichen. Zudem dürfte die heimische Produktivität innerhalb einer Fünfjahresperiode kaum um 10 Prozentpunkte stärker zulegen als in anderen Industrieländern des Euro-Raumes. Daher ist die Gefahr eines Verlustes von Wettbewerbsfähigkeit durchaus real. Es ist gut möglich, dass dieser schon eingesetzt hat und bereits jetzt das Wirtschaftswachstum dämpft; in den nächsten Jahren sind weitere negative Effekte zu befürchten.

Ein hohes Inflationsdifferenzial zum Euro-Raum wirkt sich also über den Weg der Lohnverhandlungen potenziell negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit aus und reduziert damit das Wachstum des Realwerts des BIP pro Kopf.

Allerdings zeigt Abbildung 8 auch, dass in den Jahren 2024 und 2025 die Reallöhne in Österreich stärker wachsen dürften als im Euro-Raum, weil die hohen Nominallohnsteigerungen mit rückläufigen Inflationsraten zusammenfallen. 2025 dürfte die durchschnittliche Kaufkraft des Faktors Arbeit in Österreich um 2,4% über dem Ausgangswert von 2019 liegen, nachdem sie 2022 und 2023 deutlich darunter geblieben war; im Euro-Raum dürfte sie dagegen noch 2025 hinter dem Anfangswert zurückbleiben. Trotz der weit höheren Inflation entwickelten sich die heimischen Reallöhne seit 2019 nicht schwächer als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Abbildung 8: Lohnentwicklung



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. Arbeitnehmerentgelte je unselbständig Beschäftigte, real deflationiert mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). 2023 bis 2025: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ²⁾ Personen.

6. Realer Konsum

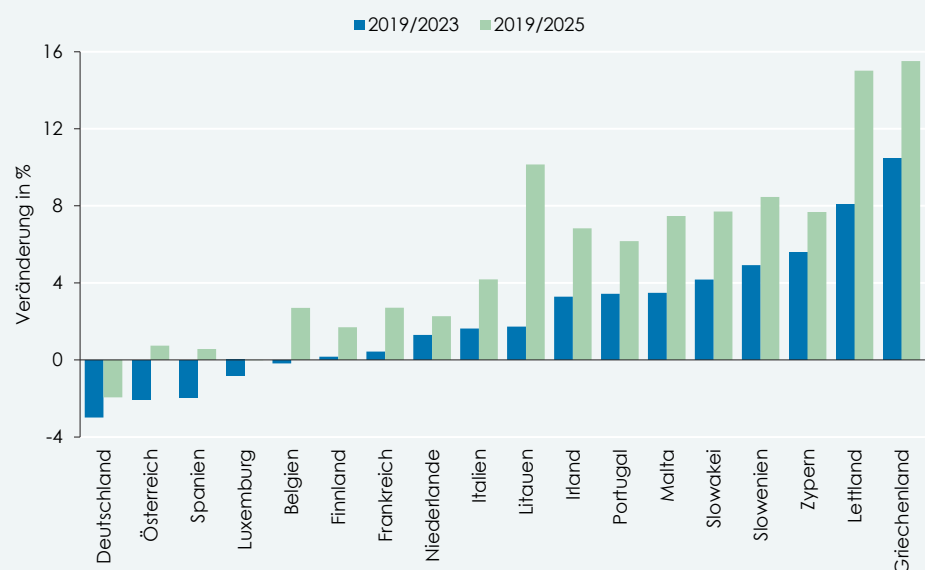
Der private Pro-Kopf-Konsum lag in Österreich 2023 um real 2% unter dem Vorkrisenniveau von 2019, da die Bevölkerung kräftig gewachsen ist.

Die Reallohninbußen wurden in Österreich durch verschiedene staatliche Transfermaßnahmen zumindest teilweise aufgefangen, wodurch der private Konsum nach dem erzwungenen Konsumverzicht durch die COVID-19-Krise im Jahr 2022 real wieder über das Ausgangsniveau von 2019 steigen konnte. Im Jahr 2023 stagnierte er aufgrund

der Teuerungskrise in realer Rechnung, verblieb aber über dem Niveau von 2019. Im laufenden Jahr und 2025 sollten die Reallohnsteigerungen dem privaten Konsum erneut Schwung verleihen; laut WIFO-Prognose dürfte er 2025 real um etwa 4,3% über dem Vorkrisenwert von 2019 liegen.

Abbildung 9: Entwicklung des privaten Konsums im Euro-Raum

Real pro Kopf



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. 2023 und 2025: Prognose.

Doch auch bei der Einschätzung der Entwicklung des realen Konsums sollte eine Pro-Kopf-Betrachtung vorgenommen werden. Auf dieser Grundlage sieht die Situation deutlich weniger rosig aus, vor allem in jenen Ländern, in denen die Bevölkerung dynamisch gewachsen ist. Österreich schneidet auch in dieser Statistik nicht besonders gut ab. Der private Pro-Kopf-Konsum lag 2023 real um 2% unter dem Niveau von 2019. Damit entwickelte er sich zwar deutlich besser als in Deutschland, blieb aber hinter dem Euro-Raum zurück, wo im Durchschnitt eine Stagnation zu verzeichnen war. In Ländern, in denen die Bevölkerung schrumpft, stieg der private Pro-Kopf-Konsum teilweise auch bis 2023 spürbar. Bis 2025 wird sich der Konsum gemäß der Prognose der Europäischen Kommission erholen, auch in Österreich – die

Erholung dürfte aber in vielen Euro-Ländern stärker ausfallen als hierzulande.

Was die Durchschnittsbetrachtung verbirgt, ist die vermutlich hohe Heterogenität im Wachstum des realen privaten Konsums in den verschiedenen soziodemografischen Gruppen. So mussten etwa Pensionist:innen ab dem Spätsommer 2022 im Durchschnitt spürbar höhere Preissteigerungen hinnehmen als etwa unter 30-Jährige in Einpersonenhaushalten, und Einwohner:innen des Burgenlands waren dauerhaft mit einer höheren Inflationsrate konfrontiert als Wiener:innen. Bei gleicher Entwicklung der nominellen Einkommen entstehen dadurch deutlich divergierende Realeinkommen und damit auch andere Konsummöglichkeiten.

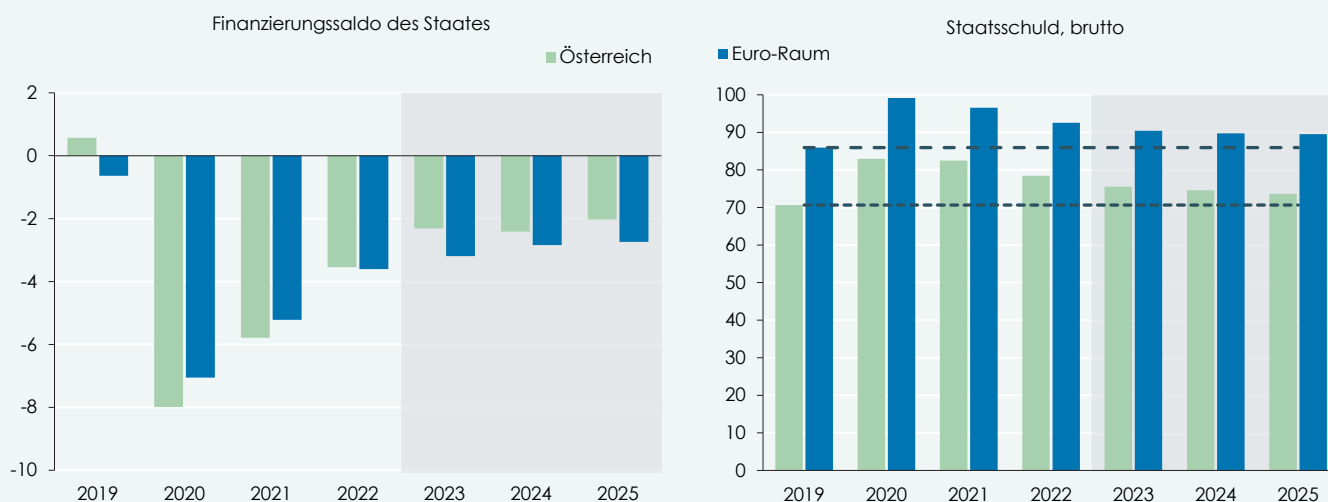
7. Öffentliche Finanzen

Nach der Diskussion von endogenen Variablen, also solchen, die sich im wirtschaftlichen Geschehen ergeben, soll abschließend ein Blick auf die Fiskalpolitik geworfen werden, die stärker politisch gesetzt wird. Das ist wichtig, weil bessere Ergebnisse beim Wirt-

schaftswachstum und der Inflation, die durch eine höhere Staatsverschuldung erkauft werden, nicht als nachhaltiger Erfolg betrachtet werden können.

Abbildung 10: Öffentliche Finanzen

Maastricht-Kriterien in % des BIP



Q: Statistik Austria, WIFO (Österreich), Europäische Kommission (Euro-Raum), Macrobond. Strichlierte Linien kennzeichnen den jeweiligen Stand der Staatsschuldenquote 2019. 2023 und 2025: Prognose.

So ist es etwa den USA gelungen, das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2022 und 2023 trotz der stark gestiegenen Zinsbelastung dynamisch zu halten; der Preis dafür war aber ein sehr hohes gesamtstaatliches Budgetdefizit. Auch bei der Bekämpfung der Inflation ist ein Konflikt mit dem fiskalpolitischen Ziel eines möglichst geringen Budgetdefizits wahrscheinlich. Absenkungen von Verbrauchssteuern dämpfen in der Regel die Preise der verkauften Güter und Dienst-

leistungen, auch wenn die Reduktion typischerweise nicht vollständig weitergegeben wird. Die Steuersenkung führt aber immer zu geringeren Staatseinnahmen und damit bei fehlender Gegenfinanzierung zu höheren Defiziten. Ähnliches gilt für die verschiedensten Zuschussmodelle, wie etwa für die österreichische Strompreisbremse. Weil die Länder unterschiedlich intensiv Steuermittel für die Absenkung der Inflationsrate eingesetzt haben, haben sie einerseits unterschiedlich

Österreich verschuldet sich seit 2022 etwas weniger stark als der Durchschnitt des Euro-Raumes und kann so die in der COVID-19-Krise aufgelaufene Staatsschuld etwas rascher abbauen.

hohe Preissteigerungsraten erlebt, verzeichneten aber andererseits auch unterschiedlich hohe Budgetdefizite. Umgekehrt haben starke externe Preisschocks einerseits eine hohe Inflation zur Folge und erzeugen andererseits enorme fiskalpolitische Belastungen, wobei die öffentlichen Haushalte allerdings durch höhere Einnahmen aus wertgebundenen Verbrauchssteuern wie der Mehrwertsteuer entlastet werden. Es ist daher nicht zu erwarten, dass die Steigerungsraten des VPI und die Budgetdefizite der verschiedenen Länder eine klar negative oder klar positive Korrelation aufweisen.

Faktum ist, dass Österreich in den COVID-19-Jahren höhere negative Finanzierungssalden aufwies als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Einerseits war die Betroffenheit Österreichs höher, andererseits wurden besonders generöse Hilfen ausgereicht. Diese Großzügigkeit dürfte einen Teil der starken Überwälzung von Kostenschocks von den Unternehmen an die Konsument:innen erklären, weil

eine gute Liquiditätsvorsorgung der Nachfrager gemeinsam mit in der Krise aufgestauten Konsumwünschen auch bei steigenden Preisen für gute Umsätze sorgte. In der Teuerungskrise, die 2022 einsetzte und bis heute andauert, blieb Österreichs Budgetdefizit dagegen hinter dem Durchschnittswert für den Euro-Raum zurück (Abbildung 10, linke Grafik). Beim Schuldenstand betrug der Abstand zwischen Österreich (2019: 70,6% des BIP) und dem Euro-Raum (2019: 85,9% des BIP) auch im Jahr 2023 noch rund 15 Prozentpunkte und dürfte im Jahr 2025 auf 16 Prozentpunkte ansteigen (Abbildung 10, rechte Grafik). Österreich verschuldet sich seit 2022 etwas weniger stark als der Durchschnitt des Euro-Raumes und kann so die in der COVID-19-Krise aufgelaufene Staatsschuld etwas rascher abbauen als viele andere Euro-Länder. Dies liegt vor allem am inflationsbedingt hohen Wachstum des nominalen BIP, das bei der Berechnung der Schuldenquote als Nenner dient.

8. Schlussfolgerungen

Die in diesem Beitrag diskutierten makroökonomischen Variablen erlauben einen Vergleich der wirtschaftlichen Situation in Österreich mit jener in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, vor allem in Europa, seit dem Beginn der multiplen Krisen im Jahr 2020. Der zentrale Indikator ist der Realwert des BIP pro Kopf. Dieser beschreibt die für Konsum und Investitionen privat wie staatlich erwirtschaftete Kaufkraft pro Kopf. Wie sich zeigte, hinkt Österreich seit 2019 hinter dem Durchschnitt des Euro-Raumes und hinter den meisten OECD-Ländern her. Der Realwert des BIP pro Kopf dürfte hierzulande erst im Jahr 2025 wieder das Vorkrisenniveau von 2019 erreichen.

Der Wohlfahrtsrückstand Österreichs hat zwei zentrale Ursachen: Einerseits trafen die negativen Schocks die österreichische

Wirtschaft härter als viele andere Länder. Das gilt sowohl für die COVID-19-Krise, für die Lieferkettenverwerfungen 2020/21 als auch für den Energiepreisschock von 2021/22. Andererseits ist in Österreich die geleistete Arbeitszeit je Einwohner:in sehr viel stärker zurückgegangen als in anderen Volkswirtschaften. Dieser Umstand allein erklärt bereits den Rückgang des Realwerts des BIP pro Kopf.

Dieser Beitrag wurde aus einer makroökonomischen Perspektive verfasst. Er trägt daher nicht zur Aufarbeitung der Stapelkrisen hinsichtlich ihrer Verteilungswirkung, ihrer ökologischen Effekte oder ihrer langfristigen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen bei. Dies sind wichtige Fragen, die das WIFO in anderen Studien beleuchtet hat und weiter beleuchtet wird.

9. Literaturhinweise

- Adam, K., Gautier, E., & Weber, H. (2022). Why central banks should aim for a positive inflation target. *Deutsche Bundesbank Research Brief*, (46).
- Adhami, M., Bils, M., Jones, C., & Klenow, P. (2023). Population and Welfare: The Greatest Good for the Greatest Number. Stanford University. <https://web.stanford.edu/~chadi/popwelfare.pdf> (mimeo).
- Europäische Kommission (2022). Commission Staff Working Document – 2022 Country Report Austria. Accompanying the document "Recommendation for a Council Recommendation" on the 2022 National Reform Programme of Austria and delivering a Council opinion on the 2022 Stability Programme of Austria, COM(2022) 601 final, SWD(2022) 640 final. SWD(2022) 601 final. https://commission.europa.eu/system/files/2022-05/2022-european-semester-country-report-austria_en.pdf.
- Eppinger, P., Felbermayr, G., Krebs, O., & Kukharskyy, B. (2023). Decoupling Global Value Chains. *CESifo Working Paper*, (9079).
- Felbermayr, G., & Kohler, W. (2009). Can International Migration Ever Be Made a Pareto Improvement?. In Nowotny, E., Mooslechner, P., & Ritzberger-Grünwald, D. (Hrsg.), *The Integration of European Labour Markets*. Edgar Elgar.
- Felbermayr, G., Bitschi, B., & Baumgartner, J. (2023). Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation. *WIFO-Monatsberichte*, 96(9), 613-632. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71135>.

Jones, C., & Klenow, P. (2016). Beyond GDP? Welfare across Countries and Time. *American Economic Review*, 106(9), 2426-2457.

Nierhaus, W. (2014). Realwert des Bruttoinlandsprodukts: Aktuelle Ergebnisse. *ifo Schnelldienst*, 67(2), 52-55.

OECD (2021). *OECD Economic Surveys: Austria 2021*. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/eaf9ec79-en>.

Stiglitz, J., Sen, A., & Fitoussi, J.-P. (2010). *Mismeasuring Our Lives: Why GDP doesn't Add Up*. The New Press.

Konjunkturreport Einzelhandel

Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl



WIFO ■
In Auftrag gegeben von:
HANDELS VERBAND

Konjunkturreport Einzelhandel

Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl
Wissenschaftliche Assistenz: Martina Einsiedl

Februar 2024
 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Der Konjunkturreport Einzelhandel stellt einmal pro Quartal wesentliche Konjunkturinformationen für den Einzelhandel bzw. Handel insgesamt zusammen. Eine laufende Konjunkturbeobachtung und -berichterstattung ist von hoher Relevanz, um den Handelsbetrieben sowie der interessierten Öffentlichkeit aktuelle Daten und Analysen liefern zu können. Der aktuelle Bericht zeigt, dass sich vor dem Hintergrund einer allmählich beginnenden gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung auch die Stimmungsindikatoren der Einzelhandelsunternehmen langsam verbessern. Während die Einschätzungen zur aktuellen Lage das Bild im Jänner zuletzt zwar wieder leicht trübten, verliefen die unternehmerischen Erwartungen in den letzten Monaten anhaltend positiv. Der Geschäftsgang im Einzelhandel fiel zu Jahresende hingegen erneut verhalten aus, sodass im Gesamtjahr real ein Umsatzrückgang von 3,4% verzeichnet wurde. Im aktuellen Jahr dürfte die Entwicklung besser ausfallen. Im Zuge des erwarteten Anstiegs des real verfügbaren Haushaltseinkommens wird wieder mit einer stärkeren Konsumnachfrage der privaten Haushalte gerechnet. Darauf deuten auch die in die Zukunft gerichteten Konsument:innenumfragen hin.

Im Auftrag des Handelsverbandes Österreich • Februar 2024 • 24 Seiten • 30 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71406>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Hohe Wohnkosten als Belastung für den Wirtschaftsstandort Salzburg

Michael Klien



WIFO ■

**Hohe Wohnkosten
als Belastung für
den Wirtschaftsstandort
Salzburg**

Michael Klien
Wissenschaftliche Assistenz:
Michael Weingärtler

Jänner 2024
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Ziel der Studie ist es, die Effekte der hohen Wohnkostenbelastung in Salzburg auf den Wirtschaftsstandort zu untersuchen. Nach einer Diskussion der schnell wachsenden internationalen Literatur zum Thema, wird anhand von kleinräumigen Angebotsdaten gezeigt, dass die Leistbarkeit von Wohnen (Wohnkosten zu Einkommen) quer über das Bundesland hinweg belastet ist. Für potenziell Beschäftigte ist das Einkommen nach Abzug der Wohnkosten in vielen Salzburger Regionen geringer als in vergleichbaren Regionen anderer Bundesländer. Ein Schwerpunkt der Studie beschäftigt sich dann mit der Frage, welche Folgen die ungünstige Wohnkostensituation für den Salzburger Wirtschaftsstandort hat. Besonders deutliche Effekte zeigen sich in Bezug auf die Arbeitskräfte, wo sich über die letzten 20 Jahre ein deutlich negativer Binnenwanderungssaldo kumuliert hat. Einzigartig im Bundesländervergleich ist dabei besonders auch die starke Abwanderung aus der Salzburger Kernzone. Die hohen Wohnkosten in den arbeitsreichen Zentren veranlassen zudem die Haushalte, über Pendelbewegungen ihre Wohnkosten zu reduzieren. Auf Unternehmensebene passt die geringe Arbeitskräftemobilität zur unterdurchschnittlichen Unternehmensdynamik, aber auch den offenen Stellen. Besonders Tätigkeiten in Branchen mit unterdurchschnittlichen Einkommen können in Salzburg schwer besetzt werden. Unternehmen scheinen in diesen Branchen auch häufiger gezwungen zu sein, die Wohnkostenprobleme über die Bereitstellung von Dienstwohnungen zu kompensieren.

Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg • Jänner 2024 • 99 Seiten • 60 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71319>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung",
 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

- 4/2023** Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023. Prognose für 2023 und 2024 • Rückgang der Energiepreise verbessert die Wachstumsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2023 bis 2027 • Geopolitische Spannungen, Energiekrise und Teuerung bestimmen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2022 • Hohe Inflation führt zu Kurswechsel in der Geldpolitik
- 5/2023** Unternehmerische Erwartungen verbessern sich trotz hoher Inflation • Heterogene Entwicklung der Konjunkturbeurteilungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2023 • Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt hielt 2022 an • Hohe Energiepreise dämpfen die Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2022 • Nutzung digitaler Plattformen in Österreich. Hauptergebnisse einer WIFO-Unternehmensbefragung
- 6/2023** Stagnation der Wirtschaftsleistung bei nach wie vor hoher Inflation • Unternehmensinvestitionen wachsen 2023 nur verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2023 • Regionale Konjunktur zwischen Erholung und Energiekrise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2022 • Ausgaben der Unternehmen für Produktneueinführungen 2022 gekürzt
- 7/2023** Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit. Prognose für 2023 und 2024 • Mittel-, Ost- und Südosteuropa zwischen hoher Inflation und Konjunkturflaute im Euro-Raum • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Bedeutung der Plattformarbeit • Regionalwirtschaftliche und touristische Effekte von Sportgroßveranstaltungen
- 8/2023** Auf Stagnation folgt Abschwung – Frühindikatoren verschlechtern sich weiter • Konjunktüreinschätzungen trüben sich ein. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2023 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2022 leicht rückläufig • Abgabenbelastung bei Kombination von Pensions- und Erwerbseinkommen
- 9/2023** Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation • Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023. Sonderthema: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission • Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation
- 10/2023** Kaufkraft steigt nach milder Rezession. Prognose für 2023 und 2024 • Österreichs Wirtschaft wächst mittelfristig nur verhalten. Mittelfristige Prognose 2024 bis 2028 • Verbesserung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2022 • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich • Österreichs Land- und Forstwirtschaft 2022 trotz schwierigen Umfelds außergewöhnlich erfolgreich
- 11/2023** Österreichs Wirtschaft in Rezession – Inflation geht zurück • Konjunkturabschwung holt an. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2023 • Tourismus trotz anhaltender Teuerung wieder deutlich erstartet • Armut und Sozialhilfe in Österreich • Entwicklungspolitik als geoökonomisches Instrument. Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends
- 12/2023** Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur • Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023 • Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich • Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat? Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie
- 1/2024** Editorial • Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025 • Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023 • Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung • Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020. Eine Auswertung von Mikrodaten

Präsident**Dr. Harald Mahrer**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich**Vizepräsidentin****Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer**Vorstand****Dr. Hannes Androsch****Kommerzialrat Peter Hanke**, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke**Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie**Abg.z.NR Karlheinz Kopf**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich**Kuratorium**

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Anton Mattle, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Direktorium**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittsch, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhardt, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Elisabeth Arnold, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie

Konsulent:innen

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien**Dr. Markus Marterbauer**, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich**Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny**, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik**Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen**Mag. Markus Wallner**, Landeshauptmann von Vorarlberg**WIFO-Partner**

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Martin Halla, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell, Josef Zweimüller

Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauninger, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Gina Feichtinger, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Lucia Glinsner, Thomas Haas, Claudia Hirschschall, Brigitte Hofer, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Sarah Ledl, Tong Li, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppi-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Elisabeth Schörkhuber, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

